



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Repräsentationen der OUN und UPA im kollektiven
Gedächtnis der Ukraine nach der Orangen
Revolution“

Verfasserin

Katharina Rauch

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuerin: PD. Dr. Karin Liebhart

DANKSAGUNG

Bedanken möchte ich mich besonders bei meinen Eltern, die mich während meines bisherigen Lebensweges unterstützt und wesentlich zum Erfolg meines Studiums beigetragen haben.

Meiner Betreuerin PD. Mag^a. Dr^a. Karin Liebhart danke ich für die wissenschaftliche Betreuung meiner Diplomarbeit.

Großer Dank gilt auch meiner Studienkollegin Christina, die mir in fachlicher und privater Hinsicht eine große Hilfe beim Erstellen dieser Arbeit war.

Dieser Dank gebührt auch meiner Freundin Magdalena für das Korrekturlesen der Arbeit. Darüber hinaus danke ich meiner Familie und Freunden für ihre Unterstützung während meines Studiums und dem Verfassen dieser Arbeit.

„Who controls the past controls the future. Who controls the present controls the past.“ (George Orwell, 1984)

INHALTSVERZEICHNIS

INHALTSVERZEICHNIS	I
1 EINLEITUNG	1
2 STAND DER FORSCHUNG	5
3 METHODISCHE VORGEHENSWEISE	9
3.1 FRAGESTELLUNG	9
3.2 MATERIAL	9
3.3 METHODE	10
4 THEORETISCHER ANSATZ	13
4.1 GEDÄCHTNISFORMEN	14
4.1.1 <i>Kollektives und individuelles Gedächtnis</i>	14
4.1.2 <i>Kommunikatives und kulturelles Gedächtnis</i>	16
4.1.3 <i>Wir-Identität</i>	17
4.1.4 <i>Politisches und kulturelles Gedächtnis</i>	18
4.2 KLÄRUNG ZENTRALER BEGRIFFE	22
4.2.1 <i>Erinnerungskultur</i>	22
4.2.2 <i>Geschichte und Politik – Gedächtnispolitik?</i>	23
4.2.3 <i>Denkmal</i>	27
4.2.4 <i>Die „zwei Ukrainen“</i>	28
5 HISTORISCHER ÜBERBLICK	31
5.1 DIE UKRAINE IM ZWEITEN WELTKRIEG	31
5.2 OUN – DIE ORGANISATION UKRAINISCHER NATIONALISTEN	34
5.3 UPA – UKRAINISCHE AUFSTANDSARMEE	39
5.4 ORANGE REVOLUTION	40
6 DIE OUN-UPA IN DER UKRAINISCHEN (GEDÄCHTNIS-) POLITIK	43
6.1 GEDÄCHTNISPOLITIK NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG	45
6.2 DER WEG IN DIE UNABHÄNGIGKEIT – EINE UNABHÄNGIGE GEDÄCHTNISPOLITIK?	47
6.2.1 <i>Präsidentschaft Leonid Kravčuk (1991-1994)</i>	49
6.2.2 <i>Präsidentschaft Leonid Kučma (1994-2005)</i>	52
7 EINE NEUE GEDÄCHTNISPOLITIK NACH DER ORANGEN REVOLUTION	57
7.1 PRÄSIDENTSCHAFT VIKTOR JUŠČENKO 2005-2010	57
7.1.1 <i>OUN-UPA</i>	57
7.1.2 <i>Feiertage</i>	65
7.1.3 <i>Der Mythos vom Großen Vaterländischen Krieg</i>	69

7.1.4	<i>Holocaust</i>	71
7.1.5	<i>Gedächtnispolitische Akteure unter Juščenko</i>	72
7.1.6	<i>Schlussfolgerung</i>	74
7.2	PRÄSIDENTSCHAFT VIKTOR JANUKOVYČ SEIT 2010	76
7.2.1	<i>Eine neue Geschichtskonzeption</i>	77
7.2.2	<i>Feiertage</i>	79
7.3	DENKMALPOLITIK	82
7.4	HELDEN DER UKRAINE: ROMAN ŠUCHEVYČ UND STEPAN BANDERA	85
8	OPFER UND HELDEN – EINE VIKTIMOLOGISCHE IDENTITÄTSPOLITIK	95
9	RESÜMEE	99
10	LITERATURVERZEICHNIS	104
11	ABBILDUNGSVERZEICHNIS	114
12	ABSTRACT	116
13	LEBENS LAUF	118

1 EINLEITUNG

*„(...) Vergangenheit wird immer aufgrund von
Gegenwartsbedürfnissen rekonstruiert“ (Mary Douglas, zitiert
nach Heinrich 2009, 89).*

Als eines der prägendsten Ereignisse, wenn nicht als das prägendste Ereignis des vergangenen Jahrhunderts, nimmt der Zweite Weltkrieg in allen involvierten Gesellschaften einen prägenden Stellenwert und Raum ein. Die erste Auseinandersetzung mit diesem vielschichtigen und bedeutenden Ereignis beginnt in der Schule, doch in den meisten Fällen sind diese ersten Erfahrungen mit der Geschichte sehr national geprägt. Mit einer anderen Perspektive auf den Krieg beschäftigte ich mich erst intensiver während meines Studienaufenthaltes an der Universität Warschau. Besonders der Stellenwert des Zweiten Weltkrieges innerhalb der Gesellschaft unterscheidet sich zu dem in Österreich. Doch auch die Sichtweise auf manche Kriegsergebnisse ist eine andere, die es zu ergründen galt.

Eine noch größere Funktion für die Gegenwart bekommt der Zweite Weltkrieg ein Stück weiter östlich von Polen, in der Ukraine. Hier ist der Krieg auf vielen Ebenen noch immer sehr präsent – dies offenbart sich am deutlichsten in der Landschaft, die geprägt ist von imposanten Denkmälern, die an die Heldentaten der ukrainischen Bevölkerung oder an ihr Leid und ihre Opfer erinnern sollen. Feiertage, die sich auf den Zweiten Weltkrieg beziehen, werden in großen Dimensionen begangen und die Politiker haben in der Gedächtnispolitik des Zweiten Weltkrieges ein reges Betätigungsfeld gefunden um sich und ihre Ideen zu positionieren und auch klar voneinander abgrenzen zu können.

Daraus leitete sich der erste Forschungsansatz ab, der sich der Frage widmet warum der Bezug auf die Vergangenheit und auch deren Umdeutung ein so wichtiges Politikmittel in manchen Ländern, hier spezifisch in der Ukraine, ist.

Zu Beginn geht es allerdings um die politikwissenschaftliche Auseinandersetzung mit Gedächtnispolitik an sich. Im Grunde gehen alle maßgeblichen Ausführungen über Gedächtnispolitik auf die Theorie von Maurice Halbwachs zurück, der den Begriff des

kollektiven Gedächtnisses eingeführt hat und sich als erster mit dem Gedächtnis von Kollektiven, und damit auch mit dem Gedächtnis von Nationen, auseinandergesetzt hat. Als theoretische Grundlage dieser Arbeit beschreibe ich die Theorie über das kollektive Gedächtnis nach Halbwachs bis hin zum politischen und kulturellen Gedächtnis wie es Aleida Assmann auf Halbwachs aufbauend beschreibt.

Anhand der Theorie über das kollektive Gedächtnis soll untersucht werden, ob es ein solches in der Ukraine überhaupt gibt und ob eine bestimmte Personengruppe in diesem repräsentiert wird.

Zu beachten ist bei der Frage nach einer kollektiven Identität der Ukraine ein weiterer wichtiger Einflussfaktor: die (mentale) Teilung und gespaltene Identität der Ukraine in Osten und Westen. So ist das Geschichtsbild in der Ostukraine ein anderes als jenes der Westukraine – diese Tatsache ist von hoher Bedeutung bei der Betrachtung der Gedächtnispolitik.

Im Rahmen dieser Arbeit soll ein Aspekt aus dem breiten Themenbereich der ukrainischen Gedächtnispolitik behandelt werden. In der Ukraine gibt es nicht die *eine* Geschichte über den Zweiten Weltkrieg, denn Gesellschaft und Politik sind gespalten was die Sichtweise über den Krieg angeht. Dies geht auf sehr unterschiedliche Erfahrungen zurück, die die Bevölkerung in den Kriegsjahren und auch in der darauffolgenden Sowjetherrschaft gemacht hat.

Die Hauptforschungsfrage dieser Arbeit dreht sich um die grundlegende Klärung: „Welche gedächtnispolitischen Strategien und Inhalte werden zu welchem Zweck von welchen Akteuren nach der Orangen Revolution verfolgt?“. Zur Beantwortung dieser Frage, vor allem in Bezug auf die Gedächtnispolitik über den Zweiten Weltkrieg, steht also zu Beginn die Beschäftigung mit dem Rahmen, der diese Thematik umgibt. Dazu wird in Kapitel sechs ein kurzer historischer Überblick über die Ukraine im Zweiten Weltkrieg gegeben, bereits fokussiert auf die Rolle der ukrainischen Partisanen – der Organisation der Ukrainischen Nationalisten (OUN) und der Ukrainischen Aufstandsarmee (UPA), dem militärischen Arm der OUN.

Neben dem Zweiten Weltkrieg bildet die Orange Revolution den zweiten historischen Eckpfeiler dieser Arbeit. Denn 2004/2005 wurde der politische Wechsel in der Ukraine groß gefeiert und damit auch ein Wechsel in der Gedächtnispolitik, die sich fast ausschließlich um den Zweiten Weltkrieg drehte.

Untersuchungsgegenstand ist also die Gedächtnispolitik die nach der Orangen Revolution verfolgt wurde und wer ihre Akteure waren, die sich hauptsächlich auf politischer, aber auch auf gesellschaftlicher Ebene befanden. Konkret geht es um die Analyse des Stellenwertes den OUN-UPA in dieser Gedächtnispolitik einnehmen. Es ist zu untersuchen welche Debatten und Kontroversen um sie geführt werden und ob es politische Initiativen (wie Gesetze) zur Rehabilitierung der Veteranen aus diesen Organisationen gibt.

Ein weiterer Machtwechsel im Jahr 2010 führte zu einem erneuten Wandel der Gedächtnispolitik. Das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit liegt in der Aufbereitung und Analyse der Unterschiede in der Politik mit der Vergangenheit, die in den unterschiedlichen Regierungsperioden verfolgt wurden. Denn auch die politischen Akteure der Ukraine vertreten unterschiedliche Geschichtsbilder und betreiben auf deren Basis unterschiedliche Gedächtnispolitiken. Der Wechsel von der Regierung unter Leonid Kučma (bis 2005) zu Viktor Juščenko (2005-2010) und zuletzt zu Viktor Janukovyč (seit 2010) markiert drei Wenden in der ukrainischen Politik und insbesondere der Gedächtnispolitik.

Durch die Untersuchung von politischen Debatten und Entscheidungsfindungsprozessen bis hin zu möglichen Entscheidungen, die während und nach der Orangen Revolution stattfanden, soll analysiert werden, ob sich die Diskurse im Feld der Gedächtnispolitik auch in Gesetzen und Entscheidungen des Parlaments bzw. der Regierung widerspiegeln. Der Fokus liegt hierbei auf der Debatte um die Rehabilitierung von OUN (Organisation Ukrainischer Nationalisten) und UPA (Ukrainische Unabhängigkeitsarmee). Die Stellung der Kriegsveteranen, die den oben genannten Organisationen angehörten, war eines der zentralen Themen der letzten Jahre um das sich die Gedächtnispolitik in der Ukraine drehte.

Abschließend soll anhand der vorherigen Ausführungen ein Ausblick gegeben werden bzw. ein Resümee gezogen werden ob es Versuche gibt oder gegeben hat durch ein kollektives Gedächtnis in der Ukraine eine kollektive Identität zu schaffen, unter Berücksichtigung der zuvor beschriebenen (mental) Teilung der Ukraine in Osten und Westen.

Namen werden in ihrer ukrainischen Form ins Deutsche transliteriert (wissenschaftliche Transliteration nach dem Duden). Städte- und Ortsnamen werden in ihrer deutschen Schreibweise verwendet, ansonsten ebenfalls ins Deutsche transliteriert.

2 STAND DER FORSCHUNG

In den einzelnen Teilen dieser Arbeit ist der Forschungsstand sehr unterschiedlich.

Der erste Teil, die theoretische Grundlage dieser Arbeit, widmet sich der Theorie über das kollektive Gedächtnis, basierend auf den Ausführungen von Maurice Halbwachs der 1920er Jahre. Erst Jahrzehnte später, in den 1990er Jahren, fand das Thema durch Jan und Aleida Assmann wieder vermehrt Eingang in den Wissenschaftsdiskurs. Harald Schmid (Schmid 2009a, 7 f.) beschreibt „einen seit längerer Zeit zu beobachtenden, stark intensivierten öffentlichen Umgang mit Geschichte“. In diesem intensivierten öffentlichen Umgang hebt Etienne Francois (Francois 2009, 31 f.) unterschiedliche Protagonisten hervor, die in den Gedächtnisdiskursen eine Rolle spielen; dazu zählt er Politiker, Publizisten, Juristen, Journalisten, Sprecher von Gruppen und Gemeinschaften und Zeitzeugen. In den Sozialwissenschaften verweist er auf vier AutorInnen¹, die in der Gedächtnisforschung wesentliche Arbeit leisten. Bereits erwähnt wurden Jan und Aleida Assmann, auf deren Ausführungen sich ein Großteil der theoretischen Grundlage stützt. Als vierten Autor nennt er Harald Welzer, der als Sozialpsychologe über das soziale Gedächtnis forscht und sich im Speziellen der Erinnerung der Täter widmet. Durch seine Täterforschung ist er auch medienwirksam in Formaten wie der Spiegel-TV Reportage² vertreten, was durchaus dazu beiträgt, dass die Gedächtnisforschung nun vermehrt in der breiteren Öffentlichkeit thematisiert wird.

Im Bereich der sowjetischen, russischen und ukrainischen Gedächtnispolitik beschreibt Katrin Boeckh, dass sich die Wissenschaft zu Beginn der 1990er Jahre fast ausschließlich mit der Geschichte Russlands beschäftigte, was auf die zentralistischen Strukturen der Sowjetunion zurückzuführen sei. Erst mit der staatlichen Unabhängigkeit der Ukraine habe schließlich auch das Interesse westlicher Historiker an der Ukraine zugenommen (Boeckh 2007, 28). Ebenso stellt auch Franziska Bruder fest, dass die Debatte um die ukrainischen Geschichte und insbesondere über die ukrainischen Nationalisten erst mit der Unabhängigkeit begonnen hat, bis dahin wurde das Thema auf ukrainischer Seite nicht behandelt, sondern tabuisiert (Bruder 2010, 178). Besonders nach der Orangen Revolution und dem Wechsel von Leonid Kučma zu Viktor Juščenko

¹ Jan und Aleida Assmann, Harald Welzer, die Literaturwissenschaftlerin Astrid Erll und die Politikwissenschaftlerin Marie-Claire Lavabre.

² Spiegel-TV Reportage „Wenn Soldaten zu Bestien werden – Das Grauen des Krieges“ (Erstausstrahlung am 25. Juni 2011)

bekam die Auseinandersetzung mit diesem Teil der Vergangenheit, sowohl auf politischer wie auch wissenschaftlicher Ebene, Aufwind.

Bei der gesamten Literaturdiskussion zur Geschichte und Gedächtnispolitik der Ukraine ist zu beachten, dass es große Diskrepanzen zwischen der Ost- und der Westukraine gibt. Diesen Unterschieden widmet sich vor allem Mykola Rjabčuk in seinem Artikel über die zwei Ukrainen, die in Kapitel sieben dieser Arbeit näher dargestellt werden. Darstellungen aus kommunistischer Zeit müssen kritisch betrachtet werden, da sie ein Spiegel des sowjetischen Selbstbildes sind und Verfälschungen der Geschichte durchaus üblich waren. Teilweise sind auch heute noch Aspekte dieser Geschichtsschreibung im Geschichtsverständnis, vor allem der Ostukraine, verbreitet (Boeckh 2007, 28). Bedeutend für die Geschichtsschreibung der Westukraine war und ist die ukrainische Diaspora im Exil. Doch so kritisch die Darstellungen der Wissenschaftler aus der Ostukraine hinterfragt werden müssen, so muss dasselbe kritische Auge auch auf jene der Westukraine und der Diaspora gerichtet werden. Auch hier kommt es zu einer überhöhten Darstellung von Ereignissen, die gut in das verfolgte Selbstbild passen, wie die Bedeutung der Nationalbewegung (Ebd., 29). Ebenso entstand auch ein Teil der für diese Arbeit relevanten Literatur über die OUN-UPA von ukrainischen Emigranten, die in der Tradition jener Organisationen stehen. Genau wie es bei sowjetischen Quellen klare Auslassungen gibt, so gibt es diese auch bei Quellen von ukrainischen Emigranten, denn deren Darstellungen verzichten zumeist gänzlich auf sowjetische Quellen und geben damit auch wieder nur ein einseitiges Bild wieder (Ebd., 31). Nennenswert sind im Bereich der Forschung der ukrainischen Diaspora vor allem das HURI³ und das CIUS⁴, die beide in den 1970er Jahren durch die lokale ukrainische Gemeinschaft gegründet wurden. Im CIUS ist die fünfteilige (weitere Bände sind in Planung) *Encyclopedia of Ukraine*⁵ entstanden, die es sowohl in gedruckter Form wie auch online lesbar gibt. Die Herausgeber streben an, dass die Enzyklopädie „the most comprehensive source of information in English on Ukraine, its history, people, geography, society, economy, and cultural heritage“ sein wird.

An der Universität in Ottawa gibt der Leiter der Ukraine Studien, die *Ukraine-List* heraus, ein Newsletter der sich mit aktuellen Themen in der Ukraine befasst. Der Newsletter ist häufig auch Diskussionsplattform für WissenschaftlerInnen, die bei vielen

³ Harvard Ukrainian Research Institute: www.huri.harvard.edu

⁴ Canadian Institute of Ukrainian Studies, University of Alberta: www.ualberta.ca/CIUS/

⁵ www.encyclopediaofukraine.com

Themen nicht einer Meinung sind, vor allem nicht wenn es sich dabei um die Bedeutung des Zweiten Weltkrieges handelt. In den Diskurs greift auch immer wieder die League of Ukrainian Canadians⁶ ein.

Im deutschsprachigen Raum ist die Zeitschrift *Osteuropa* der deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde eine der führenden Stellen im Bereich der ukrainischen Gedächtnispolitik. Besonders der Wissenschaftler Wilfried Jilge veröffentlicht regelmäßig Beiträge über die ukrainische Erinnerungskultur und Gedächtnispolitik, so auch zur speziellen Stellung der OUN und UPA in dieser Thematik. Der letzte Beitrag, der sich hiermit beschäftigt, erschien 2008 in *Osteuropa* – Ziel dieser Arbeit ist zu untersuchen, ob es in den letzten zwei Jahren wesentliche Entwicklungen gegeben hat.

Eine interessante Arbeit zur OUN/UPA veröffentlichte Kathrin Boeckh, indem sie ihre Stellung während des Stalinismus beschreibt und sie in Folge der Untersuchung als „militanten Widerstand gegen die sowjetische Staatsgewalt der nach dem russischen Bürgerkrieg sonst nicht mehr zu beobachten war“ klassifiziert (Ebd., 23).

Damit ist klar, dass bei einer Auseinandersetzung mit dem Zweiten Weltkrieg in der Ukraine die Untersuchung der OUN-UPA unumgänglich ist. Zeitpolitisch interessant ist infolgedessen die Stellung der Veteranen, die aus diesen beiden Organisationen entstanden sind. Seit Beginn der 1990er Jahre sind sie Inhalt politischer (Geschichts-) Debatten der Ukraine.

2010 veröffentlichten die Forschungsstelle Osteuropa und die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde (Herausgeber der Zeitschrift *Osteuropa*) in den Ukraine-Analysen (75/10) eine ukrainische Umfrage, die unter anderem auch die Erinnerungskultur über den Zweiten Weltkrieg zum Thema hatte. Befragungen über die Bewertung von historischen Persönlichkeiten des Zweiten Weltkrieges, die Rücknahme der Verleihung von Heldentitel, die Aufstellung von Denkmälern, den Tag des Sieges und die Diskrepanz zwischen Ost- und Westukraine geben Aufschluss über die Einstellung der Bevölkerung zu diesen Themen.

Die wohl umfassendste Darstellung der OUN-UPA in der ukrainischen Geschichtspolitik ist 2007 von David R. Marples (Marples 2007) erschienen. In seinem Buch beschreibt er den Weg zu einer neuen Geschichtsschreibung in einer neuen unabhängigen Ukraine. Er geht dabei auch genau auf den Geschichtsdiskurs ein, den die Thematik der OUN-UPA bis heute durchlaufen hat. Wie bereits erwähnt, bestätigt auch

⁶ LUC, League of Ukrainian Canadians: www.lucorg.com

Marples den Einfluss der ukrainischen Diaspora auf die ukrainische Geschichtsschreibung, die kommunistische Geschichtsschreibung wurde also direkt von jener Geschichte der Diaspora abgelöst. Hier ist jedoch anzumerken, dass die Diaspora zum größten Teil direkt nach dem Zweiten Weltkrieg die Ukraine verlassen hat und seither nicht mehr in das Land zurückgekehrt war. Auf westlicher, nicht-ukrainischer Seite wandte sich als erster John A. Armstrong sehr umfassend und genau 1990 dem ukrainischen Nationalismus zu, besonders der Kollaboration der OUN mit den Deutschen. Doch in den ukrainischen als auch sowjetischen und westlichen Wissenschaften gibt es keinen Konsens über die Stellung der OUN-UPA, vor allem nicht nach der Frage der Kollaboration mit den Deutschen. Marples beschreibt diesen Diskurs sehr ausführlich und geht auf die unterschiedlichen Positionen der WissenschaftlerInnen ein. Er umfasst in seiner Arbeit zu diesem Thema die Entwicklung der Geschichtspolitik in der Ukraine ab Ende des Zweiten Weltkrieges bis 2007.

3 METHODISCHE VORGEHENSWEISE

3.1 FRAGESTELLUNG

Mittels unterschiedlicher Materialien soll die Hauptforschungsfrage dieser Arbeit „*Welche gedächtnispolitischen Strategien und Inhalte werden zu welchem Zweck von welchen Akteuren nach der Orangen Revolution verfolgt?*“ untersucht werden.

Hierbei spielen vor allem Kontroversen zwischen den unterschiedlichen politischen Seiten eine Rolle und welche politischen Initiativen zur Rehabilitierung der Veteranen der Organisationen OUN gesetzt wurden. Es gilt des Weiteren zu analysieren, ob es eine Fokussierung auf bestimmte Themen oder Ereignisse gibt und inwiefern die unterschiedlichen Geschichtsbilder im Osten und Westen der Ukraine die Gedächtnispolitiken der einzelnen Regierungen, im Speziellen der Präsidenten, beeinflussen. Durch die Analyse der oben angeführten Fragen soll zum Abschluss hinterfragt werden, ob es in der Ukraine Versuche gibt, ein kollektives Gedächtnis durch eine einheitliche Gedächtnispolitik zu schaffen, wobei besonders bei dieser Fragestellung die Theorie über die *zwei Ukrainen* von hohem Einfluss ist.

3.2 MATERIAL

Das Material zur Beantwortung dieser Fragestellung ist vielfältig. Besonders in den letzten Jahren sind vermehrt wissenschaftliche Publikationen, sowohl innerhalb wie auch außerhalb der Ukraine, erschienen, die sich mit der Organisation Ukrainischer Nationalisten und ihrem militärischen Arm, der Ukrainischen Aufstandsarmee, beschäftigen. Diese Arbeiten fallen unter die Analyseeinheit Sekundärmaterial und bilden den Ausgangspunkt um anschließend anhand der Primärmaterialien tiefer in die Thematik einzudringen. Sowohl Primär-, wie auch Sekundärquellen werden anhand der qualitativen Inhaltsanalyse im Hinblick auf die Hauptfragestellung aufbereitet und in einem anderen Kontext dargestellt.

Die Sekundärquellen, die für diese Arbeit herangezogen werden, sind - wie bereits erwähnt - unterschiedlichster Natur und müssen, wie auch die Primärquellen, äußerst kritisch betrachtet werden. Denn selbst bei den meisten wissenschaftlichen

Veröffentlichungen zu dem Thema dieser Arbeit gibt es gewisse subjektive Tendenzen in die eine oder andere Richtung, die beachtet werden müssen.

Ziel der qualitativen Inhaltsanalyse ist es, das Material auf die Fragestellung hin zu untersuchen und subjektiv beeinflussende Hintergrundfaktoren zu registrieren und festzuhalten. Das gewonnene Endmaterial wird schlussendlich im Kontext der Fragestellung neu aufbereitet.

Die Primärquellen werden demselben Verfahren unterzogen, denn auch diese Analyseeinheit ist gekennzeichnet durch eine hohe Diversität. Es gibt Primärquellen dokumentartiger Natur wie Gesetze und Reden der Präsidenten und anderer Regierungsmitglieder. Hinzu kommen Zeitungsartikel, Nachrichtenbeiträge, Dokumentationen (Reportagen), Umfragen, Forums- und Newsletter-Beiträge.

3.3 METHODE

„Es geht qualitativer Forschung also um das systematische Verstehen des subjektiven Sinns von Handlungen“ (Westle 2009, 97).

Bei der Methode zur Beantwortung der Fragestellungen anhand der oben angeführten Materialien handelt es sich um die qualitative Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring.

Die Text- und Dokumentenanalyse sind Unterformen der genannten Methode und folgen einer qualitativ interpretativen Analyse eines Textes oder Dokumentes mittels eines Fragebogens an den Text.

Mayring (Mayring 2007, 12) zufolge hat die Inhaltsanalyse Kommunikation zum Inhalt und untersucht den Zusammenhang des Gesagten im Kontext des Kommunikationsprozesses. Die Inhaltsanalyse arbeitet mit symbolischem Material wie Texten, Bildern und ähnlichem; das heißt Kommunikation liegt protokolliert vor und Gegenstand der Analyse ist fixierte Kommunikation. Die Inhaltsanalyse will systematisch, regelgeleitet und theoriegeleitet vorgehen, analysiert das Material anhand einer Fragestellung und beschreibt die Ergebnisse aufgrund der zuvor festgelegten Theorie. Die definierten Analyseeinheiten der qualitativen Inhaltsanalyse werden als Teil des gesamten Kommunikationsprozesses gesehen und anhand dieser Teile können

Rückschlüsse auf bestimmte Aspekte der Kommunikation gezogen werden. Darunter versteht Mayring beispielsweise die Absichten des Senders oder die Wirkung der Nachricht beim Empfänger. Der Vorteil der qualitativen Inhaltsanalyse ist die streng methodische und schrittweise Analyse des Materials. Dazu wird das Material in Einheiten zerlegt, die in einem weiteren Schritt nacheinander bearbeitet werden. Das Zentrum der Analyse bildet das zuvor gebildete Kategoriensystem, das jene Aspekte festlegt, die analysiert werden sollen (Mayring 2002, 114).

Zu Beginn der Analyse steht das Sammeln von Material, der *Festlegung der Analyseeinheiten und des Ausgangsmaterials* – in diesem Schritt geht es vor allem darum festzulegen, was die Grundgesamtheit umfasst und wie das Material ausgewählt werden soll. Für diese Arbeit umfasste das Grundmaterial die Reden und Stellungnahmen der Präsidenten, Zeitungsartikel, Gesetzestexte und Sekundärliteratur. Zeitlich war das Material auf den Zeitraum 2004-2011 beschränkt und thematisch wurde das Material auf seinen Bezug zu OUN und UPA untersucht. Nur wenn das Material den genannten Kriterien entsprach, wurde es in die Grundgesamtheit der Analyse aufgenommen.

Als nächsten Schritt gilt es die *Entstehungssituation* und formale Charakteristika der Analyseeinheit festzustellen. Hauptfrage ist bei diesem Analyseschritt: „Von wem wurde unter welchen Umständen das Material produziert?“ (Mayring 2007, 115 f.). Es ist abzuklären, wer der Verfasser des Textes ist, vor welchem Hintergrund er den Text verfasste und an wen er sich mit seinem Text richtete. Letztendlich gilt es auch formale Charakteristika wie die Form des Geschriebenen zu definieren.

In der weiteren Analyse gilt es, den Text in ein inhaltsanalytisches Kommunikationsmodell einzuordnen; „Wer sagt was mit welchen Mitteln zu wem mit welcher Wirkung?“ (Ebd., 116 f.). Dies passiert durch die Festlegung der Quelle, des Kommunikators, des Textes und schließlich des Rezipienten.

Letztlich kann anhand des (für diese Arbeit) induktiv gebildeten Kategoriensystems die zu Beginn der Arbeit festgelegte Fragestellung bearbeitet werden. In drei Schritten – der Zusammenfassung, Explikation und Strukturierung – soll ermöglicht werden, die Ergebnisse in Richtung der Hauptfragestellung zu interpretieren (Ebd., 115).

- *Die Zusammenfassung*

Reduktion des Materials durch Abstraktion. Es gilt aus dem Grundmaterial einen überschaubaren Korpus zu machen und inhaltstragende Paraphrasen zu selektieren.

- *Explikation*

Fragliche Textstellen durch das Heranziehen von zusätzlichem Material klären.

- *Strukturierung*

Ordnung des Materials aufgrund der zuvor festgelegten Kriterien, um damit bestimmte Aspekte aus dem Material herauszufiltern.

Ziel der Inhaltsanalyse soll sein, nicht nur das im Text Gesagte bzw. Geschriebene zu erkennen, sondern auch die Zusammenhänge zwischen dem Gesagten, sowie die Hintergründe die zur Entstehung des Textes beitrugen. Anhand der durchgeführten Analyse können abschließend die Ergebnisse in Richtung der Fragestellung(en) interpretiert werden. Es geht der Methode jedoch in erster Linie darum Kernaussagen, Kernkategorien oder latente nicht offensichtliche Sinnstrukturen oder Sinngehalte zu verstehen (Westle 2009, 97)

Wie bereits im Kapitel Stand der Forschung thematisiert gibt es zum Themenbereich dieser Arbeit umfangreiches, aber auch sehr widersprüchliches Material. Daher ist das Ziel dieser Methodenwahl jene Materialien kritisch zu hinterfragen und essentielle Inhalte aus ihrem möglicherweise subjektiv geprägten Entstehungskontext herauszufiltern. Des Weiteren soll mittels der qualitativen Inhaltsanalyse auch die bereits vorhandene Sekundärliteratur im Hinblick auf die Fragestellung neu interpretiert werden und durch neuere Erkenntnisse ergänzt werden. Dafür und auch aufgrund der unterschiedlichsten Analyseeinheiten wurde die qualitative Inhaltsanalyse als Methode gewählt.

4 THEORETISCHER ANSATZ

Diese Arbeit behandelt die Gedächtnispolitik, die über die OUN und UPA in der Ukraine nach der Orangen Revolution vertreten wird. Das Thema ist eng mit der Frage verbunden, ob und wie diese Organisationen im kollektiven Gedächtnis der Ukraine repräsentiert werden. Grundlegend muss daher zuerst geklärt werden was unter einem kollektiven Gedächtnis zu verstehen ist, und ob dieser Begriff für die Ukraine überhaupt anwendbar ist. Die theoretische Grundlage für diese Arbeit bildet daher das Konzept des kollektiven Gedächtnisses und die Frage danach inwiefern dieses Konzept passend ist, um die Gedächtnispolitik der Ukraine damit zu erfassen.

Die Gedächtnisforschung ist noch nicht lange Bestandteil der Politikwissenschaft. Nach Helmut König (König 2008, 30) ist sie auch weiterhin (noch) kein zentraler Bestandteil der Politikwissenschaft, aber trotzdem relevant für sie. Bezugnehmend auf Jürgen Habermas führt er weiter aus: „(...) genau wie Identitätsfragen laufen sie [Gedächtnisfragen, Anm. d. Verf.] unterhalb der Schwelle politischer Entscheidungsprozesse ab: sie nehmen aber indirekt Einfluß auf das politische System, weil sie den normativen Rahmen der politischen Entscheidungen verändern“ (Habermas 1976, 116). Diese beiden Ausführungen zeigen, dass das Gedächtnis einen erheblichen Einfluss auf die Politik und vor allem auf politische Entscheidungsfindungsprozesse hat.

Zu Beginn dieses Kapitels soll das Konzept des Gedächtnisses, wie es unter anderem bei Maurice Halbwachs, und später bei Jan und Aleida Assmann vorkommt, erläutert werden. In weiterer Folge geht es darum den Einfluss des Gedächtnisses auf die Politik zu untersuchen und wie das Gedächtnis als Legitimation politischen Handelns benutzt wird, wozu es der Klärung des Begriffes Gedächtnispolitik bedarf.

Maurice Halbwachs, ein französischer Soziologe und Philosoph (geboren 1877 und verstorben 1945 im KZ Buchenwald) gilt als Begründer der Theorie über das kollektive Gedächtnis, und prägte die Terminologie an sich. Grundlegend für seine Gedächtnistheorie war das 1925 erschienene Werk „Les cadres sociaux de la mémoire“, sowie seine 1939 entstandene, aber erst nach seinem Tod 1950 veröffentlichte Abhandlung „Das kollektive Gedächtnis“.

Für die Gedächtnisforschung sind seine Werke der Grundstein aller folgenden Debatten.

4.1 GEDÄCHTNISFORMEN

4.1.1 KOLLEKTIVES UND INDIVIDUELLES GEDÄCHTNIS

Maurice Halbwachs unterscheidet das Gedächtnis in das individuelle und das kollektive Gedächtnis. Individuen entwickeln ihre soziale Identität aufgrund sozialer Bezugsrahmen (wie Familie, Religion und soziale Klasse), von denen sie ständig umgeben sind (Halbwachs 1967, 55). Diese sozialen Bezugsrahmen sind essentiell, damit Erinnerung überhaupt möglich wird, denn viele unserer Erinnerungen sind zwar individuell, können uns aber nur durch andere (kollektiv) wieder ins Gedächtnis gerufen werden. Das Gedächtnis ist immer nur das eines Einzelnen, durch das soziale Umfeld ist es aber dennoch immer kollektiv geprägt. Erinnerungen, egal wie intim und persönlich sie sind, entstehen Halbwachs zufolge durch Kommunikation und Interaktion im Rahmen sozialer Gruppen (Ebd., 35). Lösen wir uns von einer solchen Gruppe, so kann dies das Vergessen von Erinnerung zur Folge haben. Das Wechselspiel zwischen Erinnern und Vergessen ist einer der wichtigsten Bestandteile des Gedächtnisses und wird speziell für politische Zwecke gerne benutzt.

Das kollektive Gedächtnis ist für Halbwachs das Gedächtnis einer Gruppe, das aus Erinnerungen besteht, die die Mitglieder dieser Gruppe gemeinsam haben. Jeder Mensch besitzt sowohl kollektive wie auch individuelle Erinnerungen. Das individuelle Gedächtnis ist dabei immer der „Ausblickspunkt“ auf das kollektive Gedächtnis, denn selbst in einer Gruppe ist es immer das Individuum, das sich als Mitglied der Gruppe erinnert (Ebd., 31).

Um sich erinnern zu können bedarf es nach Halbwachs drei Kriterien (J. Assmann 1999, 38 f.):

- den *Raum- und Zeitbezug*, sowie *Orte*, die Symbole der Identität der Gruppe und Anhaltspunkte der Erinnerung sind.
- den *Gruppenbezug*, das Gedächtnis ist auf den Standpunkt einer realen und lebendigen Gruppe bezogen und ist nicht beliebig übertragbar.
- die *Rekonstruktivität*, es bleiben nur jene Teile der Vergangenheit erhalten, die von der Gesellschaft einer Epoche rekonstruiert werden können.

Durch die Angehörigkeit zu einer nationalen Gruppe ist es Menschen auch möglich sich an Ereignisse zu erinnern, die sie selbst nie erlebt haben. Für Halbwachs (Halbwachs 1967, 36) ist daher das kollektive Gedächtnis auch ein historisches Gedächtnis. Dieses kollektive, historische Gedächtnis bildet den Rahmen für sämtliche individuellen Erinnerungen. Jeder Mensch kommt in seiner Kindheit, geprägt durch sein soziales Umfeld, mit einer ganz bestimmten Vergangenheit in Berührung, dieses historische Gedächtnis wird dann der Rahmen seiner persönlichen Erinnerungen. Die selbst erfahrene Vergangenheit ist für Halbwachs wesentlich bedeutender, als jene, die durch die Geschichtsschreibung vermittelt wird.

Geschichte ist nicht gleich Gedächtnis und vice versa. Die Trennung zwischen Geschichte und Gedächtnis ist nicht nur bei Halbwachs (Ebd., 66 ff.) ein zentraler Punkt. Geschichte ist für ihn ein Verzeichnis der Geschehnisse, die den größten Raum im Gedächtnis der Menschen eingenommen haben – Geschichte beginnt da, wo Tradition aufhört. Die Aufgabe der Geschichtsschreibung ist, Erinnerungen schriftlich festzuhalten, wenn es keine Träger mehr für sie gibt. Zwar kann es mehrere unterschiedliche kollektive Gedächtnisse geben, aber nur eine Geschichte. Geschichte besteht aus verschiedenen Teilbereichen, Halbwachs beschreibt die Geschichtsschreibung als „Ozean in den alle Teilgeschichten einmünden“ (Ebd., 72). Dieser Ozean steht dabei auch symbolisch für die Absicht vieler Historiker eine Universalgeschichte zu schaffen. Im Unterschied zur Geschichte, der es um Differenzen und Diskontinuitäten geht, dreht sich das kollektive Gedächtnis aber um Ähnlichkeiten und Kontinuitäten. Gedächtnis und Geschichte haben ein Verhältnis der Abfolge, dort wo die Vergangenheit nicht mehr erinnert wird, setzt die Geschichte an (J. Assmann 1999, 42 ff.).

Halbwachs vollzieht eine klare Trennung zwischen Erinnerung und Tradition - Tradition hält er für die Verformung der Erinnerung. J. Assmann, der sich in vielen Punkten auf Halbwachs bezieht, sieht den Übergang zwischen Tradition und Erinnerung fließender (Ebd., 45). Die Trennlinie, die Halbwachs zwischen Erinnerung und Tradition zieht, ist für J. Assmann eher ein Unterschied innerhalb des kollektiven Gedächtnisses. Er unterscheidet das kollektive Gedächtnis in zwei weitere Kategorien, in das kommunikative und kulturelle Gedächtnis.

4.1.2 KOMMUNIKATIVES UND KULTURELLES GEDÄCHTNIS

Jan Assmann (Ebd., 20 ff.) geht noch weiter als Halbwachs und unterteilt das Gedächtnis in vier Bereiche:

- Das *mimetische Gedächtnis* – unser Handeln und Tun, das wir durch Nachahmen gelernt haben.
- Das *Gedächtnis der Dinge* – die uns bekannten alltäglichen und intimen Dinge.

Von Bedeutung für das kollektive Gedächtnis sind:

- Das *kommunikative Gedächtnis* – die Fähigkeit zu kommunizieren.
- Das *kulturelle Gedächtnis* – Riten, Symbole und Ikonen.

Das *kulturelle Gedächtnis* (A. Assmann 2007, 53 f.) bezieht sich auf Fixpunkte in der Vergangenheit, die zu symbolischen Figuren geworden sind, an die sich die Erinnerung heftet. Solche Erinnerungsfiguren sind z.B. Mythen, Vätergeschichten, Exodus und Exil; sie werden mittels Festen liturgisch begangen. Durch diese Art der Erinnerung werden Ereignisse der Vergangenheit zum Mythos und fundieren die Identität der sich erinnernden Gruppe. J. Assmann bezeichnet die Unterscheidung zwischen kommunikativem und kulturellem Gedächtnis als die Polarität zwischen Alltags- und Festgedächtnis (J. Assmann 1999, 53 f.).

Das *kommunikative Gedächtnis* umfasst jene Erinnerungen, die sich auf die jüngste Vergangenheit beziehen, diese Erinnerungen teilt der Mensch mit seinen Zeitgenossen. Das Generationen-Gedächtnis ist ein Typus des kommunikativen Gedächtnisses und entsteht und vergeht in der Zeit seiner Träger.

„Nach 40 Jahren treten die Zeitzeugen, die ein bedeutsames Erlebnis als Erwachsene erlebt haben, aus dem eher zukunftsbezogenen Berufsleben heraus und in das Alter ein, in dem die Erinnerung wächst und mit ihr der Wunsch nach Fixierung und Weitergabe“ (Ebd., 51).

Aus diesem Typus entstand der Geschichtszweig der Oral History. Dabei handelt es sich um ein Geschichtsbild auf Basis von Erinnerungen und Erzählungen, es ist die sogenannte Geschichte von unten.

Wie bei Halbwachs die sozialen Bezugsrahmen, so spielt auch bei J. Assmann das soziale Milieu eine entscheidende Rolle. Verändert sich das soziale Milieu einer Trägergruppe von Erinnerungen, so kommt es zum Verlust des selbstverständlichen Verständnisses von Texten und sie werden dadurch auslegungsbedürftig. Der Schritt der Auslegung ist bei J. Assmann jener Prozess, bei dem aus kommunikativer Erinnerung organisierte Erinnerungsarbeit wird (Ebd., 65).

Das Familiengedächtnis bei A. Assmann folgt dem Modell des Generationengedächtnisses bei J. Assmann. Die Familie ist für A. Assmann ein existenzieller Hintergrund über den wir nicht entscheiden können und ein wichtiger Kommunikationsrahmen aus dem das Familiengedächtnis entsteht (A. Assmann 2007, 22). Es besteht in der Regel aus drei Generationen, die sich untereinander austauschen können (z.B. Tochter – Mutter – Großmutter), und umfasst eine Lebensdauer von ca. 80-100 Jahren.

4.1.3 WIR-IDENTITÄT

Die Frage nach Identität steht in engem Zusammenhang mit dem Gedächtnis und ist vor allem in Bezug auf die Politik, die mit dem Gedächtnis gemacht wird, wesentlich bei der Analyse von Kollektiven. So spielt auch bei Jan und Aleida Assmann die Frage nach der Identität und der Konstituierung dieser Identität eine zentrale Rolle. J. Assmann beschreibt, dass das Ich eines Individuums durch die Teilnahme an Interaktion und Kommunikation einer Gruppe von außen nach innen wächst. Die Wir-Identität einer Gruppe hat immer Vorrang vor der Ich-Identität eines Individuums.

„Der Teil hängt vom Ganzen ab und gewinnt seine Identität erst durch die Rolle, die er im Ganzen spielt, das Ganze aber entsteht erst aus dem Zusammenwirken der Teile“
(J. Assmann 1999, 130 f.).

Unter einer Wir-Identität versteht J. Assmann das Bild, das eine Gruppe von sich selbst aufbaut und mit dem sich ihre Mitglieder identifizieren. Das Kollektiv gibt es also nicht

per se, sondern nur in dem Maß, in dem sich die Mitglieder auch dazu bekennen. Zwischen sozialem Selbstbild und sozialer Erinnerung bzw. Geschichtsbewusstsein gibt es einen Zusammenhang (Ebd., 132). Gruppen stützen das Bewusstsein über ihre Identität auf Ereignisse der Vergangenheit und verwenden diese für ihre Selbstdefinition und die Erklärung für sich selbst.

Für A. Assmann (A. Assmann 2007, 21) besteht die Wir-Identität aus zwei Gruppen. Die erste Gruppe ist sehr heterogen und keine bewusste Wahl des Individuums – dazu gehören die Familie, Generation, Ethnie und Nation. Die zweite Gruppe, die informelle Wir-Gruppe und Neigungsgemeinschaft, wählen wir als Individuen selbst und sie hat für das jeweilige Individuum unterschiedliche Bedeutung, Dauer und Bindungskraft.

4.1.4 POLITISCHES UND KULTURELLES GEDÄCHTNIS

Das bereits beschriebene Generationengedächtnis ist essentieller Bestandteil des Gedächtnisses, nach A. Assmann (Ebd., 28) teilen Generationen eine gemeinsame Weltauffassung. Circa alle 30 Jahre kommt es zu einem Generationenwechsel, dieser Wechsel ist für die Verarbeitung von Erinnerungen und Traumata von besonderer Bedeutung. Auch Halbwachs (Halbwachs 1967, 70) beschreibt Traumata als essentiellen Bestandteil für die Entwicklung einer Gesellschaft: „Es ist möglich, daß nach einem Ereignis, das die Struktur einer Gesellschaft erschüttert, teilweise zerstört oder erneuert hat, eine neue Periode beginnt.“ Erst durch diesen Wechsel, der nach A. Assmann nach 15-30 Jahren einsetzt, kann es zu einer öffentlichen Erinnerung kommen. Bei der Beschäftigung mit Vergangenheitsbewältigung ist dieses Kriterium von Bedeutung, vor allem um die unterschiedlichen Zeitpunkte des Einsetzens einer Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zu verstehen.

Das soziale Gedächtnis kann aber über das Generationengedächtnis hinaus bestehen. Dies passiert durch die Übertragung von Erinnerung auf materielle Träger, die es sowohl dem Individuum als auch dem Kollektiv ermöglichen in eine gemeinsame Erinnerung hineinzuwachsen ohne eigene Erfahrungen damit gemacht zu haben. A. Assmann benennt das Zusammenspiel von Erinnern und Vergessen als wesentlichen Bestandteil des kulturellen Gedächtnisses. Für die Erinnerung ist der Prozess des Vergessens wesentlich, um sich von schmerzhaften Erfahrungen zu lösen und Konflikte

zu überwinden (A. Assmann 2007, 51). Ein Mittel gegen das Vergessen ist die Sicherung materieller Überreste von Erinnerungen in Museen, Bibliotheken und Archiven. Sie dienen der „außergewöhnlichen Existenzverlängerung“ von Erinnerung (Ebd., 55) und sind eine Botschaft an die Nachwelt über Generationen hinweg. A. Assmann bezeichnet diesen Vorgang als Bildung eines sozialen Langzeitgedächtnisses.

Im Gegensatz zu Individuen oder Gruppen besitzen Institutionen und Körperschaften kein eigenes Gedächtnis. Durch memoriale Zeichen und Symbole schaffen sie sich dennoch ein Gedächtnis. Das *politische Gedächtnis* bewirkt die Schaffung von Identität, zu diesem Zweck wird Geschichte häufig zur Identitätsbildung verwendet und wirkt von oben auf eine Gesellschaft ein. Die Machthaber versuchen eine einheitliche Konstruktion der Geschichte zu schaffen, die auf Überlebenszeit angelegt und in allen politischen Institutionen verankert ist (Ebd., 35 ff.).

Das kollektive Gedächtnis ist für Halbwachs, J. und A. Assmann eine Entwicklung aus Mythos und Ideologie. Nationen verarbeiten bestimmte historische Erfahrungen, indem sie diese in Mythen umwandeln, die dann in Form von Monumenten, Denkmälern und anderen sogenannten Erinnerungsorten präsent gehalten werden sollen. A. Assmann sieht den Mythos als Verfälschung von historischen Tatsachen oder als die Wahrnehmung der Geschichte mit den Augen der Identität. Bereits Ernest Renan (Ebd., 39 ff.) nimmt im Zuge seiner nationalen Gedächtnistheorie (1882) Bezug darauf, dass durch die Wahrnehmung der Geschichte mit den Augen der Identität die historische Erfahrung zur Grundlage der nationalen Identität wird und vice versa. Der Vergangenheitsbezug wird zu einem Band des Zusammenhalts einer Nation.

Im Unterschied zum individuellen Gedächtnis, versucht das politische Gedächtnis nicht sich mit anderen zu vernetzen, sondern tendiert dazu, sich von anderen Gedächtniskonstruktionen abzugrenzen:

„Das Gedächtnis einer Nation nimmt keine Notiz davon, dass jenseits der Grenze andere historische Bezugspunkte gewählt und dieselben historischen Ereignisse in einem ganz anderen Licht erscheinen“ (A. Assmann 2008b).

Sowohl das individuelle wie auch das kollektive Gedächtnis sind perspektivisch organisiert. Das bedeutet, dass in beiden Fällen die Erinnerung nicht auf größtmögliche

Vollständigkeit angelegt ist, sondern nur das erinnert wird, was erinnert werden will. Das nationale Gedächtnis versucht ein möglichst heroisches Bild der Nation zu schaffen, und alles, was nicht in dieses Bild hineinpasst, wird vergessen (Ebd.). Besonders bei der Betrachtung der Politik mit dem nationalen Gedächtnis der Ukraine ist der Aspekt des heroischen Selbstbildes bedeutend. So bestimmt das nationale Gedächtnis, was wie erinnert werden soll. Tatiana Zhurzhenko merkte dazu in einem Vortrag an, dass es keine moderne Nation gibt, in der nicht ein interner Konflikt über das nationale Gedächtnis stattgefunden hätte. Denn schließlich ist das nationale Gedächtnis hierarchisch aufgebaut und verschiedene soziale Gruppen konkurrieren um den Zugang zur Öffentlichkeit um Hegemonie für ihre Narrative herstellen zu können (Zhurzhenko 2009, 2).

Bei der Konstruktion des nationalen Gedächtnisses dreht es sich um die zentrale Frage: „Wie wurde ein Ereignis erfahren und wie wird es erinnert?“ (A. Assmann 2007, 41).

Entscheidend für die Beantwortung dieser Frage ist, dass Leid und Trauer in der Erinnerung stärker wirken als Triumph und Erfolg. So schreibt Renan:

„(...) das gemeinsame Leiden verbindet mehr als die Freude. In den gemeinsamen Erinnerungen wiegt die Trauer mehr als die Triumphe (...)“ (Ebd., 42).

A. Assmann schreibt weiter, dass gemeinsames Leid mehr verbindet als Freude, und die Erinnerung der Verlierer ein stärkeres Wirkungspotential auf die Gesellschaft hat. Niederlagen stärken den nationalen Zusammenhalt und werden in ihrer Deutung und Interpretation oft zu mythischen Urereignissen interpretiert.

Die aus Niederlagen entstandenen Verlierer sind aber klar von den Opfern zu unterscheiden. A. Assmann differenziert zwischen einem Verlierer- und einem Opfergedächtnis. Der Begriff „Opfer“ veränderte sich in den letzten Jahren, so wird nun zwischen einem heroischen Opfergedächtnis (zum Beispiel jenem von Soldaten) und einem traumatischen Opfergedächtnis (unter anderem von Verfolgten) unterschieden. Das traumatische Opfergedächtnis hat im Unterschied zum heroischen Opfergedächtnis weder ein positives individuelles, noch kollektives Selbstbild. Entscheidend für die Opfergruppe der Verfolgten ist, ob sich die geschädigte Gruppe als ein Kollektiv oder eine Solidargemeinschaft organisieren kann, um auch als eigene Opfergruppe angesehen zu werden. Todorov (Todorov 2003) beschäftigte sich ebenfalls mit dem Opferbegriff. Er sieht Erinnerung als moralisch nicht neutral, und er unterscheidet vier Sichtweisen

auf die Erinnerung; die des Wohltäters oder seines Nutznießers sowie die des Übeltäters und seines Opfers. Todorov zufolge ist es aber ehrbarer Opfer denn Täter zu sein, „und obwohl niemand Opfer sein möchte, wären viele Menschen von heute gerne Opfer gewesen: Sie streben den Opferstatus an“. Denn dieser gibt ihnen das Recht sich zu beschweren zu protestieren und zu fordern. „Je schlimmer das Verbrechen in der Vergangenheit, desto zwingender die Rechte in der Gegenwart – die hauptsächlich durch die Zugehörigkeit zu der Gruppe erworben werden, der Unrecht getan wurde“ (Ebd.).

Durch die zunehmende Beschäftigung mit dem Opferbegriff kommt es seit den 1990er Jahren zu einer Wandlung der Identitätspolitik in Richtung einer „viktimologischen Identitätspolitik“ - „eine neue Geschichtserzählung aus der Opferperspektive“ (A. Assmann 2007, 79). Diese Forderung stellt auch Todorov, zumindest dass auch die Geschichte der Opfer und Besiegten parallel zu jener der Sieger niedergeschrieben wird (Todorov 2003). Vor allem bei Opfergruppen aus dem Holocaust und der Kolonialisierung geht es um das Gedächtnis ganzer Gruppen. Diese bauen aufgrund ihrer Opferidentität eine neue Identität auf und fordern soziale Anerkennung, materielle Restitution, sowie symbolische Reputation. Das traumatische Opfergedächtnis ist aufgrund seiner absoluten Passivität mit Unschuld und Reinheit konnotiert, die sie durch Anerkennung und Wiedergutmachung erhält. Abschließend schätzt A. Assmann „eine auf der Opfersemantik fußende Identitätspolitik“ eher „als Teil des Problems denn als seine Lösung (...)“ (A. Assmann 2007, 81) ein.

„ (...) an vielen Orten der Welt ist es zu einer Anamnese der in der Geschichte begangenen Verbrechen gekommen, die das Zusammenleben von ethnischen Gruppen und Nationen auf eine neue Grundlage stellen und die respektiven Gedächtniskonstruktionen aneinander anschließbar machen. Das ist in der Geschichte ein absolut neues Phänomen, das generell mit der wachsenden Bedeutung des individuellen und kollektiven Gedächtnisses zusammenhängt“ (Ebd., 114).

Mitunter auch durch die Wandlung des Opferbegriffs kam es seit den 1990er Jahren zu einer Wende in der Vergangenheitspolitik, „als verschiedene Staaten damit begannen, ihre historische Schuld zu reflektieren und in Formen öffentlicher Bekenntnisse in ihr Selbstbild aufzunehmen“ (A. Assmann 2008a).

4.2 KLÄRUNG ZENTRALER BEGRIFFE

4.2.1 ERINNERUNGSKULTUR

Der Begriff Erinnerungskultur löste in den 1990er Jahren den der Vergangenheitsbewältigung ab (Corneließen 2008). Unter dem (universalen) Begriff der Erinnerungskultur versteht J. Assmann die Einhaltung einer sozialen Verpflichtung einer Gruppe der Frage gegenüber „Was dürfen wir nicht vergessen?“. Vergangenheit entsteht erst dadurch, dass sich jemand auf sie bezieht und ein Bezug auf die Vergangenheit ist nur dann möglich, wenn diese noch nicht zur Gänze verschwunden ist. Es muss Zeugnisse über sie geben und diese Zeugnisse müssen einen Unterschied zum „Heute“ aufweisen (J. Assmann 1999, 31 f.).

Helmut König (König 2008, 33) beschreibt Erinnerungskultur als den Prozess

„den fortwirkenden Bann einer negativ bewerteten Vergangenheit dadurch aufzulösen, dass sie erinnert, aufgeklärt und aufgearbeitet wird, dass die für Verbrechen verantwortlichen Täter strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen und andere belastete Personengruppen dequalifiziert werden.“

Harald Welzer (Basic/Welzer 2007) definiert Erinnerungskultur(en) als das Ergebnis von öffentlichen Debatten unterschiedlicher individueller Erinnerungen, politisch und gesellschaftlich gewünschtem Denkens und wissenschaftlich objektivierter Geschichte. Hierbei ist jedoch anzumerken, dass die über die Familie vermittelte Vergangenheit immer stärkere Wirkung hat als öffentlich vermittelte und forcierte Vergangenheit.

Für König ist die Lustration ein Teil der Erinnerungskultur, da mit dem Gedächtnisthema auch immer Fragen nach Schuld und Verantwortung verbunden sind, sowohl im juristisch-strafrechtlichen wie auch im politischen, moralischen oder metaphysischen Sinn.

„Zum Vergessen gehört das Vergeben, wie zum Erinnern die Bestrafung (...)“
(König 2008, 34).

Harald Welzer spricht vor allem dem Zweiten Weltkrieg eine erhebliche Bedeutung im Spannungsfeld zwischen universalistischer und nationaler Erinnerungen zu.

„ (...) Nach wie vor kommt dem Zweiten Weltkrieg bzw. der deutschen Besatzung in den meisten europäischen Ländern eine herausragende Bedeutung zu, wenn es darum geht, die eigene Identität und den daran gebundenen Wertekonsens zu bestimmen“ (Welzer 2010, 217).

4.2.2 GESCHICHTE UND POLITIK – GEDÄCHTNISPOLITIK?

„In recent times the concept of „historical memory“ has become somewhat devalued through overuse. Such memory, like the past itself, does not exist: it is always a particular construction resulting from human intellectual activity“
(Vladylav Hrynevych 2009, 1).

Neben dem kollektiven Gedächtnis ist der Begriff der Gedächtnispolitik die theoretische Grundlage dieser Arbeit. Im ersten Teil ging es um das kollektive Gedächtnis, in diesem Teil soll nun herausgearbeitet werden, wie ein solches kollektives Gedächtnis national politisch instrumentalisiert wird oder werden kann. Die politische Instrumentalisierung des kollektiven Gedächtnisses wird als Gedächtnispolitik bezeichnet. Die Verwendung des Gedächtnisses zum Zwecke der Politik formuliert König (König 2008, 28) als „Werkzeug im Dienst bestimmter politischer Interessen und Akteure“. Politik und Gedächtnis oder auch Politik mit dem Gedächtnis sind, seit es Politik gibt, miteinander verbunden,

„seit der Antike dient der Bezug auf die Vergangenheit dazu, die politische Ordnung zu stabilisieren und zu legitimieren, kollektive Identitäten zu bilden und Loyalität zu sichern (...). Erinnerung ist kein natürlicher Prozess, sondern wird auf vielfältige Weise durch soziale Bedingungen und Umstände hergestellt oder verhindert“ (Ebd., 27).

Harald Schmid (Schmid 2009a, 7 f.) führt aus, dass es seit geraumer Zeit zu einem „Boom, Hochkonjunktur, Mode“ der Geschichtspolitik kam, es setzte ein stark intensivierter öffentlicher Umgang mit Geschichte ein. Diesen Boom verortet Schmid in zwei Dekaden. Die erste Dekade setzte in Europa und den USA ein und widmete sich dem Nationalsozialismus, die zweite Dekade setzte mit dem Ende des Kalten Krieges ein und dreht sich um den Kommunismus und die damit verbundenen Diktaturen.

In Anlehnung an König stellt Schmid (Schmid 2009b, 55) fest, dass Geschichte eine allgemeine Orientierungsinstanz und eine politische Ressource darstellt. Die Herkunft und Idee der Geschichtspolitik im deutschen Sprachraum war Teil eines „breiten politisch-kulturellen Paradigmenwechsels zwischen den 1970er und 1990er Jahren“. So entwickelten seit Mitte der 1990er Jahre Politologen gemeinsam mit Zeithistorikern interdisziplinäre Forschungskonzepte für diesen Bereich. Allerdings, so führt Schmid weiter aus, kam es trotz der Etablierung des Begriffes zur Stagnation der theoretisch-methodischen Weiterentwicklung, wohingegen die empirische Forschung im Mittelpunkt steht. Das besondere wissenschaftliche Interesse für Gedächtnis und Erinnerung, beschreibt Tony Judt (zitiert nach Uhl 2009, 41), stehe in

„Koninzipien mit dem Prozess des Zerbrechens der europäischen Nachkriegsmythen, in denen das jeweils eigene Volk als Opfer der brutalen Unterdrückung durch die NS-Okkupation dargestellt (...)“ wird. „Eine neue Generation (...) stellt neue Fragen an die Geschichte.“

Das Konzept einer hegemoniethoretischen Gedächtnistheorie von Oliver Marchart (Ebd., 45) geht davon aus, dass das kollektiv geteilte Wissen über die Vergangenheit keine neutrale Erzählung sein kann, sondern immer situiertes Wissen ist.

Diskurse über die Vergangenheit entsprechen immer den Sichtweisen gesellschaftlicher Gruppen, diese Gruppen sind mit unterschiedlicher Macht ausgestattet um ihre Sichtweisen durchsetzen zu können. Daraus ergibt sich, dass Gegenstände des kulturellen Gedächtnisses auch immer Auskunft über gesellschaftliche Machtstrukturen geben können – und zwar dadurch, welcher Gruppe es gelungen ist, ihr partikulares Geschichtsbild als universales, verbindliches Gedächtnis eines Kollektivs zu verankern (Ebd. ff.).

Wie schon im Kapitel zu Jan und Aleida Assmann beschrieben, ist auch für Heidemarie Uhl die Verbindung zur Wir-Gemeinschaft ein wesentlicher Bestandteil des Gedächtnisses. Sie nennt die Verbindung zwischen Gedächtnis und Identität den identifikatorischen Bezugsrahmen einer nationalen Wir-Gemeinschaft. Kommt es auf lokaler oder regionaler Ebene zu widersprüchlichen Erinnerungen, so stehen diese Erinnerungen dennoch immer in einem Verhältnis zum nationalen Gedächtnisnarrativ (Ebd., 48).

Horst-Alfred Heinrich stellt in seiner Arbeit jedoch genau die Gegenfrage und fragt, ob wir als StaatsbürgerInnen überhaupt ein historisches Bewusstsein von der Vergangenheit unserer Nation benötigen (Heinrich 2009, 77). Er sieht die gesellschaftliche Tradition als Bestandteil der sozialen Identität des Menschen. Trotzdem besteht die Frage weiterhin, ob eine Gesellschaft eine historische Identität für ihren Zusammenhalt braucht. Heinrich nimmt dabei Bezug auf den Geschichtsphilosophen Emil Angehrn, der davon absieht, den Bezug auf die Vergangenheit als Notwendigkeit der nationalen Identität zu sehen. Vielmehr definiere sich unsere Gesellschaft über universalistische Werte und demokratische Verfahren. Er gesteht jedoch ein:

„den Blick zurück auf die Vergangenheit brauchten wir stattdessen als Einzelne zur Bestätigung unserer Individualität und Ganzheit (...). Auf der Makroebene sei ein kollektives Gedächtnis jedoch irrelevant.“ (Ebd., 79).

In der folgenden Arbeit werden die Entwicklungen der Gedächtnispolitik in der Ukraine nach der Orangen Revolution untersucht. Die Orange Revolution markiert einen politischen Umbruch, ein solcher ist nach König für die Gedächtnispolitik von besonderer Bedeutung. So geht es der Gedächtnispolitik um die Möglichkeit, das Gedächtnis und die Erinnerung an bestimmte Ereignisse für politische Zwecke zu instrumentalisieren. König unterteilt das Gedächtnis in drei Ebenen zum Zwecke der Politik (König 2008, 28):

Die erste Ebene dient zur Konstitution der politischen Ordnung durch den Bezug auf eine gemeinsame Vergangenheit. Die egal ob sie positiv oder negativ bewertet ist, eine kollektive Identität schafft und stärkt.

Die zweite Ebene ist die Erinnerung als Politikfeld, auf dem Konkurrenzen und Rivalitäten unterschiedlicher Akteure ausgetragen werden können.

Die dritte Ebene ist jene der erwähnten politischen Umbrüche und ein möglicher Neubeginn. Die Gedächtnispolitik ist hier ein Mittel um sich vom Vorgänger-Regime abzugrenzen.

Das Gedächtnis als Spielfeld des Konkurrenzkampfs unterschiedlicher Akteure geht laut Peter Niedermüller, der sich in diesem Punkt auch auf Halbwachs bezieht, auf die unterschiedlichen kollektiven Gedächtnisse zurück, die aufgrund unterschiedlicher sozialer Milieus nebeneinander entstehen. Aufgrund unterschiedlicher, und damit konkurrierender Erinnerungen verschiedener Gruppen, entsteht ein Konflikt, weil jede

Gruppe versucht ihr Gedächtnis durchzusetzen (Niedermüller 2004, 14 ff.). Die moralische Erneuerung, die nach einem politischen Umbruch stattfindet, ist als zentraler und konstitutiver Punkt zu sehen.

„Nach einem Umbruch bildet sich eine neue Gesellschaft heraus, die durch die symbolische und politische Wiederbelebung der Nation bzw. durch die Nationalisierung der Geschichte und Vergangenheit entsteht“ (Ebd. ff.).

Dieser Prozess moralischer Erneuerung wird als *rethinking history* bezeichnet, mittels folgender Methoden soll dieser implementiert werden:

- Textualisierung und Diskursivierung der Geschichte und Vergangenheit:
Es werden neue Geschichtsbücher veröffentlicht und öffentliche Diskurse über die historische Vergangenheit angeregt.
- Ritualisierung durch die Schaffung nationaler Feiertage, Gedächtnis- und Erinnerungsrituale und die visuelle Repräsentation in Form von Ausstellungen.

Zentraler Untersuchungsgegenstand nach dem von Niedermüller aufgestellten Modell der *rethinking history* wird demnach in dieser Arbeit jener der Diskursivierung der Vergangenheit sein, im Speziellen der öffentliche Diskurs, der stattgefunden hat.

In der Gedächtnispolitik vieler osteuropäischer Transformationsstaaten sieht Rudolf Jaworski einen entscheidenden Unterschied zur Gedächtnispolitik in anderen Staaten. So ist ein bedeutsames Problem jener Gedächtnispolitik,

„dass bei all der historischen Rückbesinnung, Umdeutung und Neuorientierung den Geschichtswissenschaften keine führende Rolle zukommt, die prägnantesten Umdeutungen der Geschichte erfolgen in den historisch-politischen Debatten und Erinnerungsritualen im öffentlichen Raum“ (Jaworski 2004, 33).

Der Zweck der Vergangenheit in den genannten Ländern ist, dass von verschiedenen politischen Akteuren mit Geschichte Politik gemacht werden kann. „Es geht also keinesfalls nur um historische Wahrheitssuche, sondern immer häufiger um historische verkleidete Stellvertreterkriege aktueller Positionierungen“.

Harald Welzer schreibt diesbezüglich:

„Die osteuropäischen Transformationsgesellschaften haben erhebliche Selbstvergewisserungsbedürfnisse und sind auf der Suche nach einer integrativen Geschichte, wobei es hauptsächlich Opfernarrative sind, die diese Suche anzuleiten scheinen“ (Welzer 2010, 17).

4.2.3 DENKMAL

Ein Teilbereich der Gedächtnispolitik ist die Denkmalpolitik. Besonders in der ukrainischen Gedächtnispolitik ist die Denkmalpolitik ein Bereich in dem sich Politiker, und vor allem Regionalpolitiker, gerne betätigen. Denkmalpolitik umfasst die Demontage von Denkmälern oder deren Umgestaltung bzw. Neuinterpretation, aber auch den Neubau von Denkmälern. Wilfried Jilge definiert als (politische) Denkmäler, die ein Teilbereich der Gedächtnispolitik sind, „all jene plastischen Werke, die im Gegensatz zu den unintentionalen Denkmälern (...) bewußt zur Wahrung des Andenkens an eine Person bzw. Personengruppe (...) oder an ein historisches Ereignis (...) errichtet wurden (...), mit Denkmälern werden im öffentlichen Raum Gedenkort geschaffen (...) oder Gedächtnisorte (...) markiert“ [sic!] (Jilge 2003, 35). Jilge beschreibt weiter, dass „anders als bei Denkmälern im weiteren Sinne (...) sollte bei den hier zu betrachtenden Denkmälern die „Hauptfunktion von Beginn an zweckvolles Erinnern“ sein“. Des Weiteren wird dem Denkmal auch die Funktion als Mittel zur Konstruktion von Gruppenidentitäten bzw. nationalen Gemeinschaften zugesprochen. So werden durch das Stürzen und Errichten von Denkmälern politische Ordnungen de- oder legitimiert. Die Denkmalpolitik eines Staates ist also bei der Betrachtung seiner Gedächtnispolitik unentbehrlich, weswegen im Laufe dieser Arbeit die Gedächtnispolitik der Ukraine auch immer wieder am Beispiel der Denkmalpolitik dargestellt werden wird.

Ein großer Teil der ukrainischen Kulturpolitik (zu der Jilge auch die Denkmalpolitik zählt) unterliegt der Geschichtspolitik des Staates. Besonders während der Phase der Perestrojka wurde Kultur zu einem politischen Betätigungsfeld umfunktioniert und ist bis heute „aufgrund der noch nicht abgeschlossenen Nations- und Staatsbildung, (...)

ein wichtiger Faktor zur Legitimation der politischen Ordnung und Entscheidungen“ geblieben (Ebd., 33 f.).

4.2.4 DIE „ZWEI UKRAINEN“

„Die Helden der Einen sind die Henker der Anderen“

(Bechtel 2008, 224).

Die Debatten über den Zweiten Weltkrieg und die Identität der Ukraine sind immer mit der These über die „zwei Ukrainen“ gekoppelt, dabei wurde die These „für viele inzwischen ein beinahe universelles Erklärungsmuster“ (Portnov 2008, 197). So sieht Hrynevych den Einfluss des Zweiten Weltkrieges auf die Identität der Ukraine als ambivalent: „it accelerated Russification while simultaneously helping to strengthen Ukrainian national consciousness“ (Vladylav Hrynevych 2009). Aufgrund dieser nach wie vor bestehenden Teilung des Landes ist die Geschichtspolitik der Ukraine ein vielfach gebrochener, ambivalenter und widersprüchlicher Prozess (Bruder 2010, 178). Bei der These um die gespaltene Ukraine stehen sich der proeuropäische Westen und der prorussische Osten gegenüber. Bredies charakterisiert die beiden Gegensätze mit den pro-westlichen Attributen ukrainischsprachig, agrarisch, griechisch-katholisch, patriotisch, progressiv und demokratisch. Als pro-russisch gilt russischsprachig, industrialisiert, orthodox, nationalnihilistisch, sowjetnostalgisch und autoritär. Womit sich zwei miteinander konkurrierende Identitäten gegenüber stehen (Bredies 2010, 2). Die anhaltende politische Spannung in der Ukraine ist zu einem großen Teil auf die Geschichte zurückzuführen. Denn die Trennung der Bevölkerung während des Zweiten Weltkrieges in Moskali (Verräter an der Ukraine, moskauhörig, prorussisch bzw. prosowjetisch) und Banderivci (Kollaborateure der Nazis) (Bechtel 2008, 224) deckt sich mit der Spaltung in die noch heute von vielen attestierte Teilung in pro-westlich und pro-russisch. Rjabčuk nennt eine Studie aus dem Jahr 2002 in der 56% der Befragten ihre Identität als „ausschließlich ukrainisch“, 11% als „ausschließlich russisch“ und 27% als „russisch wie ukrainisch“ sehen (zitiert nach Rjabčuk 2009, 146). Er stellt jedoch weiter fest, dass eine Unterteilung in einen pro-russischen Osten und einen nationalistischen Westen zu hinterfragen und zu problematisieren ist. Denn es handelt sich dabei um zwei Adjektive, die sich in ihrer Wortbedeutung nicht

gegenüberstehen müssten. Rjabčuk schlägt unterdessen die semantische Unterteilung in pro-europäisch und pro-russisch vor. Dennoch sei die Tatsache, dass die Ukraine in sich gespalten sei, unumgänglich. Dies resultiere allein schon daraus, dass die Ukraine, bestehend aus einem Dutzend Regionen mit unterschiedlicher Geschichte und Entwicklung, erst durch die Bolschewiki in einer „quasi-,souveränen‘ ukrainischen sozialistischen Sowjetrepublik“ vereinigt wurde (Ebd., 149). So durchlief die Ostukraine eine in großen Teilen andere Geschichte als die Westukraine. Die Ostukraine durchlief im Gegensatz zu den westlichen Regionen der Ukraine einen industriellen Aufschwung „à la soviétique“ (Bechtel 2008, 224) und litt jedoch wiederum aufgrund fehlender Kollaborationsangebote, wie sie die Westukrainer bekamen, wohl mehr unter der deutschen Besatzung. Gerade aus diesen unterschiedlichen Entwicklungen heraus ist auch zu erklären, warum in den Jahren nach 2000 politischer Wandel und die Wiedererlangung einer westlichen Identität fast ausschließlich in der Westukraine passierte und kaum in den Süd- und Ostregionen. Daraus resultiert, „dass die ukrainische Identität in der Ukraine eher als eine regionale (d.h. westukrainische) denn als eine gesamt nationale Identität verstanden wird“ (Rjabčuk 2009, 155).

Dies veranschaulicht auch Abbildung 1: Bei einer Umfrage 2010 schätzten 30% der Befragten, dass die Unstimmigkeiten zwischen West und Ost in den nächsten ein bis zwei Jahren gleich bleiben würden, 15% prognostizieren eine Zunahme der Differenzen und nur 13% denken, dass die Unstimmigkeiten abnehmen werden.

Portnov kritisiert bezüglich der Spaltung der Ukraine die Reduktion auf nur zwei gegensätzliche Richtungen und entgegnet dass „der Analyserahmen, den das Bild von den „zwei Ukrainen“ vorgibt, ist allerdings zu eng, um die Realität zu erfassen. Auch die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg lässt sich nicht in ein dichotomes Schema pressen, sondern ist je nach Region und persönlicher Erfahrung unterschiedlich“ (Portnov 2008, 199). Dabei bekommt die Geschichtspolitik auch den Status, mit ihrer Hilfe die Teilung des Landes zu überwinden und eine gemeinsame ukrainische Identität schaffen zu können (Bruder 2010, 178). Jilge wiederum sieht die These über eine gesplattene Gedächtnispolitik der Ukraine differenziert, „(...) the theory of a divided Ukrainian culture of remembrance is questionable, even in the case of the Second World War, and requires differentiation“ (Jilge 2006, 75). In weiterer Folge hinterfragt er, ob die offizielle Anerkennung von OUN-UPA etwas zur nationalen Konsolidierung beitragen würde.

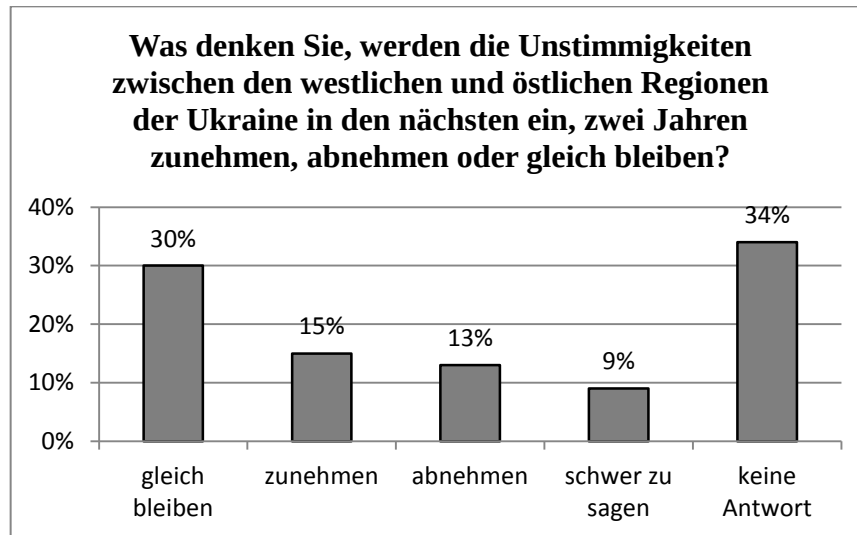


Abbildung 1: Unstimmigkeiten zwischen den östlichen und westlichen Regionen (FOM-Ukraina 2010)⁷

⁷ Übersetzung nach Bredies 2010, 9

5 HISTORISCHER ÜBERBLICK

„Historische Erfahrungen sind nicht nur im Leben einzelner Menschen, sondern auch für Gesellschaften und Staaten das Fundament der Orientierung (...)“ (Schmid 2009b, 54).

5.1 DIE UKRAINE IM ZWEITEN WELTKRIEG

Der Zweite Weltkrieg aus Sicht der Ukraine umfasst die Zeit zwischen dem 01. September 1939 durch den deutschen Angriff auf Polen bzw. dem 17. September 1939 mit der sowjetischen Besatzung Ostpolens, und dem 8. bzw. 9. Mai 1945 mit der Kapitulation der Wehrmacht und dem Ende des nationalsozialistischen Deutschlands (Himka 1993).

In der nationalen Geschichtsschreibung der Ukraine und der Sowjetunion bzw. Russlands wird jedoch verstärkt die Zeitspanne zwischen 1941 und 1945 thematisiert. Am 22. Juni 1941 erfolgte der Angriff des nationalsozialistischen Deutschlands auf die Sowjetunion (Operation Barbarossa). Der darauffolgende Teil des Krieges wird auch als Deutsch-Sowjetischer Krieg bezeichnet. In der Sowjetunion wird dieser Kriegsteil auch der Große Vaterländische Krieg⁸ genannt, im nationalsozialistischen Deutschland war er bekannt als Russland- oder Ostfeldzug.

Als Folge des Molotov-Ribbentrop-Pakts vom 23. August 1939 besetzten sowjetische Truppen Ost-Galizien, West-Wolhynien und die übrigen Gebiete des östlichen Polen. So gut wie alle von Ukrainern bewohnten Gebiete wurden in die Ukrainische Sowjetrepublik eingegliedert. In weiterer Folge wurden alle Mitglieder der alten Elite durch Kader aus der Ostukraine ersetzt. So betonte die sowjetische Regierung auch immer wieder, dass man die Ukrainer von der polnischen Herrschaft befreit hätte (Kappeler 2009, 215 f.). Dies änderte sich durch den deutschen Angriff 1941 und innerhalb von vier Monaten besetzte die deutsche Wehrmacht, mit Ausnahme einiger östlicher Gebiete fast die gesamte Ukraine (Boeckh 2007, 73). Am 20. August 1941 wurde das Reichskommissariat Ukraine proklamiert. Der Vormarsch der Deutschen wurde anfangs von vielen Ukrainern begrüßt, doch trotz der Hoffnungen der Ukrainer

⁸ Велика Вітчизняна війна [Velyka Vitčyznjana Vijn]

waren die Deutschen nicht bereit, sie zu gleichberechtigten Partnern zu machen und einen unabhängigen ukrainischen Staat zuzulassen. Deutlich wird dies auch bei der Betrachtung der administrativen Aufteilung der Ukraine: Galizien wurde dem Generalgouvernement, den 1939 besetzten Gebieten Polens, zugeschlagen. Die Nord-Bukowina, Bessarabien und das Gebiet zwischen Dnjestr und (südlichen) Bug mit Odessa wurden dem mit Deutschland verbündeten Rumänien überlassen. Die Gebiete ganz im Osten, nahe der Front, unterstanden der deutschen Militärverwaltung. Der größte Teil der zentralen und südlichen Ukraine wurde zum Reichskommissariat erklärt (Kappeler 2009, 217).

„Im Rahmen der nationalsozialistischen Ostpolitik war der Ukraine demnach die Rolle einer Kolonie zugeordnet, die zugunsten der deutschen Kriegswirtschaft ausgebeutet werden sollte. Die ukrainischen „Untermenschen“ hatten der deutschen „Herrenrasse“ zu dienen (...)“ (Ebd., 219).

Neben Polen und Ukrainern wurden vor allem auch die Juden, die in der Ukraine lebten, massiv von den Deutschen verfolgt und ermordet, wobei sich beispielsweise an den Pogromen in Lemberg, Ternopil und anderen Städten Ukrainer aktiv beteiligten. Von besonders trauriger Bedeutung und „zu einem Symbol nationalsozialistischer Barbarei wurde die Erschießung von über 30.000 Juden in der Schlucht von Babyn Jar in Kiew am 29. und 30. September 1941, an deren Vorbereitung auch Einheiten der Wehrmacht beteiligt waren“. Die noch lebenden Juden wurden schließlich in den Jahren 1942 bis 1944 unter Beteiligung ukrainischer Polizisten im Dienste der deutschen Besatzer umgebracht (Ebd.).

Himka (Himka 1993) schreibt, dass die Ukrainer während des Zweiten Weltkrieges auf beiden Seiten gekämpft haben. Diese Feststellung ist in Hinsicht auf die weitere Arbeit von besonderer Bedeutung. Denn ein wichtiger Faktor bei der Diskussion über die OUN und UPA ist der Vorwurf an sie, mit den deutschen Besatzern kollaboriert zu haben. Auch Kappeler (Kappeler 2009, 220 f.) führt an, dass den Ukrainern sowohl von jüdischer, polnischer und russischer Seite immer wieder die Kollaboration mit den deutschen Besatzern vorgeworfen wurde. Er führt jedoch weiter aus, dass die Zusammenarbeit vor allem in den ersten Monaten der Besatzung stattfand, was er durch die Vergangenheit erklärt, die die Ukrainer während des Stalinismus in den 1930er

Jahren mit den Sowjets hatten. Auch später kollaborierten die Ukrainer „zum Teil aus Opportunismus, zum Teil, um zu überleben“ (Ebd., 221).

Boeck sieht die Gründe für den Einsatz der Ukrainer auf deutscher Seite in Opportunismus, der Ablehnung des sowjetkommunistischen Systems und die daraus folgende Hoffnung auf Besserung unter der deutschen Herrschaft, aber auch dem Zwang, ohne deutsche Arbeitgeber materiell nicht überleben zu können (Boeckh 2007, 78 f.). Sie schreibt weiter, dass „Ökonomische Kollaboration“ oft ein Gebot der Stunde war. Als Entkräftung des Vorwurfs der Kollaboration mit den Deutschen sei festgehalten, dass in den ukrainischen Gebieten circa 185.000 Ukrainer auf sowjetischer Seite an der Front kämpften, insgesamt dienten nach Boeckh um die zwei Millionen Ukrainer in der roten Armee (Ebd., 83). Himka (Himka 1993) zufolge kämpfte die Mehrheit der ethnischen Ukrainer (ca. 4,5 Millionen) in der Roten Armee gegen die Deutschen. Andere Ukrainer waren Mitglieder der kommunistischen Partisanen, die UPA kämpfte als unabhängige Formation. Außerdem gab es ukrainische freiwillige Einheiten in der deutschen Armee, dazu zählten die Legion Ukrainischer Nationalisten (die Einheiten Nachtigall und Roland) und die Waffen SS Division Galizien. Himka beschreibt jedoch weiter, dass gegen Kriegsende, als eine Niederlage der Deutschen bereits unvermeidbar war, die ukrainischen Nationalisten die deutschen Einheiten wohl dazu benutzten, um ausgebildete Truppen und Waffen für die eventuelle Konfrontation mit den Sowjets zu haben.

Kappeler (Kappeler 2009, 221) beurteilt die Kollaboration folgendermaßen: im Reichskommissariat ging der Wille zur Zusammenarbeit mit den Deutschen bald verloren, in Galizien blieb die Zusammenarbeit allerdings länger bestehen. Dies geht darauf zurück, dass in diesem Gebiet mehr Ukrainer in Verwaltung und Polizei beschäftigt waren.

„Die Forschung ist sich über das Ausmaß der ukrainischen Kollaboration nicht einig. Es ist verständlich, daß aus der Perspektive der Juden und der Polen, die viel schlimmer unter der Besatzungspolitik zu leiden hatten, die Ukrainer als Volk von Kollaborateuren erschienen. Der Historiker muß solche pauschalen Schuldzuweisungen indessen zurückweisen. *Die* Ukrainer waren ebensowenig Kollaborateure wie Antisemiten. Zahlreiche Ukrainer ließen sich als Instrumente der Gewaltpolitik mißbrauchen und beteiligten sich an der Ermordung von Juden. Auch unterließen es ihre politischen Organisationen, gegen die Vernichtung der Juden zu protestieren. Die überwiegende

Mehrheit der Ukrainer wirkte aber nicht aktiv am Terror der deutschen Besatzer mit, sondern hatte selber unter ihm zu leiden“ [sic!] (Ebd. f.).

Nach der Schlacht von Stalingrad begann die Niederlage der Deutschen (Herbst/Winter 1942-1943). Ab Juli 1943 gewann die Rote Armee wieder weite Teile der Ukraine zurück, und im Sommer 1944 war sie bereits bis Galizien vorgerückt. Ab dem Herbst 1944 war die gesamte Ukraine unter sowjetischer Herrschaft.

Ca. 6,8 Millionen Ukrainer starben während des Zweiten Weltkrieges und weitere 200.000 Ukrainer emigrierten. Die ethnische Zusammensetzung innerhalb der ukrainischen Bevölkerung hatte sich massiv verändert, da es kaum noch deutsche, polnische oder jüdische Bevölkerungsteile auf dem neuen Territorium der Ukraine gab (Himka 1993).

Der Sieg über die Nazis wurde zur wichtigen Grundlage für die Legitimierung des Sowjet-Regimes und war bedeutender Bestandteil der Propaganda.

Kriegsveteranen der Roten Armee bekamen unabhängig ihrer Klasse und ethnischen Herkunft bedeutende Positionen in der Verwaltung, Kommunisten die in Gebieten unter deutscher Besatzung lebten, wurden genau geprüft und in den meisten Fällen aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen.

„Since independence, the assessment of the war in collective memory remains unsettled. Western Ukrainians and more nationalist-minded politicians are seeking to have veterans of the Division Galizien and the Ukrainian Insurgent Army nationally recognized as legitimate war veterans, with privileges equal to those of Red Army veterans, but this remains a minority view in Ukraine” (Ebd.).

5.2 OUN – DIE ORGANISATION UKRAINISCHER NATIONALISTEN⁹

Ein Teil der heutigen Ukraine, damals Galizien, war polnisches Staatsgebiet und damit der polnischen Politik unterworfen. Die von den Polen verfolgte Politik bezeichnet Franziska Bruder als polnisch nationalistisch-kulturdominante Politik, die mitunter ein Faktor war, der zu den Massakern 1943 führte (Bruder 2010, 178). Die Ukrainer, die auf diesem Gebiet lebten, waren schon früh mit der polnischen Politik unzufrieden und

⁹ Організація Українських Націоналістів [Organizacija Ukrajins'kich Nacionalistiv]

begannen in den 1920er Jahren Widerstand auszuüben, wodurch es zu einem „Kleinkrieg“ der Ukrainer gegen die Polen kam, der von der Sowjetregierung unterstützt wurde (Kappeler 2009, 209). Die Widerstand ausübenden Ukrainer hatten sich zur Ukrainischen Militär Organisation (UVO) zusammengeschlossen und unterschiedliche Attentate auf die polnische Bevölkerung und polnische Politiker verübt (unter anderem einen Anschlag auf den polnischen Staatschef Piłsudski). Aus der UVO entstand in weiterer Folge gemeinsam mit dem Bund der Ukrainischen Nationalistischen Jugend die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN). Die Organisation wurde 1929 in Wien gegründet und von Jevgen Konovalec¹⁰ geleitet. Wie ein Manifest hatte die OUN ihre „zehn Gebote des ukrainischen Nationalisten“ (Satzewich 2002, 67):¹⁰

- „1. You will attain a Ukrainian state, or die in a battle for it.
2. You will not permit anyone to defame the glory or the honour of Your Nation.
3. *Remember the great days of competition for Freedom.*
4. *Be proud to be an heir of the fight for Volodymyr Trident honour.*
5. *Revenge for the death of the Great Kings.*
6. Do not speak about matters with whom you can, but only with whom you must.
7. Do not hesitate to carry out the most dangerous deeds, should this be demanded by the good of the cause.
8. Treat the enemies of Your Nation with hatred and ruthlessness.
9. *No requests, threats, tortures or death will make you betray a secret.*
10. Aspire to expand the power, wealth and glory of the Ukrainian state.“

Ihrer Gründungserklärung zufolge war das Hauptziel der OUN die Gründung eines unabhängigen, vereinten Nationalstaates auf dem ethnischen Territorium der Ukraine (Yurkevich 2011). Dieses Ziel wollte die Organisation durch eine nationale Revolution und der Führung einer Diktatur erreichen, denn „only national dictatorship will be able to preserve the internal strength of the Ukrainian Nation“ (Sabrin 1991, 4). Zur Durchsetzung ihrer Ziele war Gewalt ein akzeptiertes politisches Mittel gegen Feinde im In- und Ausland. Auch mit der Situation der Juden befasste sich die Führungsspitze der OUN und gab 1941 folgende Resolution zu diesem Thema heraus: „(...) In the

¹⁰ Bezüglich der zehn Gebote des ukrainischen Nationalisten ist die Quellenlage sehr schwierig. Satzewich führte als einzige vertrauenswürdige Quelle Teile (Gebote 1, 2, 6, 7, 8, 10) der zehn Gebote an. Die restlichen (kursiv geschriebenen) Gebote wurden durch andere Quellen ergänzt, deren Ursprung unklar ist.

USSR the Jews are the most faithful supporters of the ruling Bolshevik regime (...) The OUN combats Jews“ (Ebd.). Vor allem in Galizien und unter der ukrainischen Jugend fand die OUN Anhänger und hatte 1939 geschätzte 20.000 Mitglieder (Ebd.). Die polnische Regierung reagierte auf die Anschläge der OUN mit zahlreichen Verhaftungen und Pazifizierungsmaßnahmen. So wurden 1934 die regionalen Führer in Galizien (darunter auch Stepan Bandera) bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges verhaftet (Kappeler 2009, 211 f.). Jedoch bereits seit Beginn der 1930er Jahre war die Führung der OUN in sich gespalten. So waren Konovalec‘ und seine Unterstützer pragmatische Realisten, die in Richtung eines traditionellen militärischen Autoritarismus dachten, wohingegen die jüngeren Mitglieder einer romantischen nationalistischen Idee anhängen. Diese ideologischen Differenzen führten letztlich zur Spaltung der Organisation (Yurkevich 2011).

Nach der Ermordung ihres Führers Konovalec' 1938 durch einen sowjetischen Agenten kam es letztlich zur Spaltung der OUN. Auf der einen Seite stand Andryj Melnyk (OUN-M, Melnykites), auf der anderen Stepan Bandera (OUN-B, Banderites). Seine Fraktion adaptierte im weiteren Verlauf den Namen revolutionäre OUN (OUN-R) (Ebd.). Nach dem Tod von Konovalec‘ wurde 1939 beim Kongress der OUN in Rom Andryj Melnyk an die Spitze der Organisation gewählt. Melnyk und seine Einheit hielten weiterhin an einer Kooperation mit Deutschland fest, mit der Hoffnung Unterstützung bei der Ausrufung eines unabhängigen ukrainischen Staates von den Deutschen zu erhalten. Bereits seit 1923 gab es Kontakte zwischen der OUN und der Reichswehr, durch die die Nationalisten auch die Möglichkeit hatten, ihre Kader durch die Reichswehr ausbilden zu lassen (Bruder 2010, 176). Infolge herber Enttäuschung von der sowjetischen Herrschaft marschierten am 22. Juni 1941 zwei militärische Einheiten der OUN (Nachtigall und Roland) gemeinsam mit der Wehrmacht in die Ukraine ein (Kappeler 2009, 217). Im Zuge dieser Aktion geschahen nachgewiesener Weise Massaker an Juden durch Soldaten der Division Nachtigall (Ebd.). Am 30. Juni 1941 kam es dann zur Proklamation eines souveränen ukrainischen Staates durch die Bandera-Fraktion der OUN (OUN-B) in Lemberg. Dieser Staat wurde von den Deutschen jedoch nicht wie erhofft anerkannt, ganz im Gegenteil begannen die Deutschen daraufhin mit der systematischen Unterdrückung der Bandera-Fraktion (Satzewich 2002, 91). Letztendlich wurden Stepan Bandera und seine Anhänger 1939 verhaftet und bis 1944 ins Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht. 1943 übernahm

Mykola Lebed die Führung der OUN-B und gab diese später an Roman Šuchevyč weiter (Yurkevich 2011).

Beide Fraktionen der OUN versuchten weiterhin die Verwaltung in der Ostukraine zu kontrollieren, es gelang ihnen auch teilweise national-ukrainische Aktivitäten wiederzubeleben (Kappeler 2009, 217). Trotz der Hoffnung von Seiten der Deutschen, Unterstützung gegen die Sowjets zu bekommen, verweigerte Adolf Hitler jegliche Kooperation mit der OUN. Kappeler schreibt treffend: „trotz anfänglicher Erfolge ging die Gleichung 'Der Feind Deines Feindes ist Dein Freund' für die Ukrainer nicht auf.“ Infolgedessen wandte sich auch die OUN gegen die deutschen Besatzer, so heißt es in einem Flugblatt der Bandera-Fraktion von 1942:

„Wir wollen nicht für Moskau, die Juden, die Deutschen und andere Fremde arbeiten, sondern für uns. Wir schaffen einen selbstständigen ukrainischen Staat oder gehen für ihn zugrunde“, und im Februar 1943:

„Die Ukraine befindet sich gegenwärtig zwischen Hammer und Amboß zweier feindlicher Imperialisten, Moskaus und Berlins ... Eine unwiderrufliche Forderung für das ukrainische Volk ist deshalb der Kampf gegen beide Imperialismen.“

(Ebd., 222).

Eine Gruppe der OUN-M erreichte bereits 1941 Kiew und gab dort die Zeitung „Ukrains’ke slovo“¹¹ heraus und gründete den Ukrainischen Nationalrat, der jedoch einige Monate später wieder aufgelöst wurde und seine Mitglieder umgebracht oder verhaftet. Melnyk wurde währenddessen in Berlin unter Hausarrest gestellt und schließlich 1944 gemeinsam mit anderen Mitgliedern der OUN-M ins Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht (Yurkevich 2011).

Noch im selben Jahr wurden Stepan Bandera und Andryj Melnyk freigelassen, da durch den ungünstigen Kriegsverlauf die Deutschen nun versuchten die Unterstützung der Ukrainer zu bekommen. Bandera und Melnyk übernahmen wieder die Führung der beiden Fraktionen der OUN.

Auch nach Kriegsende ging die Kontroverse innerhalb der OUN zwischen OUN-B und OUN-M weiter. Hinzu kam, dass die sowjetische Propaganda die Absicht verfolgte, die OUN durch den Vorwurf der Kollaboration mit den Deutschen, zu diskreditieren (Ebd.). Bis 1946 leistete die OUN-UPA weiter Widerstand, vor allem in der Westukraine gegen

¹¹ Deutsch: Ukrainisches Wort

die sowjetische Regierung, und insbesondere gegen den NKWD (sowjetischer Geheimdienst). Durch Repression und massenhafte Deportationen von Mitgliedern der OUN-UPA und deren Familien, sowie durch Amnestieangebote, konnte letzten Endes der Widerstand gebrochen werden (Bruder 2010, 177).

Zur Bedeutung der OUN für die Ukraine schreibt Yurkevich:

„The OUN can be said to have shaped the political outlook of an entire generation of Western Ukrainians. (...) The power and influence of the OUN fractions have been declining steadily, because of assimilatory pressure, ideological incompatibility with the Western liberal-democratic ethos, and the increasing tendency of political groups in Ukraine to move away from integral nationalism.“

Inwiefern die Ukrainischen Nationalisten (der OUN und UPA) mit den Deutschen kollaboriert haben, ist bis heute Gegenstand unzähliger Diskussionen in der ukrainischen Auseinandersetzung mit ihrer Geschichte.

Sabrin (Sabrin 1991, 3) beschreibt das Ausmaß der Kollaboration als die stärkste Kollaboration in der Geschichte von Nazi-Deutschland:

„The bloody collaboration between German Fascists and Ukrainian Nationalists in the Nazi-occupied territories during World War II was on an unbelievably wide scale. In every city, every town, and every village under Nazi rule in the Ukraine, Ukrainian Nationalist civil administrations, police and committees coexisted side by side with the German Nazis. Theirs was (...) a partnership, in which the Ukrainian Nationalists saw in the Nazis the means to achieve their own ends. As is now well known due to recent trials in the United States and Israel, many Ukrainian Nationalists served as guards in slave labor camps, extermination camps, and Jewish Ghettos. Tens of thousands of Ukrainian Nationalists also served as *Hiwis* (helpers) in the Nazi army, while others accepted arms and fought alongside the Nazis in numerous special action and anti-partisan battalions, as well as in the larger formation, SS Division Galicia. In its short and murderous history, the Third Reich did not enjoy the advantage of more devoted hirelings and henchmen than it found within the Nationalist movement in the Ukraine. (...)

Ukrainian Nationalists in Western Ukraine viewed the Nazi invasion of the Soviet Union as a liberation, and welcomed the creation of a „free“ Ukraine within the Fascist „New Order“ in Europe. To them, partnership with German Fascism was their only means of achieving Ukrainian statehood; what is also true, however, is the enormous degree to

which they shared with the Nazis murderous intentions toward whoever stood in their way, including the innocent.“

5.3 UPA – UKRAINISCHE AUFSTANDSARMEE¹²

Ende 1942 gründeten Angehörige der OUN die Ukrainische Aufstandsarmee in der nordwestlichen Ukraine (Wolhynien), geleitet von Taras Borovec‘. Die ukrainische Aufstandsarmee kämpfte anfangs gegen kommunistische Partisanen und die deutsche Zivilverwaltung, später vor allem gegen die polnische Bevölkerung und die rote Armee. Boeckh (Boeckh 2007, 329) beschreibt sie als „ukrainische nationale Untergrundorganisation, die sich militärisch gegen das bolschewistische Regime erhob“ und als „einzige größere, militärische, sich über Jahre hinziehende Widerstandsbewegung unter Stalin“. In ihrer Gründungserklärung findet sich als Begründung für ihre Etablierung der Schutz der ukrainischen Bevölkerung vor NS-Übergriffen und Gewaltakten der sowjetischen Partisanen. Zu ihren erklärten Feinden zählten die Moskauer und polnischen Imperialisten, wie auch die Deutschen (Ebd., 334). Immer wieder wurde von Seiten der UPA betont, dass sich in ihren Reihen auch zahlreiche jüdische Kämpfer und vor allem Ärzte befanden. Hintergrund dessen ist aber nicht zuletzt deren (Zwangs-)Rekrutierung, denn die Ideologie von OUN und UPA enthielt sehr wohl antisemitische Elemente.

Die Führung der UPA übernahmen die Banderiten, Roman Šuchevyč wurde zu ihrem Oberbefehlshaber (unter anderem war er auch Kommandant der Legion „Nachtigall“ in Lemberg). Die UPA war in territoriale Einheiten aufgeteilt und bestand 1944 aus sechs Bataillonen und zahlreichen kleineren Untereinheiten. Deutschen Schätzungen zufolge bestand die UPA aus 200.000 Mann (Sodol 1993), der ukrainischen Seite nach aus 100.000 Mann (Gnauck 2007), sowjetische Quellen sprechen von 56.600 UPA Soldaten, die zwischen 1944 und 1946 getötet wurden, 108.500 Gefangennahmen und 48.300 Mann, die sich ergeben haben. UPA Historiker im Westen geben an, dass auf ihrem Höhepunkt im Jahr 1944 zwischen 25.000 und 40.000 Soldaten Mitglied der UPA waren (Sodol 1993), dies entspricht auch den von Boeckh geschätzten 30-40.000 Mitgliedern (Boeckh 2007, 336). Zu beachten ist bei allen Zahlenangaben zu den Mitgliedern der UPA von sowjetischen Stellen, dass die Sowjets auch all jene Personen hinzugezählt

¹² Українська Повстанська Армія [Ukrajins’ka Povstans’ka Armija]

haben, die dem Einberufungsbescheid zur Roten Armee nicht nachgekommen sind. Bruder spricht von circa 100.000 polnischen Opfern, und, durch Vergeltungsaktionen polnischer Nationalisten, tausenden ukrainischen Opfern (Bruder 2010, 177). In den Jahren nach 1942 kämpften sie gegen deutsche, wie auch sowjetische Truppen; nach 1945 war ihr Hauptgegner die sowjetische Staatssicherheit NKVD. Die Sowjets gingen sowohl gewaltsam und bewaffnet wie auch propagandistisch gegen die UPA vor (Boeckh 2007, 331). Zwar konnte die UPA bis in die 1950er Jahre Widerstand gegen die sowjetischen Machthaber ausüben, doch um einen Durchbruch zu erreichen, waren sie zu schwach ausgerüstet, zu gering organisiert und hatten auch nur die teilweise Unterstützung der Bevölkerung. Marples sieht mit dem Tod von Roman Šuchevyč 1950 das Ende des Kampfes zwischen den Unabhängigkeitskämpfern und den Unterdrückern gekommen (Marples 2007, 178). Hinzu kam, dass die ukrainische Regierung zwischen 1945 und 1949 den Mitgliedern mehrere Amnestie Angebote machte und über die Familienangehörigen der UPA-Kämpfer versuchte Druck auszuüben. Familienangehörige von UPA-Mitgliedern bekamen den Sondersiedler Status und wurden ausgesiedelt. Von 2.694.197 Sondersiedlern waren 171.566 UPA Familienangehörige und unter ihnen hauptsächlich Frauen und Kinder (Boeckh 2007, 348). Doch trotzdem nahmen nur wenige UPA-Kämpfer diese Angebote an, denn an ausgestiegenen Mitgliedern wurde von UPA-Führern grausame Rache genommen. Zur Bedeutung der UPA schreibt Boeckh (Ebd., 366), dass durch den Konflikt mit der UPA die Sowjetisierung für einige Jahre behindert wurde. Aus dem militärischen Widerstand entwickelte sich in den darauffolgenden Jahren ziviler Ungehorsam.

5.4 ORANGE REVOLUTION

Am 31.10.2004 fanden in der Ukraine die vierten Präsidentschaftswahlen nach Erreichung der Unabhängigkeit statt, die Hauptgegner dieser Wahl waren Viktor Janukovyč¹³, der amtierende Premierminister, und Viktor Juščenko¹⁴, der Vorsitzende des Oppositionsblock „Unsere Ukraine“. Der amtierende Präsident Leonid Kučma¹⁵ war bereits in seiner zweiten Amtszeit und konnte nicht wiedergewählt werden. Schon

¹³ Віктор Федорович Янукович

¹⁴ Віктор Андрійович Ющенко

¹⁵ Леонід Данилович Кучма

am Tag nach der Wahl darauf äußerte die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) erste Bedenken an der Durchführung der Wahlen (Forbrig/Shepherd 2005, 11). Nach dem ersten Wahlgang kam es bereits zu Ungereimtheiten, so dauerte es mehrere Tage, bis die Wahlkommission, die von der ukrainischen Regierung kontrolliert wurde, das Ergebnis bekanntgab (Åslund/McFaul 2006, 2). Juščenko gewann die Wahl vor Janukovyč um ein paar Stimmen, es konnte jedoch keiner der beiden Kandidaten die absolute Mehrheit gewinnen. Die Stichwahl wurde für den 21.11.2004 festgelegt. Die anderen Kandidaten gaben, nach ihrer Niederlage, ihre Unterstützung für Juščenko bekannt (Ebd.). Am 22.11.2004 gratulierte der russische Präsident Wladimir Putin Wiktor Janukovyč zu seinem Wahlsieg, nachdem ihm erste Berichte eine starke Führung voraussagten. Doch auch Juščenko erhob Anspruch auf den Wahlsieg.

Åslund beschreibt den Beginn der Revolution auf folgende Weise:

„Each presidential candidate declared himself president – a classic situation of dual sovereignty. The Orange Revolution had begun. The immediate cause of the revolution is abundantly clear: the old regime had brazenly stolen the elections. The opposition – the rightful winners – demanded that the law of the land be obeyed, while the incumbent regime only pretended to do so“ (Ebd., 1).

Wahlbeobachter sprachen von massiven Unregelmäßigkeiten und massive Teile der Bevölkerung begannen sich bereits im Zentrum Kiews zu versammeln (Forbrig/Shepherd 2005, 11). Am 24.11.2004 wurde Janukovyč von der Wahlkommission als Wahlsieger bekanntgegeben, Juščenko erhob Einspruch beim Obersten Gerichtshof gegen dieses Ergebnis. Der oberste Gerichtshof beschließt, dass die Wahlergebnisse nicht veröffentlicht werden sollen. Das ukrainische Parlament entließ in Folge die von Janukovyč eingesetzte Regierung, er verweigerte als Präsident zurückzutreten. Der oberste Gerichtshof erklärte die vergangene Wahl für nichtig, und setzte für den 26.12.2004 eine erneute Stichwahl zwischen Janukovyč und Juščenko an.

Die Orangene Revolution bestand nach Åslund (Åslund/McFaul 2006, 2 f.) aus vier Prozessen:

- Das erste Merkmal war der gewaltfreie Protest weiter Bevölkerungsteile in mehreren Städten der Ukraine. Das Zentrum der Proteste war dabei der Majdan (Platz der Unabhängigkeit) in Kiew.
- Für den Verlauf der Verhandlungen zwischen dem Regime und der Opposition entscheidend war die Mediation des polnischen Präsidenten Alexander Kwasniewski, dem litauischen Präsidenten Valdas Adamkus, dem russischen Duma-Sprecher Boris Gryzlov und dem höchsten Repräsentanten der EU Javier Solana.
- Als dritten Prozess nennt Åslund die Entscheidung über die Neuwahlen des obersten Gerichtshofes.
- Entscheidend für den weiteren Verlauf der Orangen Revolution war der vierte Prozess. Es wurde eine Art Pakt zwischen dem Amtsinhaber und der Opposition geschlossen. Die Macht des Präsidenten wurde reduziert, eine Entscheidung, die für die Amtsinhaber in Vorausschau auf das Ergebnis der Neuwahl besonders wichtig war. Zugunsten der Opposition wurde das Wahlrecht abgeändert.

Am 26.12.2004 gewann Juščenko die Wahl mit 51,99% gegenüber Janukovyč mit 44,2%, woraufhin Wiktor Juščenko am 23.01.2005 das Amt des Präsidenten antrat.

Der Amtsantritt Juščenkos markierte das Ende der Orangen Revolution, deren aktivste Phase zwischen dem 22. November 2004 und dem 08. Dezember 2004 war. Als Orange Revolution wird sie bezeichnet, da Orange die Farbe der Anhänger Juščenkos war, und auch schon während seiner Wahlkampagne im vorhergehenden Sommer dominierte. Orange hatte Juščenko als Alternative zum Blau-Gelb der ukrainischen Flagge gewählt, um nicht eine zu starke Bindung mit den radikalen Nationalisten in der Westukraine aufzuzeigen, denn für beide Kandidaten war die wahlberechtigte Bevölkerung der Zentralukraine gewinnentscheidend (Ebd., 3).

6 DIE OUN-UPA IN DER UKRAINISCHEN (GEDÄCHTNIS-) POLITIK

„For some Ukrainians, particularly in the eastern and southern regions, the war remains almost a sacred event. For others, it is an embarrassment, like the grotesque material figure with shield and sword that towers over the city of Kyiv, and which still symbolizes a war that was won with the aid of Mother Russia.“

(Marples 2007, 270)

Die heutige (postsowjetische) Ukraine ist zu einem erheblichen Teil ein Produkt des Zweiten Weltkrieges, vor allem, da ihr heutiges Territorium auf die nach dem Zweiten Weltkrieg dazugewonnen Gebiete zurückgeht. Ebenso änderte sich die Bevölkerungsstruktur in großem Ausmaß durch den Genozid an den Juden, die Übergriffe der UPA auf die polnische Bevölkerung und den sowjetisch-polnischen Bevölkerungsaustausch. All das hatte ein fast monoethnisch ukrainisches Gebiet in Ostgalizien und Wolhynien zur Folge (Portnov 2008, 197). Aus diesen Gründen ist der Zweite Weltkrieg „heute Ausgangspunkt aller Debatten über die Identität der Ukraine“. Auch Jilge zufolge ist die Kriegserfahrung existenziell für Staat und Gesellschaft und wird auch heute noch von Generation zu Generation weitergegeben, der Zweite Weltkrieg ist noch fest im Bewusstsein verankert (Jilge 2006, 50). Vladyslav Hrynevych beschreibt die Bedeutung des Zweiten Weltkrieges als „zentrale politische und mentale Wasserscheide“ (Vladyslav Hrynevych 2005, 88). Er sieht derzeit drei Modelle der Erinnerung und des Umgangs mit dem Zweiten Weltkrieg in Europa (Vladyslav Hrynevych 2009, 7 f.):

- *Das baltische, osteuropäische Modell*, bei dem es zu einer Verurteilung gleichen Ausmaßes der Verbrechen Stalins und Hitlers kommt.
- *Das liberal-demokratische Modell*, das seinen Ursprung in der Vergangenheitsbewältigung Deutschlands hat, bei dem es um Reue und die Denunzierung des Krieges und Nationalismus im Allgemeinen geht. Der Holocaust stellt das Epizentrum dieses Modells dar.
- *Das post-sowjetische Modell*, wie es am stärksten in Russland und Belarus ausgeprägt ist. In diesem Modell geschieht eine Nationalisierung des Mythos

vom Großen Vaterländischen Krieg. Die Verbrechen Stalins finden kaum Raum, da es im Grunde um die Hervorhebung imperialer Werte geht.

Nach Hrynevyč befindet sich die Ukraine zwischen dem russischen und osteuropäischen Modell und momentan weit entfernt vom westeuropäischen Modell. Wünschenswert wäre für die Ukraine ein Modell, das eine Kombination aus baltischem und deutschem Modell ist. Es sei jedoch schwierig für die Ukraine, sich vom Mythos des Großen Vaterländischen Krieges abzuwenden, da dafür der Prozess der Entkommunisierung essentiell ist und dieser bis heute in der Ukraine nicht stattgefunden hat.

In der Ukraine selbst verortet Hrynevyč (Vladyslav Hrynevych 2005, 99) *drei Modelle der Gedächtnispolitik*:

- Es gibt den Versuch das alte sowjetische Schema in ein neues *ukrainozentrisches Schema* einzupassen.
- Ein zweites Modell versucht die Schaffung eines *integralen nationalen Mythos*. Dazu gehört, alles Sowjetische aus der Erinnerung durch ein Gedenken an die nationalistischen Helden aus den Reihen der OUN-UPA zu ersetzen.
- Ein vermittelndes Modell versucht den *Heroismus und die Opferbereitschaft aller Ukrainer* im Krieg zu betonen.

Hrynevyč stellt fest, dass die Anhänger der sowjetischen Mythen de facto die Schlacht um das historische Gedächtnis der neuen Generation verloren haben. Aus den Schulbüchern sind die sowjetischen Konzepte bereits verschwunden, in den ersten Jahren der Unabhängigkeit wurde das Thema OUN-UPA vom Bildungsministerium zugelassen. So wuchs die gesamte Generation der „Revolution in Orange“ mit diesem Thema auf (Ebd., 101).

Das folgende Kapitel widmet sich der Gedächtnispolitik der Ukraine, und im Speziellen der Gedächtnispolitik rund um die Positionierung von OUN-UPA in dieser Gedächtnispolitik.

Die beiden Organisationen OUN und UPA sorgen bis heute für Kontroversen in der Ukraine, und so ist auch auf wissenschaftlicher Ebene eine Vielzahl der

Veröffentlichungen zu diesem Themenbereich durch eine gewisse Subjektivität der WissenschaftlerInnen geprägt.

Bei der Auseinandersetzung mit OUN-UPA, so David Marples, müsse jedoch immer in Betracht gezogen werden, dass die OUN ein Spiegelbild des damaligen politischen Umfeldes, vor allem aber der harschen politischen Konditionen Polens der Zwischenkriegszeit war. Die wohl kontroverseste Figur jener Zeit ist noch immer Stepan Bandera (Führer der OUN-B), der auch heute noch substantiell in jeder Debatte rund um den Zweiten Weltkrieg ist (Marples 2007, 80 ff.).

Zentrales Element der Debatte rund um OUN-UPA ist die Kollaboration mit den Deutschen während des Zweiten Weltkrieges, doch in den letzten Jahren erschienen auch zahlreiche Veröffentlichungen, die sich mit den beiden Organisationen nach dem Zweiten Weltkrieg und deren Widerstand gegen die Sowjetherrschaft der Nachkriegszeit beschäftigen. Viele Mitglieder der OUN-UPA befanden sich in dieser Zeit in GULAGs, denn der Zulauf zu OUN-UPA war auch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges noch relativ hoch. Der hohe Zulauf lässt sich dadurch erklären, dass sich vor allem der Widerstand gegen die Sowjets durch den Beitritt zu einer der Organisationen äußerte – eine Tatsache, die bedeutend für die Konstruktion einer Nationalgeschichte ist (Ebd., 178).

Eine Sonderstellung bei der Beschäftigung mit OUN und UPA nimmt die SS Division Galizien ein, denn die Veteranen dieser Abteilung können nicht mit jenen der UPA verglichen werden - ihre Situation ist komplizierter als die der UPA-Veteranen. Schon in der sowjetischen Propaganda wurden sie als „worst form of traitors“ dargestellt. Diese Sichtweise entstand daraus, dass die Division erst aufgrund der deutschen Niederlage in Stalingrad entstanden ist. In Folge der Niederlage hatten die Deutschen nach Unterstützern im slawischen Raum gesucht und diese anschließend in Form jener Division formiert (Ebd., 183).

6.1 GEDÄCHTNISPOLITIK NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG

Der Zweite Weltkrieg wurde sofort nach seinem Ende politisch aufgegriffen und propagandistisch verwertet. Iosif Stalin verstand unter Geschichtspolitik die staatliche Lenkung der Erinnerung an den Krieg, wobei unter Erinnerung vor allem die Erhebung von Opferzahlen und dem Ausmaß der materiellen Zerstörung zählte (Boeckh 2007,

245). Durch die in den ehemaligen Sowjetrepubliken gängige Bezeichnung des Großen Vaterländischen Krieges wurde der Krieg zu einem mythischen Ereignis in der Vergangenheit der betroffenen Völker konzipiert. So, beschreibt Hrynevyč, wurde der Zweite Weltkrieg zu einem supra-ideologischen Element hochstilisiert, das die identitätsstiftende Verbindung zwischen der Partei und dem Sowjetvolk, sowie die Legitimationsbasis des politischen Systems herstellen sollte. Aufgrund zahlreicher realer wie auch mythischer Helden- und Opfertaten ließ sich aus dem Großen Vaterländischen Krieg ein kollektives Erinnerungsmuster, wie ein gemeinsamer Patriotismus und eine gemeinsame sowjetische Identität, schaffen. Gleichmaßen war es Teil des Vorhabens, dass sich jede Sowjetrepublik und jede sowjetische Ethnie ihren eigenen kleinen Mythos im übergeordneten Mythos schaffen sollte (Vladyslav Hrynevych 2005, 88 f.). Zur Festigung dieses Mythos wurde eine regelrechte „Erinnerungskampagne“ in der Ukrainisch Sozialistischen Sowjetrepublik (USSR) gestartet, nicht zuletzt auch deshalb, da die Illoyalität in der Ukraine unter allen Sowjetrepubliken am höchsten war (Vladyslav Hrynevych 2009, 3). So bestimmte das Zentralkomitee der USSR wo, wie viele und welche Art von Monumenten errichtet wurden, welche Tage es zu erinnern galt, welche Helden geehrt und welche Feinde denunziert werden sollten.

Die Stellung der Ukrainer in diesem Mythos war geteilt. Zum einen waren sie als sowjetisches Brudervolk am Sieg beteiligt, aber andererseits aufgrund der antisowjetisch agierenden Partisanen auch Kollaborateure (Boeckh 2007, 248 f.). Im ukrainisch sowjetischen Mythos galten alle antisowjetischen nationalen Bewegungen automatisch als Feinde, speziell die OUN-UPA wurde als „blutig, verbrecherisch, gegen das Volk gerichtet“, „gelb-blaue Vampire“, „die Allianz von Dreizack und Hakenkreuz“ (...) betitelt (Vladyslav Hrynevych 2005, 94).

Für Stalin war die öffentliche Erinnerung nur eine temporäre Angelegenheit zum Zwecke der propagandistischen Verwertung des Sieges. Bis zu seinem Tode gab es keine intensive Auseinandersetzung mit dem Krieg, weder in der Geschichtsforschung, noch in Literatur oder Film (Ebd.). Erst unter Nikita Chruščëv¹⁶ (1953-1964) kam es zur eigentlichen Aufarbeitung der Kriegsergebnisse (Boeckh 2007, 253).

¹⁶ Никита Сергеевич Хрущёв

Zur manifesten Etablierung des Mythos vom Großen Vaterländischen Krieg kam es durch Leonid Brežnev¹⁷ (1964-1982). Der Kriegsmythos verdrängte die sozialistische Oktoberrevolution von 1917 als Legitimationsbasis des kommunistischen Systems. Die verstärkte Betonung einer territorial vereinigten Ukraine war elementarer Bestandteil der sowjetischen Gegenpropaganda gegen die popularisierte Idee der UPA in der Westukraine einer vereinten Ukraine [soborna Ukraina] (Jilge 2006, 53).

Dennoch kam es Hrynevyč (Vladyslav Hrynevych 2005, 95) zufolge zu einem Krieg der Mythen des Zweiten Weltkrieges. Es kam letztlich doch zur Auseinandersetzung von Historikern, Publizisten und Schriftstellern mit den stalinistischen Verbrechen und schrittweise auch zur kritischen Auseinandersetzung mit OUN und UPA (hier allen voran zuerst in der Westukraine). Die kommunistische Partei versuchte diesen Tendenzen Einhalt zu gebieten und unternahm verschiedene Versuche, die „antisowjetische Bandera-Propaganda“ zu verhindern (Ebd., 96).

6.2 DER WEG IN DIE UNABHÄNGIGKEIT – EINE UNABHÄNGIGE GEDÄCHTNISPOLITIK?

In der ersten Phase nach Erlangung der Unabhängigkeit gab es weiterhin kein klares Konzept für die Gestaltung einer nationalen Ideologie und im Zuge dessen auch nicht für die Gestaltung einer nationalen Gedächtnispolitik. So kam es im Grunde bis ins Jahr 2004 kaum zu einer klaren Positionierung der Regierenden, bedingt durch die kommunistischen Mehrheit im Parlament und einem in West und Ost gespaltenen Land (Ebd., 100).

Die Instrumentalisierung der Erinnerung an den Krieg als Mittel der Politik blieb auch mit dem Ende der Sowjetzeit bestehen. Die Politik nutzte den Verweis auf bereits erfolgreich bewältigte Krisen in der Vergangenheit, um zu zeigen, dass auch durch die Systemtransformation bedingte Schwierigkeiten durchgestanden werden können (Boeckh 2007, 266). Generell nimmt die Gedächtnispolitik bei Systemtransformationen einen hohen Stellenwert ein, da die staatliche Gedächtnispolitik ein wichtiger Gegenwartsbezug für junge Nationalstaaten und Demokratien ist (Bredies 2010, 3). Der Veränderung der Gedächtnispolitik beurteilt Sommerbauer als die Suche nach der

¹⁷ Леонид Ильич Брежнев

nationalen Identität mit Einsetzen der Unabhängigkeit, „Vorbilder des wahren ‚Ukrainertums‘ wurden rehabilitiert, doch ihre Verehrung ändert sich mit der politischen Großwetterlage“ (Sommerbauer 2011b). So „bieten die neuen Helden der Nationalgeschichte veheißungsvolle Fluchtpunkte“ als sich die sowjetische Geschichtsschreibung auflöste (Ebd.) und „ein zweites, nationalukrainisches Heldennarrativ macht dem sowjetischen Befreiungsepos Konkurrenz“ (Sommerbauer 2011a).

Präsent war von Beginn an die westukrainische Erinnerung – denn die heutige blau-gelbe Flagge, entspricht jener, unter der während des Zweiten Weltkriegs die OUN-UPA kämpfte. Der Trident (Abb. ii), der das ukrainische Wappen ziert, war auf den Uniformen der UPA-Kämpfer abgebildet (Scherrer 2001, 723). Die veränderte Symbolik führte zu emotionalen Reaktionen, vor allem unter der Bevölkerung der Regionen der Zentral- und Südukraine, denn die Farben blau und gelb weckten die Erinnerung an die Banderiten¹⁸. Jene Symbolik war, nicht zuletzt aufgrund der sowjetisch-ukrainischen Propaganda, als Zeichen der faschistischen Kollaborateure und des ukrainisch bürgerlichen Nationalismus verrufen (Jilge 2006, 55).

Erst mit Erreichung der Unabhängigkeit vor siebzehn Jahren, also nach fünfundvierzig Jahren absoluter Tabuisierung, in denen die ukrainischen Nationalisten a priori als Faschisten und Konterrevolutionäre galten, setzte eine öffentliche Debatte über sie ein (Bruder 2010, 178). Ihre rechtliche Stellung war jedoch auch schon Thema beim 28. Parteitag der Kommunistischen Partei der Ukraine (KPdU) im Dezember 1990, bei dem erste Schritte in Richtung ihrer Rehabilitierung versucht wurden. Vorangetrieben wurde die Sache vor allem aufgrund des Drucks der westukrainischen Gebiete, die sich vehement für die Rehabilitierung einsetzten und forderten, dass das Thema auch auf höchster politischer Ebene behandelt wird. Die ukrainisch-republikanische Partei, die Bewegung Rukh, die ukrainisch-nationalistische Partei und die Union der ukrainischen Jugend standen den Kommunisten, den Gegnern der Rehabilitierung, gegenüber (Marples 2007, 255).

David Marples hält fest, dass alle für die Nationalgeschichte markanten Ereignisse mit dem Ende der Sowjetzeit eine radikale Veränderung durchlaufen sind, wobei der Wandel bis dato nicht abgeschlossen ist und bei kurzsichtigen Rückschlüssen nach dem Schema *was in der Vergangenheit richtig war, ist jetzt falsch* Vorsicht geboten sein muss (Ebd.).

¹⁸ Anhänger Stepan Banderas, beziehungsweise der OUN-B.

6.2.1 PRÄSIDENTSCHAFT LEONID KRAVČUK (1991-1994)

Der erste Präsident der unabhängigen Ukraine vertrat in Bezug auf die Gedächtnispolitik keine klare Linie und versuchte sich weder auf die eine noch auf die andere Seite zu stellen. Leonid Kravčuk stellte ein Beraterteam zur Verbreitung der ukrainischen Nationalkultur zusammen, deren Arbeit auf den national-historischen Ideen von Mychajlo Hruševs'kyj¹⁹ beruhte. Jilge beschreibt Kravčuks Gedächtnispolitik als die Rückkehr zu nationalen Traditionen, so bezog er sich auf prärevolutionäre Historiker, Helden der Kiewer Rus, die Kosaken-Ära und die ukrainische Volksrepublik von 1917 bis 1920 (Jilge 2006, 57).

Ab Beginn der 1990er Jahre gewannen die Nationaldemokraten in der Westukraine stark an Stimmen, wodurch es in den westlichen Regionen, und hier insbesondere in Lemberg, zu einem Wandel der Gedächtnispolitik kam. Der Stadtrat von Lemberg beschloss die Demontage des städtischen Lenin-Denkmal, sowie die Umbenennung zahlreicher Straßen. So wurden Straßen zu Ehren sowjetischer Helden in Straßen mit Namen national-ukrainischer Helden aus den Reihen der OUN-UPA umbenannt. Die Denkmalpolitik war besonders in dieser Periode das stärkste Ausdrucksmittel der nationalen Gedächtnispolitik. Hinzugefügt werden muss an dieser Stelle, dass die Gedächtnispolitik aus heutiger Sicht fragwürdig erscheint, denn der Holocaust wurde gänzlich ausgeklammert.²⁰ Ebenso war die in der Westukraine stattgefundene Auseinandersetzung mit OUN-UPA sehr unkritisch, die Frage der Kollaboration mit den Deutschen wurde gänzlich ausgeklammert (Ebd.).

Mit dem Wechsel des Kräfteverhältnisses in der Westukraine zog das Thema der Rehabilitierung von OUN-UPA in das Parlament ein, bei dem sich zwei klare Fronten, Nationaldemokraten und Kommunisten, gegenüberstanden. Im Juni 1991 forderten Mitglieder der Rukh-Partei die politische Rehabilitierung von OUN und UPA, woraufhin eine parlamentarische Kommission unter der Leitung von Viktor Konoval' (Direktor des Instituts für Geschichte) eingesetzt wurde. Im Abschlussbericht der Kommission wurde die Meinung vertreten, dass die Anhänger Banderas nicht brutal

¹⁹ Hruševs'kyj lebte um die Jahrhundertwende und war Historiker, Politiker und Aktivist der ukrainischen Nationalbewegung.

²⁰ Ein Beispiel für die damals verfolgte Denkmalpolitik ist der Bau eines Bandera-Denkmal in der Stadt Drohobycz (auch Drohobycz) an der Stelle des ehemaligen Ghettos, das jedoch an keiner Stelle Erwähnung findet (Portnov 2008, 201).

gegen das Volk vorgegangen sein konnten, da sie selbst Teil dieses Volkes waren. Die Freiheitsbewegung hätte rein gegen das stalinistische Regime und für die ukrainische Freiheit und Unabhängigkeit gekämpft, sie hatten ein demokratisches Programm und waren die ersten Dissidenten des stalinistischen Regimes. Die Kommunisten verweigerten dieses Konzept klar, weswegen die Ergebnisse der parlamentarischen Kommission auch erst mit der ukrainischen Unabhängigkeit veröffentlicht wurden (Jilge 2006, 56 ff.).

Für Aufregung sorgte im Jahr 1992 eine Rede der ukrainischen Ministerin für Kultur unter Präsident Leonid Kravčuk, in der sie sich für die Anerkennung der UPA als heroische Armee für die ukrainische Unabhängigkeit einsetzte (Marples 2007, 257). Damit wurde auch in der Öffentlichkeit eine Wende in der ukrainischen Gedächtnispolitik um OUN und UPA gezeichnet. In den Schulbüchern wurde die UPA als Alleinträger der ukrainischen Autonomie, Kultur und Identität, sowie als Kämpfer für eine vereinte Ukraine dargestellt. Es fand eine Umkehrung in positive Helden statt und sie wurden als „Avantgarde“ der ukrainischen Nation von Opfern mythifiziert (Jilge 2006, 60). Die Kollaboration mit den Deutschen wurde unter dem Argument der beabsichtigten Gründung eines Staates unter sowjetischer Herrschaft gerechtfertigt. Ideologisch hatten OUN-UPA mit den Nazis den Anti-Bolschewismus und Antisemitismus gemeinsam, trotzdem waren die begangenen Pogrome von 1941 weiterhin tabu, genauso wie die Tatsache, dass Antisemitismus zentrales Element der OUN-Ideologie war (Ebd., 61). Ebenso wurde die Beteiligung an den Bataillonen Roland und Nachtigall, die gemeinsam mit der deutschen Wehrmacht 1941 in die Ukraine einmarschierten, erklärt. Die beiden Bataillone seien als Vorstufe einer zukünftigen nationalen Armee gedacht gewesen, die die Basis zur Unabhängigkeit schaffen sollten (Ebd., 62). Mittels der betriebenen Gedächtnispolitik wurde klar versucht alle negativen Vorwürfe gegenüber der OUN und UPA zu entkräften und zu rechtfertigen. Nicht alle Taten konnten geleugnet werden, aber man versuchte, sie in ein positives Licht zu rücken, da sie nur dem einen Ziel, dem unabhängigen freien ukrainischen Staat dienten.

Auf juristischer Ebene setzte der Wandel 1992 mit dem Gesetzesentwurf über die Frage nach den Aktivitäten der OUN-UPA ein. Mit Verabschiedung des entsprechenden Gesetzes am 01.02.1993 wurde eine Untersuchungskommission eingesetzt. Die Kommission bestand aus Vertretern unterschiedlicher Ministerien (unter anderen

Verteidigung und Justiz) und Mitgliedern der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine „NANU“²¹ (Ebd., 57).

Schließlich kam es 1993 zur Verabschiedung des Gesetzes „On Status of War Veterans, Guarantees of their Social Protection“²² (Law of Ukraine 1994), das mit 01.01.1994 in Kraft trat. Das Gesetz inkludiert jene Personen, die an der Verteidigung des Mutterlandes teilgenommen haben oder an militärischen Operationen auf dem Territorium anderer Staaten beteiligt waren, also Teilnehmer an Militäroperationen, Kriegsinvaliden und Kriegsteilnehmer (wie auch, Personen die dem Mutterland spezielle Dienste erwiesen haben). Unter Teilnehmern an Militäroperationen versteht das Gesetz auch militärische Untereinheiten, (...), Partisanenabteilungen und Untergrundformationen in Kriegszeiten, wie auch während friedvollen Zeiten. Das Gesetz sichert den genannten Personengruppen den rechtlichen Status als Kriegsveteranen, soll die Schaffung angemessener Lebensumstände und den respektvollen Umgang der Gesellschaft mit den Kriegsveteranen bewirken. Je nach erhaltenem Status werden den Kriegsveteranen unterschiedliche Unterstützungen und Erleichterungen²³ zugesichert.

Aufgrund der Verabschiedung dieses Gesetzes war es für die UPA-Veteranen von besonderer Bedeutung als Kombattanten anerkannt zu werden. Die Anerkennung wurde damit argumentiert, dass die Kämpfer der UPA in Kampfhandlungen gegen die deutschen-faschistischen Besatzer auf dem vorübergehend besetzten Gebiet der Ukraine in den Jahren 1941-1944 involviert waren, aber keine Verbrechen gegen die Menschlichkeit und den Frieden begangen hatten (Jilge 2006, 57).

Die Organisationen KUN²⁴, OUN²⁵, Rukh und die Nationaldemokraten verfolgten die Anerkennung der UPA-Veteranen als Kriegsteilnehmer, ihnen gegenüber standen die linken Parteien, Kommunisten und Sozialisten, und allen voran die Organisation der Veteranen der Ukraine²⁶.

Aufgrund der im Februar 1993 verabschiedeten Resolution über die Untersuchung der OUN-UPA Aktivitäten des Präsidiums des Obersten Sowjets, wurde im Juni 1994 ein

²¹ Nationale Akademie der Wissenschaften der Ukraine – NANU: www.nas.gov.ua

²² Law of Ukraine, Nummer 3551-XII, <http://zakon1.rada.gov.ua/cgi-bin/laws/annot.cgi?nreg=3551-12&p=1316009527051790> [letzter Zugriff 31.10.2011]

²³ Behandlung in Sanatorien, vergünstigte öffentliche Versorgung (Gas, Strom, u.a.), medizinische Untersuchungen, Gehaltsentgangszahlungen, Urlaubsanspruch, teilweise Invalidenrente, und weitere.

²⁴ Kongress Ukrainischer Nationalisten (Nachfolgeorganisation der OUN-B): www.cun.org.ua (letzter Zugriff 27.10.2011)

²⁵ Nachfolgeorganisation der OUN-M

²⁶ Diese stellen den repräsentativen Körper der roten Armee dar.

Expertenrat des Justizministeriums etabliert und zwei Jahre später eine temporäre Kommission des Parlaments eingesetzt (Marples 2007, 288).

6.2.2 PRÄSIDENTSCHAFT LEONID KUČMA (1994-2005)

Sein Verständnis von Gedächtnispolitik verortet Hrynevych weiterhin in einem „soviet commemorative space“ (Vladylav Hrynevych 2009, 5), jedoch anders als bei seinem Vorgänger war Gedächtnispolitik schon essentieller Bestandteil seiner Politik und vor allem seiner Wahlkampfstrategie. Der dabei verwendete Symbolismus wandte sich eindeutig in Richtung der russischsprachigen Bevölkerung (in den östlichen Regionen). Der Wahlkampf lief auf den nationalistischen Kučma und den internationalen Kravčuk hinaus (Jilge 2006, 64). Kučma griff zurück auf sowjetische Traditionen und Rituale, und damit auch auf den sowjetisch-ukrainischen Kriegsmythos. Es ging vor allem um die Darstellung der Helden als besonders opferbereite Patrioten und die Hervorhebung des ukrainischen Beitrages zum Sieg. Es wurde eine auf die nationalen Bedürfnisse modifizierte Sichtweise auf den Krieg etabliert, in der die sowjetische Repression nur in sehr geringem Ausmaß Platz fand. Es vollzog sich die Rückkehr zum Mythos des Großen Vaterländischen Krieges unter Betonung der ukrainischen Rolle.

Wie die Denkmalpolitik, so waren auch die nationalen Feiertage und das staatliche Ehrungssystem ein dankbares politisches Betätigungsfeld. Besonders das staatliche Ehrungssystem ist Spiegelbild der politischen Frage nach Macht und Prestige. Ebenso wie durch die Positionierung in den Debatten rund um den Zweiten Weltkrieg konnten sich Politiker, und allen voran die Präsidenten, hier als Schiedsrichter über regionale und ideologische Unterschiede des Landes zu stellen und damit auch ein starkes Präsidentenamt an der Spitze eines Staates zu legitimieren (Ebd., 69). 1998 wurde der in den folgenden Jahren noch für heftige Diskussionen sorgende Ehrentitel „Held der Ukraine“ etabliert. Es ist der höchste Orden des Staates und steht in klarer Tradition des Titels „Held der Sowjetunion“. Jilge konstatiert; „mit der Schaffung dieser Ehrung kreierte Kučma eine öffentliche Erinnerungskultur mit einer symbolischen Referenz zu jener der Sowjetunion“ (Ebd., 70). Auch der Versuch der Transformation sowjetischer Feiertage in einen ukrainischen Kontext entspricht dieser Vorgehensweise. Der 24. August, Tag der Unabhängigkeit und der 9. Mai, Tag des Sieges (auch während der Sowjetzeit) wurden zu den beiden wichtigsten Staatsfeiertagen erklärt.

Am 22. September wurde 1998 ein Tag der Erinnerung an die Veteranen, sowohl der roten Armee wie auch der sowjetischen Partisanen, geschaffen, um auf gesamtstaatlicher Ebene ihre heroischen Taten zu honorieren. Die Veteranen der UPA waren höchstens auf lokaler Ebene ein Thema (Ebd.).

Obwohl nicht in großem Ausmaß so kam es in dieser Regierungszeit doch zur Thematisierung von OUN und UPA innerhalb der Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit. Langsam fanden durch die Veränderung der Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte auch die jüdischen Opfer Erwähnung in der Öffentlichkeit und den Geschichtsbüchern (Boeckh 2007, 266).

Am wichtigsten für die inhaltliche Verschiebung in der Gedächtnispolitik dieser Periode ist die Verschiebung des Akzents vom 22. Juni 1941 auf den Eintritt der UdSSR am 17. September 1939. Damit wird nun auch die Sowjetisierung der Ukraine in die Zeitspanne des Zweiten Weltkrieges hineingenommen, und es kommt zur Gleichsetzung von Stalin und Hitler als totalitäre Diktatoren. Die Bezeichnung Großer Vaterländischer Krieg wurde durch Zweiter Weltkrieg oder deutsch-sowjetischer Krieg ersetzt (Vladyslav Hrynevych 2005, 101).

Charakteristisch für die Ukraine ist, dass nach Unabhängigkeit die erinnerungspolitische Priorität nicht bei der Aufarbeitung der gemeinsamen sowjetischen Vergangenheit lag, sondern fast ausschließlich bei der Konstruktion eines neuen nationalen Selbstverständnisses – einer neuen historischen Identität. Jutta Scherrer beschreibt weiter, dass

„Für die Nations- und Staatsbildung gilt es, ein historisches Erbe zu mobilisieren und Mythen und Identitätsbilder zu konstruieren, die außerhalb der sowjetischen Vergangenheit liegen.“ Dies war jedoch in der Ukraine bis dato nicht der Fall, denn „Die sowjetisch-monumentale Tradition ist auch in der zu begründenden ukrainisch-nationalistischen Tradition präsent.“ (Scherrer 2001, 728 f.).

Wie bereits unter Leonid Kučma begonnen, wurde auch in dieser Präsidentschaft die Rehabilitierung weiter vorangetrieben. Als erste Region erkannte die Region Lemberg 1995 die ehemaligen Kämpfer der UPA als Kombattanten des Zweiten Weltkrieges und als Teilnehmer der nationalen Befreiungsbewegung als Freiheitskämpfer für die Ukraine an (Marples 2007, 258). Zum 50. Jahrestag der Befreiung der Ukraine von den

faschistischen Besatzern unternahm auch Präsident Kravčuk Schritte in Richtung der Anerkennung, denn zum ersten Mal waren nun auch UPA-Veteranen zu den offiziellen Feierlichkeiten eingeladen (Jilge 2006, 59). Hauptindikator für den gesamten Diskurs rund um die OUN-UPA ist das Bestreben nach Gleichstellung mit den Veteranen der roten Armee und der Bezugsmöglichkeit von Pensionszahlungen und anderen Privilegien.

1997 kam es zu einer weiteren Regierungskommission, die nun gezielt die UPA-Aktivitäten untersuchen sollte, der Regierung ging es um „the Restoration of Historical Justice toward the Fighters for Ukraine’s Freedom and Independence“ (Ebd., 73). Auch diese Kommission setzte sich aus Vertretern unterschiedlicher Ministerien, der Nationalen Akademie der Wissenschaften NANU und der Universität von Kiew zusammen. Den Kommissionsvorsitz hatte Stanyslav Kul’čyts’ki, Direktor der Nationalen Akademie der Wissenschaften. Allein die Gesetzesinitiative führte in der Öffentlichkeit zu regen Diskussion und hatte Einfluss auf die bilateralen Beziehungen zu Russland. Russland war seit jeher vehementer Gegner jeglicher Anerkennung der UPA-Veteranen, was vor allem auf die antisowjetische Position der UPA auch nach Kriegsende zurückzuführen ist. Der Diskurs auf bilateraler Ebene wurde sehr emotional bestimmt und dies führte zu Gleichsetzungen der UPA-Führung mit jener Hitlerdeutschlands, was im Stile der stalinistischen Nachkriegspropaganda fortgesetzt wurde (Scherrer 2001, 723).

Die Berichte der Kommission erschienen 2000 und 2005, jedoch gab es keine einhellige Meinung der Kommissionsmitglieder die Ergebnisse betreffend. Konsens war dennoch, dass der Weg weg von der einseitigen Heroisierung gehen müsse. Die wohl wichtigste Frage nach der Kollaboration von OUN-UPA mit den Deutschen konnte von der Kommission aufgrund von fehlendem oder fehlerhaftem Material nicht behandelt werden. Der Bericht forderte jedoch, dass die OUN-UPA endlich die Verantwortung für die Massaker von 1943 übernehmen müsse. Die Expertengruppe versuchte nicht Tatsachen zu leugnen oder zu verschönern, aber doch die Rahmenbedingungen und Umstände zu erklären wie es dazu kommen konnte. Der gesamte Freiheitskampf der Bewegung wurde von der Expertenkommission als Mikro-Krieg in einem größeren Konflikt klassifiziert, diese Sichtweise birgt jedoch die Gefahr die Verantwortung auf die größeren Mächte zu übertragen (Marples 2007, 299 ff.).

Pensionszahlungen betreffend wurde auch im Juni 2000 ein Gesetz²⁷ (Anhang iv) über Pensionen für spezielle Verdienste verabschiedet, das den Kriegsveteranen des Zweiten Weltkrieges und unter anderen auch Helden der Ukraine oder der Sowjetunion einen Sonderstatus einräumt.

Besonders unter der sogenannten Kinakh-Regierung (Premierminister Antolij Kinakh) wurde die Rehabilitierung von OUN-UPA verfolgt. Dies ist durch die Verluste zu erklären, die die Regierung bei den Parlamentswahlen im März 2002 in den Westukrainischen Gebieten erlitten hatte. Die Aufnahme des Themas OUN-UPA war der Versuch weitere Wählerschichten für sich zu erschließen. Doch um nicht mögliche Wähler in den Ostgebieten zu verlieren wurde die Thematik nicht bis auf Parlamentsebene gebracht (Scherrer 2001, 724).

Unterdessen ging die Rehabilitierung von OUN-UPA in den Westgebieten weiter, so wurde 2002 in Lemberg ein Bandera Denkmal²⁸ symbolisch vor einem Triumphbogen eingeweiht. Im selben Jahr wurde der 13. Oktober, der 60. Jahrestag der Gründung der UPA, in einigen Regionen der Westukraine zum Staatsfeiertag erhoben und Stepan Bandera als „herausragenden Sohn des ukrainischen Volkes, bedeutender Führer der OUN, Ideologe und Strategie des nationalen Befreiungskampfes“ geehrt (Ebd., 723). Die Gebiete Lemberg und Riwne wollten aus dem 13. Oktober den neuen Tag der Verteidigung des Vaterlandes²⁹ machen.

Das Institut für Policy Studies in Kiew³⁰ befragte 2003 die Bevölkerung über ihre Einstellung zur UPA und der Bedeutung des 9. Mais (zitiert nach: Jilge 2006, 75). Für die UPA-Anerkennung sprechen sich vor allem Personen aus der Westukraine aus, am wenigsten wird deren Anerkennung in der Zentralukraine unterstützt. Genauso ist aber auch der 9. Mai für die ostukrainische Bevölkerung von wesentlich höherer Bedeutung als für die Bevölkerung in der Westukraine.

Doch auch mit dem Ende der Regierungszeit von Leonid Kučma blieb die Frage nach der Rehabilitierung und Anerkennung der OUN-UPA weiterhin ungelöst. Myroslav

²⁷ Law of Ukraine, Nummer 1767-III, <http://zakon1.rada.gov.ua/cgi-bin/laws/annot.cgi?nreg=1767-14> [letzter Zugriff 31.10.2011]

²⁸ Das Denkmal soll die vier Etappen zur ukrainischen Unabhängigkeit symbolisieren: Die Kiewer Rus, das Kosakentum, die ukrainische und westukrainische Volksrepublik 1918-1920 sowie OUN-UPA.

²⁹ Dieser sollte den sowjetischen Tag der Verteidigung des Vaterlandes am 23. Februar ersetzen.

³⁰ Internationale Centre for Policy Studies: www.icps.com.ua

Popovyč, Historiker und Philosoph an der Universität Kiew, meint zur Frage nach der Rehabilitierung, dass selbst wenn die UPA eines Tages rehabilitiert werden würde, dürfe dies keinesfalls auch die Rehabilitierung der OUN bedeuten, denn deren Rehabilitierung wäre für einen jeden Demokraten schlichtweg untragbar (Ebd., 76).

Komplexer als die Stellung der UPA ist jene der Division Galizien. Erste Schritte die versuchten die Division zu rehabilitieren passierten Anfang der 1990er Jahren. So gründeten die Veteranen dieser Division 1993 in der Nähe von Lemberg einen Gedenkfriedhof zum 50. Jahrestag der Gründung der Division (Ebd., 57). 2000 gab es einen Gesetzesantrag der Abgeordneten der Region Ivano-Frankivsk zur Gleichstellung der Veteranen der Division Galizien mit anderen Veteranen des Zweiten Weltkrieges. Die Abgeordneten wurden zwar durch weitere Stadtregierungen der Westukraine und deren Abgeordneten unterstützt, aber der Antrag konnte keine Mehrheit gewinnen.

7 EINE NEUE GEDÄCHTNISPOLITIK NACH DER ORANGEN REVOLUTION

In der Ukraine findet zurzeit eine pluralistische Geschichtspolitik statt, an der vor allem problematisch ist, dass viele Historiker eher politische als wissenschaftliche Positionen einnehmen. Festzustellen ist, dass die Gedächtnispolitik auf regionaler Ebene weiterhin über die Denkmalpolitik gestaltet wird. Diese bietet den regionalen Eliten die Möglichkeit sich zu positionieren, was aufgrund der starken Machtkonzentration im Zentrum in anderen Bereichen nur sehr eingeschränkt möglich ist. Dies zeigt sich darin, dass in der Regionalpolitik seit der Unabhängigkeit ein vermehrtes Interesse an der regionalen Geschichte und den regionalen Helden besteht und versucht wird diese besonders positiv in den Vordergrund zu rücken.

7.1 PRÄSIDENTSCHAFT VIKTOR JUŠČENKO 2005-2010

7.1.1 OUN-UPA

Wahlkampf und Präsidentschaftswahlen 2004

Der Wahlkampf für die Präsidentschaftswahlen 2004 ist elementar bei der Auseinandersetzung mit der Repräsentation von OUN-UPA in der ukrainischen Politik. Beide Kandidaten instrumentalisieren die ukrainischen Nationalisten, um sich zu positionieren und vom gegnerischen Kandidaten abzugrenzen.

Bereits Ende Oktober 2003, als die Partei von Viktor Juščenko ihren geplanten Parteitag in Donezk abhalten wollte, kam es zu Demonstrationen gegen Juščenko. Die Bevölkerung von Donezk, einer Region im Osten der Ukraine, demonstrierte mit Slogans wie „Es ist kein Platz für Nazis in Donets’k“ und der bildlichen Darstellung von Juščenko in einer SS Uniform oder als Uncle Sam. Aufgrund der massiven und andauernden Proteste, die dem Stil einer sowjetartigen Kampagne der Aufhetzung entsprachen, musste der Parteitag schließlich verschoben werden (Ebd., 78 f.). Die Anhänger Kučmas versuchten Juščenko durch den Vorwurf des „Našismus“³¹ (Vladyslav Hrynevych 2005, 102) zu diskreditieren und prognostizierten als Folge eines

³¹ Našismus (dt.), ist eine Zusammensetzung des Parteinamens von Juščenkos Partei Naša Ukrajina und dem englischen Wort Nazism.

Wahlsieges Juščenkos einen Bürgerkrieg zwischen Bandera-Anhängern und jenen der roten Armee. Die Anhänger für Bandera standen symbolisch für Juščenko, die Anhänger der roten Armee für Janukovyč.

Im Laufe des Wahlkampfes versprach Viktor Juščenko den Veteranen der Ukrainischen Aufstandsarmee und der Organisation Ukrainischer Nationalisten ihre soziale Anerkennung, rechtliche Gleichstellung und dieselbe Rente wie sie Veteranen der roten Armee (Soldaten und Partisanen) erhalten (Bechtel 2008, 224). Auch Julia Tymošenko gab den Veteranen während einer Wahlkampfveranstaltung in Lemberg diese Versprechen und wetterte dabei gegen den Kosmopolitismus³².

Bereits die Festlegung des Termins für den ersten Wahlgang ist symbolisch für die ideologische Zuspitzung der Wahl. Dieser sollte am 31.10.2004, nur drei Tage nach dem Feiertag zur Befreiung der Ukraine von den faschistischen Besatzern, stattfinden. Der noch amtierende Präsident Kučma inszenierte an jenem Feiertag eine pompöse Militärparade, dominiert von sowjetischer Symbolik. Am Beginn der Parade wehte die rote Fahne des Sieges und zahlreiche Veteranen der roten Armee nahmen in historisch-sowjetischen Uniformen an der Parade teil. Die Staatsoberhäupter Russlands sowie Aserbaidschans, Vladimir Putin und Ilham Alijev, waren Gäste des Präsidenten. Der Rückgriff Kučmas auf sowjetische Symbole war Ausdruck seiner Unterstützung für den Kandidaten Viktor Janukovyč, der ideologisch dieser Tradition folgte.

Zudem war an der Staatsparade, kurz vor dem ersten Wahlgang auffällig, dass unzählige militärische bewaffnete Einheiten rund um die Hauptstadt Kiew positioniert waren. Die Opposition warnte vor einem möglichen Einsatz dieser Einheiten, sollte es zu Protesten in Folge der Wahlen kommen.

Während des gesamten Wahlkampfes spielte die westukrainische Erinnerung keine Rolle in der Gedächtnispolitik der regierenden Parteien. Die ukrainischen Nationalisten wurden als radikal nationalistisch und faschistisch bezeichnet. Jilge nennt diese Vorgehensweise eine klare Fortsetzung der stalinistischen Freund-Feind-Propaganda der 1940er Jahre (Jilge 2006, 78).

³² Im politischen Verständnis von Julia Tymošenko steht der Kosmopolitismus für Juden und den sowjetischen Internationalismus (Ebd.).

Präsidentschaft

In seiner Amtsantrittsrede erklärte Juščenko, dass er „mit der alten mythologisierten Vergangenheit und den sowjetischen Traditionen der ideologischen und politischen Spaltung der Gesellschaft in Freunde und Feinde brechen werde“ (Vladyslav Hrynevych 2005, 102). Er setzte in seiner Rede die Verbrechen Stalins und Hitlers, den GULAG und Auschwitz, sowie den Holodomor und Holocaust gleich. Zum ersten Mal in der ukrainischen Geschichte wurden Vergleiche dieser Art gezogen. Juščenko betonte, dass in einer vereinten und unabhängigen Ukraine jeder erinnert werden muss, der für diese Unabhängigkeit zu unterschiedlichen Zeiten gekämpft habe, denn der neue ukrainische Staat könne nur vor diesem geschichtlichen Hintergrund entstehen (Vladyslav Hrynevych 2009, 5).

Als erster Präsident sprach er in seiner Rede auch zu den Veteranen der OUN und UPA und appellierte an beide Veteranengruppen (rote Armee und Aufstandsarmee) sich einander anzunähern:

„We have forgiven those who possibly was on the other side of the front line. But we have not forgiven ourselves. Unfortunately, veterans of the World War II have not yet offered their hands to the veterans of the Ukrainian Insurgent Army. (...) But I'm asking you, veterans, (...) to offer your hands to each other. This is necessary for us to show that everything is all right in Ukrainian society. We have put a full stop in our history. (...) Dear friends, today we are living in another society, a free society, which calls on its citizens to offer hands to each other and leave non-reconciliation in the past. I am asking the organizations of veterans, participants in the Great Patriotic War and soldiers of the Ukrainian Insurgent Army to support this initiative. Today we hope, dear veterans, as your sons and daughters, that you can do this for the sake of your children and grandchildren, for the sake of Ukraine's future“ (Auszüge aus der Rede von V. Juščenko anlässlich des Tag des Sieges, zitiert nach BBC Monitoring Service UK/TV 5 Kanal Kiew 2005).

Zur Förderung und Popularisierung der ukrainischen staatlichen Geschichtspolitik gründete Präsident Juščenko im Juli 2005³³ das Ukrainische Institut des Nationalen Gedenkens – UINP als „zentrales Organ der exekutiven Gewalt mit speziellem Status“ (Jilge 2008, 174).

³³ Ukas des Präsidenten, Nummer 1087/2005

Gemeinsam mit der Regierung von Ministerpräsident Jurij Jechanurov³⁴ konnte der Präsident weitere Schritte zur Rehabilitierung von OUN-UPA unternehmen. Dies funktionierte deshalb, weil die eingesetzte Regierung der Sichtweise Juščenkos auf die Vergangenheit entsprach. So äußerte sich Jechunarov: „OUN-UPA waren derjenige militärisch-politische Faktor, der unmittelbar Einfluss auf den Kampf des ukrainischen Volkes für Staatlichkeit und Souveränität nahm“ (Ebd., 173). Die „neue“ Gedächtnispolitik verfolgte nicht mehr nur die rechtliche Rehabilitierung, sondern bediente sich auch der geschichtspolitischen Legitimationsfunktion.

Als gedächtnispolitische Maßnahme kann auch die Unterstützung Juščenkos für die Fotoausstellung in Kiew „Ukrainska Powstanska Armija (UPA)/Ukrainische Aufstandsarmee – Geschichte der Unüberwundenen“ gesehen werden. Ausgestellt wurden Fotografien und Dokumente aus den Geheimdienstarchiven zu den Themen Alltagsleben der Aufständischen, Feldzüge der UPA über die Grenzen und Orden der UPA (Svorskij 2008).

Schwieriger wurde für Präsident Juščenko die Weiterverfolgung seiner Gedächtnispolitik in den Jahren 2006 und 2007 als Viktor Janukovyč³⁵ Ministerpräsident wurde. So verfolgte Juščenko weiterhin die Konsolidierung der Nation und die Erneuerung des nationalen Gedächtnisses³⁶, doch von Seiten der Regierung konnte er keinerlei Initiative erwarten diese Forderungen auch zu unterstützen (Jilge 2008, 176). Bei den Parlamentswahlen 2007 wurde die Situation für Juščenko wieder einfacher, da die orangefarbenen Kräfte mit Ministerpräsidentin Julia Tymošenko³⁷ wieder die Regierung stellen konnten.

Angesiedelt beim ukrainischen Geheimdienst setzte Juščenko 2007 eine Historiker-Arbeitsgruppe zur „wahrhaften Beleuchtung der Tätigkeit der OUN und UPA“ ein. Die Kommission setzte sich aus Historikern und Mitarbeitern des UINP, des Staatlichen Komitees der Archive der Ukraine, des Instituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der Ukraine, der Kiewer Nationalen Taras Ševčenko-Universität, der

³⁴ Ministerpräsident von 8. September 2005 bis 4. August 2006.

³⁵ Ministerpräsident von 4. August 2006 bis 23. November 2007.

³⁶ Ukas des Präsidenten der Ukraine 879/2006 zur „Untersuchung der ukrainischen Befreiungsbewegung und zur Förderung der nationalen Aussöhnung“ (Juščenko 2008).

³⁷ Ministerpräsidentin von 18. Dezember 2007 bis 04. März 2010.

Nationalen Akademie des SBU, des Staatlichen Branchen-Archivs des SBU sowie der ukrainischen Organisation Memorial zusammen. Die Leitung übernahm Volodymyr V'jatrovyč (SBU 2008). Die Kommissionsteilnehmer betonten, dass vor allem der Zugang zu ausländischen Archiven (USA, Großbritannien, Deutschland, Russland, Polen) wichtig sei um die wahre Reichweite von OUN und UPA beurteilen zu können. Angestrebt wurde auch eine Zusammenarbeit mit der Organisation Yad Vashem in Israel zur Untersuchung der ukrainischen Juden während des Zweiten Weltkriegs und ihrer Teilnahme in OUN-UPA (Ebd.)

Im Jänner 2008 reichte der Präsident einen Gesetzesentwurf (Juščenko 2008) „(...) über den rechtlichen Status der Teilnehmer des Kampfes für die Unabhängigkeit der Ukraine zwischen den 20er und 90er Jahren des 20. Jahrhunderts“ ein (Jilge 2008, 176). Der Gesetzesentwurf bezog sich unter anderem auch auf die Ergebnisse der oben beschriebenen Historiker-Arbeitsgruppe. Als Teilnehmer des Kampfes verstand Juščenko Personen, die für die staatliche Unabhängigkeit im Partisanen- und Untergrundkampf bzw. im bewaffneten Kampf als Mitglieder folgender Organisationen gekämpft haben:

- Ukrainische Militärische Organisation - UVO³⁸
- Karpaten-Sič
- OUN
- UPA
- Ukrainischer Hauptbefreiungsrat - UHVR³⁹
- Dissidentenbewegung der 1960er Jahre
- Mitglieder der 1989 gegründeten ukrainischen Nationalbewegung Ruch

Juščenko wollte mit dem Gesetzesentwurf eine Ausweitung des Gesetzes von 1994 „On Status of War Veterans, Guarantees of their Social Protection“ (Law of Ukraine 1994) auf die Mitglieder der UPA, die auch nach 1944 für die Unabhängigkeit der Ukraine weiterkämpften, bewirken. Er führte in den Erläuterungen zum Gesetzesentwurf an, dass die Bestimmung des Status jener Personengruppe der „historischen Gerechtigkeit und der Konsolidierung der ukrainischen Gesellschaft“ diene. Die Verabschiedung des Gesetzes sei von entscheidender sozio-politischer, moralischer und politischer

³⁸ 1920 gegründete Vorläuferorganisation der OUN, ab 1930 deren militärischer Arm (Ebd., 177).

³⁹ 1944 gegründet – übergeordnetes Organ der OUN-B und UPA (Ebd.).

Bedeutung um die historische Gerechtigkeit wieder herzustellen und als Grundstein für die gesellschaftliche Konsolidierung (Juščenko 2008).

Das Parlament stellte in seinem Fazit zur Untersuchung des Gesetzesentwurfes fest, dass aufgrund einiger Mängel der gestellte Gesetzesentwurf nicht verabschiedet werden sollte. So war ein wesentlicher Mangel fehlende rechtsstaatliche Mechanismen und fehlende klare Kriterien um den Personenkreis, den dieses Gesetz einschließen soll, zu definieren. Des Weiteren wurde laut diesem Fazit die für die Unabhängigkeit der Ukraine bedeutende Zeit von 1917-1919 ausgeklammert. Abschließend wurde festgehalten, dass auch die Einstellung der ukrainischen Gesellschaft zu den Problemen, die durch diesen Gesetzesentwurf gelöst werden sollen, gespalten gegenübersteht (Ebd.).

Die Partei der Regionen lehnte den Gesetzesentwurf von Beginn an ab, da der Gesetzesentwurf nicht die Konsolidierung, sondern die Spaltung der Nation fördere. Wilfried Jilge stellte fest, dass die Partei der Regionen nicht an einer grundsätzlichen Lösung der Probleme der UPA-Veteranen interessiert war und der Problematik gegenüber Gleichgültigkeit demonstrierte. Er resümierte aber auch, dass Juščenko vordergründig nicht die rechtliche und soziale Anerkennung verfolgte und der Gesetzesentwurf ein Schritt der gesetzlich sanktionierten Umwertung der Kriegsgeschichte sei (Jilge 2008, 177).

Das Fazit, dass die Bevölkerung der Frage der Rehabilitierung von OUN und UPA noch immer gespalten gegenüberstand zeigen auch die Abbildungen 2 und 3. Eine 2009 durchgeführte Umfrage zeigte, dass die Bewertung der OUN und UPA nicht eindeutig ist und damit auch der Rehabilitierungsversuch von Juščenko nicht die Ansichten der gesamtukrainischen Bevölkerung widerspiegelt. So sahen im Jahr 2009 34,7% die OUN-UPA als Verbündete der Deutschen und nur 26,1% als nationale Befreiungskämpfer. 43% der Befragten würden eine Anerkennung als Kampfteilnehmer (eher) unterstützen, wohingegen 38% dies (eher) ablehnen.

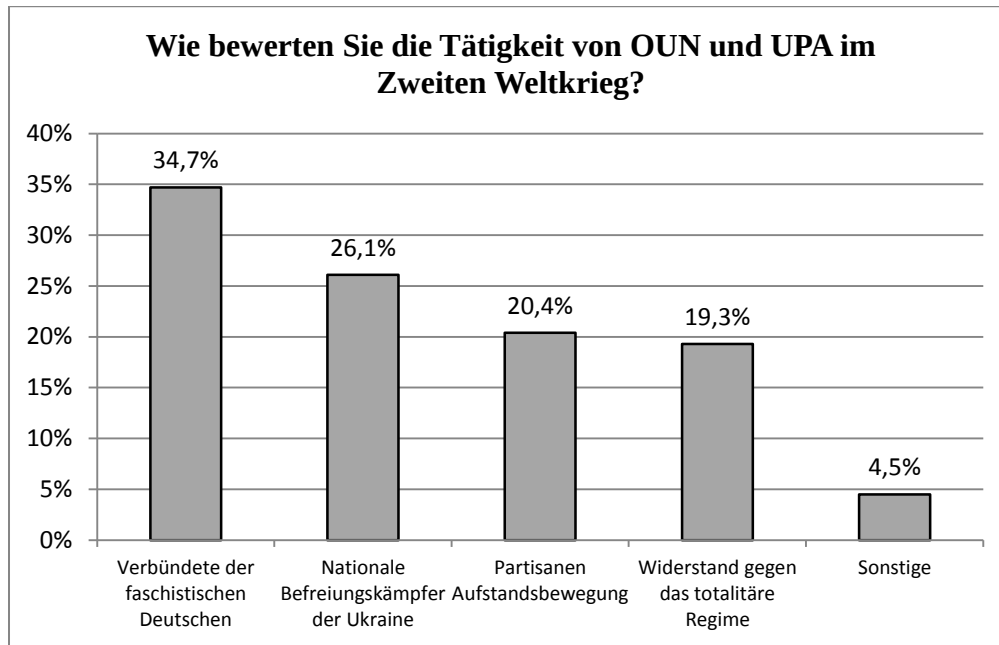


Abbildung 2: Bewertung der Tätigkeit von OUN und UPA
(Historical Memory Organisation 2009, 10)⁴⁰ [Übers. d. Verf.]

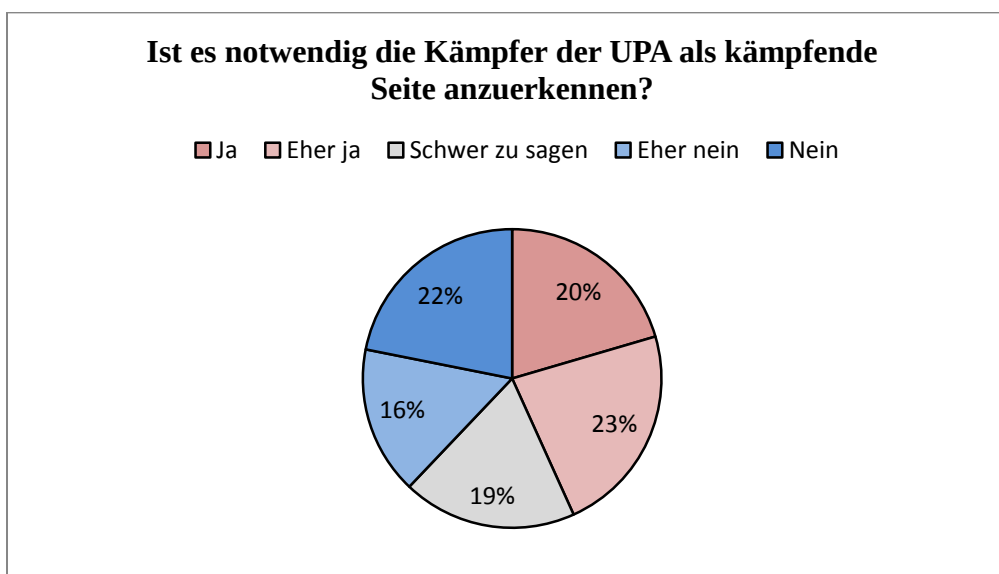


Abbildung 3: Anerkennung der UPA Kämpfer als kämpfende Partei
(Ebd., 12)⁴¹ [Übers. d. Verf.]

Am 28.10.2009 wurde von vier Ministerien der Beschluss über die Konzeption der national-patriotischen Erziehung der Jugend gefasst. Die Erziehung der 14-35 Jährigen soll auf heldenhaften Beispielen des ukrainischen Volkes basieren. Dazu zähle die Hetmantradition, das Kosakentum, die Streitkräfte der ukrainischen Volksrepublik, die

⁴⁰ Übersetzung des Verfassers

⁴¹ Übersetzung des Verfassers

Sičēr Schützen und die Aufstandsarmee UPA (Rjabčun/Skoropadskij 2009). Im Vordergrund sollen der Geist des Patriotismus, der Respekt vor dem Kriegsdienst und die geltende Gesetzgebung stehen.

Bei der Bewertung dieser Konzeption standen sich wie bei den meisten gedächtnispolitischen Fragen Svoboda und die Kommunisten gegenüber. Svoboda teilte mit, dass sie jede Form der Erziehung in der die Wahrheit über die ukrainischen Helden zu Tage komme, unterstützen würden (Ebd.). Die kommunistische Partei wiederum lehne jede Konzeption ab, bei der „aus politischen Motiven irgendwelche historischen Fakten ausgeschlossen und künstlich andere hervorgehoben werden“. Im Falle der Lobung von OUN-UPA habe diese Konzeption keine Beziehung zum Patriotismus (Ebd.).

Anlässlich des Tages der Vereinigung (Den Sobornosti)⁴² am 21. Jänner 2010 erklärte Viktor Juščenko Stepan Bandera posthum zum Helden der Ukraine. Das Datum ist von Bedeutung, da am 17. Jänner bereits der erste Wahlgang der Präsidentschaftswahlen stattfand. Die posthume Titelverleihung war der letzte gedächtnispolitische Akt Viktor Juščenkos. Die Debatte um Bandera war damit jedoch nicht beendet, sondern entfachte, diesmal auch auf internationaler Ebene, erneut.

Die Gedächtnispolitik Juščenkos wurde nicht nur innerhalb der Ukraine differenziert wahrgenommen. Auch die Beziehungen zu Russland litten oft unter den gedächtnispolitischen Bestrebungen des Präsidenten. Das von Juščenko vertretene Geschichtsbild unterschied sich in einigen Punkten deutlich vom russischen Geschichtsverständnis. So beschwerte sich das russische Außenministerium über die „nationalistischen, anti-russischen und russophoben Gefühle und Entwicklungen“ in der Ukraine. Genauso missfiel der russischen Vertretung die Verwendung schwieriger Zeiten der gemeinsamen Geschichte zur Legitimierung ideologischer Behauptungen (Kuzio 2007). Die divergierenden Geschichtsverständnisse verstärkten sich mit der Machtübernahme von Putin und Juščenko. Juščenko begann die leeren Stellen der ukrainischen Geschichte zu untersuchen, wohingegen Putin zur „neo-Soviet synthesis of Russian imperial and Soviet ideology in historiography and national symbols“ griff

⁴² Zur Erinnerung an die Vereinigung der Westukrainischen Volksrepublik und der Ukrainischen Volksrepublik 1919.

(Ebd.). Durch die Entwicklung in entgegengesetzte Richtungen, sind die Individuen für die einen Verräter und für die anderen nationalen Helden.

Schwierig sind auch die polnisch-ukrainischen Beziehungen geblieben. Die Gedächtnispolitik Juščenkos führte spätestens mit der Ernennung von Bandera zum Helden der Ukraine zu einer massiven Verschlechterung der Beziehungen. Bis dahin versuchten die beiden Regierungen gegenseitiges Verständnis füreinander aufzubringen und betonten bei gemeinsamen Staatstreffen „die Wichtigkeit des Themas der historischen Aussöhnung des ukrainischen und des polnischen Volkes für die weitere effektive Entwicklung der partnerschaftlichen Beziehungen zwischen der Ukraine und Polen“ (Čerwak 2011). Der polnische Präsident Lech Kaczynski und Viktor Juščenko stimmten ebenfalls überein, „dass ungeachtet der nicht einfachen gemeinsamen Geschichte, die unsere Länder haben, die Entscheidung getroffen wurde, die historische Wahrheit zu beachten/befolgen und die gemeinsame Vergangenheit wie sie ist für die Entwicklung der zukünftigen freundschaftlichen Beziehungen arbeiten soll“ (Ebd.).

Beispielhafte Vorfälle zeigen jedoch, dass die Erfahrungen der Vergangenheit noch tief sitzen. Immer wieder gibt es in Gebieten der Ukraine mit einem hohen polnischen Bevölkerungsanteil konflikthafte Vorfälle. So wurde zum Beispiel in der Stadt Legnica eine Straße in „Allee der Opfer des Genozids der OUN-UPA“ umbenannt (Ebd.). In Ketrzyn wurden in der ganzen Stadt Fotografien von auf einem Baum aufgehängten Kindern plakatiert, diese sollten Beweise für den Genozid der UPA sein.

7.1.2 FEIERTAGE

Im Zuge des ersten „*Tag des Sieges*“, den Viktor Juščenko als neu gewählter Präsident am 9. Mai 2005 beging, rief er die Veteranen zur Versöhnung und gegenseitigen Annäherung auf. Doch trotz oder gerade wegen des Aufrufs des Präsidenten zur Versöhnung kam es nur wenige Tage später, im Rahmen des Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges am 12. Mai zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Veteranengruppierungen. Aufgrund der erstmaligen offiziellen Einladung der UPA-Veteranen zu den Feierlichkeiten kam es in Kiew zu gewaltsamen Ausschreitungen.

Wiederholt ersuchte Juščenko die Veteranen um eine Annäherung, allerdings führten allein die Aufrufe zur Versöhnung immer wieder zu Auseinandersetzungen.

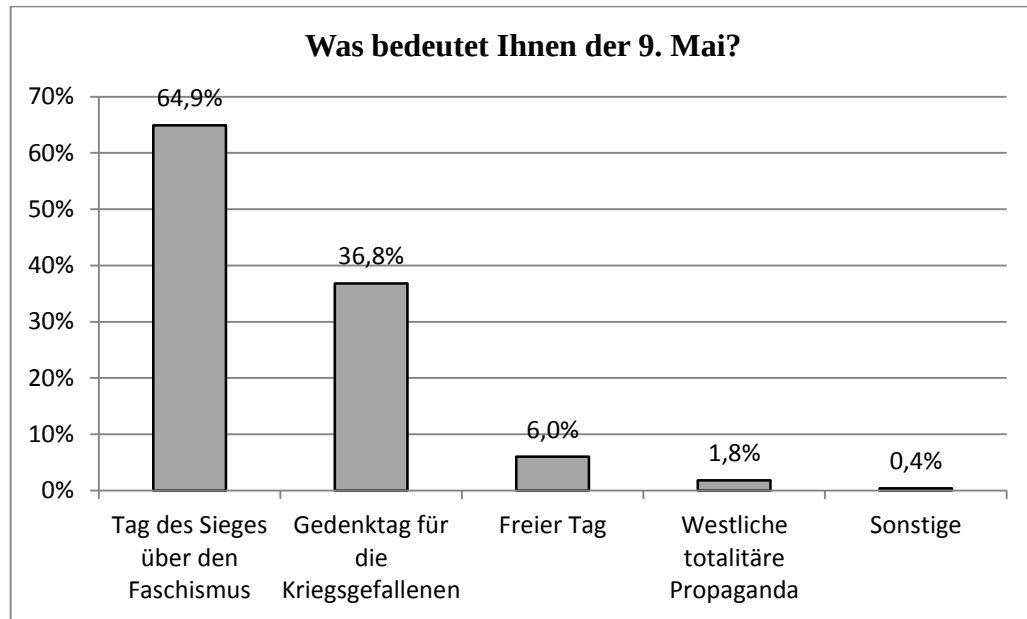


Abbildung 4: Bedeutung des 9. Mais

(Historical Memory Organisation 2009, 7) [Übers. d. Verf.]

Für die Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung ist auch 2008 (Abbildung 5) der Tag des Sieges noch ein wirklich großer Feiertag, den 64,9 % der Befragten (Abbildung 4) auch noch immer als den Feiertag für den Sieg über den Faschismus definieren. Lediglich in den westlichen Regionen der Ukraine ist der Tag des Sieges ein offizieller Feiertag wie andere auch. Die beiden Umfragen aus den Jahren 2008 und 2009 (siehe Abbildung 4 und 5) veranschaulichen, dass die Bedeutung des Tag des Sieges in der Ost-, Süd- und Zentralukraine noch immer sehr hoch ist und dieser Feiertag einer der wichtigsten innerhalb der ukrainischen Gesellschaft ist. In der Westukraine wird diesem Feiertag keine derlei hohe Bedeutung zugemessen. 18,4% sehen den Tag nicht einmal als Feiertag, sondern nur als normalen freien Tag.

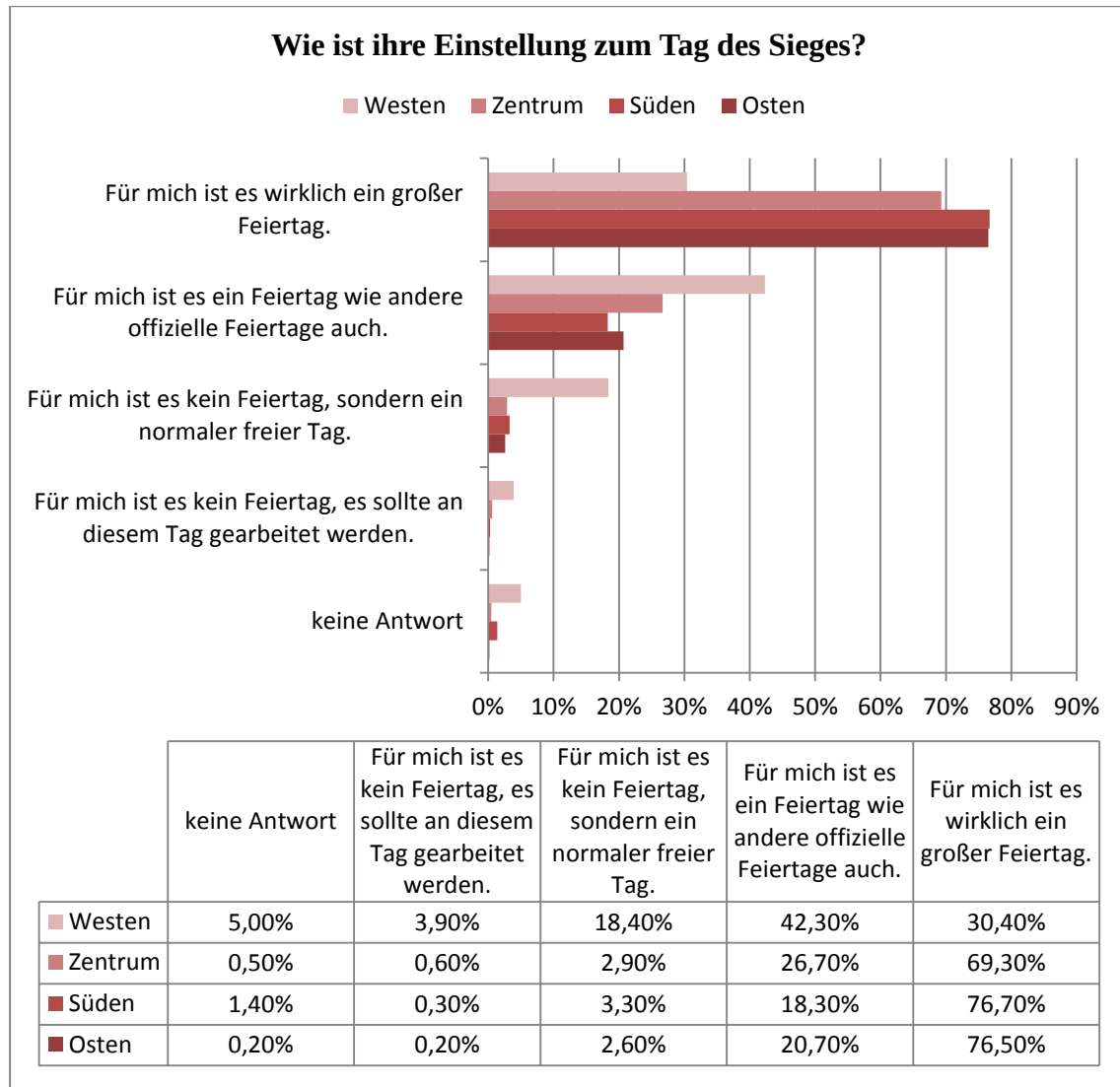


Abbildung 5: Einstellung zum Tag des Sieges
(Razumkov Centre 2008)

Für weitere Diskussionen sorgte, dass auch der „*Jahrestag der Gründung der UPA*“ (am 14. Oktober) von offizieller Seite begangen wurde. Jušenko strebte an, den 14. Oktober zu einem genauso großen Feiertag zu machen, wie es der 9. Mai war. Zum 65. „Jahrestag der Gründung der UPA“ erließ der Präsident einen Ukas wie die Feierlichkeiten zu gestalten seien (Kuzio 2007). Zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte der Ukraine wurde in diesem Jahr der Jahrestag der Gründung der UPA offiziell begangen. Während eines Marsches der UPA-Veteranen kam es allerdings zu Zusammenstößen mit der Miliz. An dem Marsch nahmen Aktivisten der UNA-UNSO⁴³, der allukrainischen Vereinigung Svoboda und der Bewegung der Patrioten der

⁴³ Ukrainische Nationalversammlung-Ukrainische Nationale Selbstverteidigung: www.unaunso.org [letzter Zugriff 21.11.2011]

Ukraine teil. Alle Redner der Feierlichkeiten betonten die Unumgänglichkeit der Anerkennung der OUN und UPA auf staatlicher Ebene. Sie marschierten unter Parolen wie „Ehre der Ukraine, Ruhm den Helden!“ (Sbirnij 2007). Gegner der offiziellen Feierlichkeiten waren insbesondere die Progressive Sozialistische Partei der Ukraine⁴⁴ und die Kommunisten.

In anderen westlichen Regionen wurde der Jahrestag mit unterschiedlichen Feiern begangen. Anders in den Regionen der Ostukraine, in denen Feierlichkeiten von Parteien wie der Partei der Regionen abgelehnt wurden. Auch sie bedienten sich emotionalen Parolen, darunter „Der Faschismus kommt nicht durch“, „Die Banderowzy dienten Hitler, deren Nachkommen Juschtschenko?“ (Ebd.).

Auch in den folgenden Jahren kam es zu Unruhen anlässlich des Feiertages. Besonders in Kiew trafen immer wieder Veteranen der UPA, Vertreter von Svoboda und Vertreter von PSPU und den Kommunisten aufeinander.

2007 fand parallel zu den Feierlichkeiten der Gründungskongress der internationalen Bewegung „Russen für die UPA“ statt. Das verlautbarte Ziel der Bewegung war „die Auflösung der künstlich von antirussischen und antiukrainischen Kräften gebildeten schädlichen Mythen und Stereotypen, die gegen die UPA gerichtet sind“ (Dobunar/Rjačenko 2008).

In anderen Regionen der Westukraine fanden Blumenniederlegungen und Erinnerungsfeiern im kleineren Rahmen statt. Der Oblaстрat in Ternopil, der die Rehabilitierung vehement verfolgte, zahlte den UPA-Veteranen eine Prämie von umgerechnet ca. 40 Euro aus (Ebd.).

Am 24. und 25. Mai 2008 beging die Region Ivano-Frankivsk erstmals auch offiziell den 65. **„Jahrestag der Gründung der SS Division Galizien“**. Derlei offensichtliche Bestrebungen der schrittweisen Rehabilitierung auch dieser Formierung führten zu heftigen Unstimmigkeiten mit den russischen Diplomaten in der Ukraine. Diese äußerten ihr Unverständnis darüber, dass offizielle Stellen faktisch die Ehrung der ehemaligen SS-Leute unterstützen. Das ukrainische Außenministerium wiederum protestierte gegen die russische Einmischung in solchen Angelegenheiten:

⁴⁴ PSPU: www.vitrenko.org [letzter Zugriff 21.11.2011]

„Die Schöpfer der Mythen über die Ukraine versuchen abwechselnd und mit deutlich definierten Rollen unseren Staat in die Einflusszone des sowjetischen Imperiums zurückzuholen und die Ukraine in der internationalen Arena zu diskreditieren. Das Außenministerium der Ukraine ruft die offiziellen Vertreter der Russischen Föderation dazu auf, die offene Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Ukraine zu unterlassen“ (Popovyč 2008).

7.1.3 DER MYTHOS VOM GROßEN VATERLÄNDISCHEN KRIEG

Aufschluss über die aktuelle Geschichtspolitik eines Landes geben in erster Linie die Schulbücher, die das einflussreichste Instrument nationaler Geschichtspolitik sind. In den nach Erklärung der Unabhängigkeit veröffentlichten Geschichtsschulbüchern (von Fedir Turčenko) wurden OUN und UPA bereits als positive Helden und als „Avantgarde der ukrainischen (Opfer-) Nation“ dargestellt und die Bezeichnung Großer Vaterländischer Krieg wurde durch Zweiter Weltkrieg ersetzt (Jilge 2008, 170).

In Bezug auf die Darstellung von OUN-UPA in ukrainischen Schulbüchern schreibt Jilge (Ebd.), dass der von der OUN-B geplante ukrainische Staat weit positiver dargestellt wurde als er konstruiert war. So ist heute auch erwiesen, dass die Führung der OUN-B eine antidemokratische, faschistische Staatsform unter deutschem Schirm aber mit eigener Führung geplant hatte und dass Antibolschewismus und Antisemitismus klar zu den Grundelementen der OUN-Ideologie zählten. Die Frage „wie OUN und UPA einzuschätzen sind, ist bis heute eine Schlüsselfrage in den öffentlichen Kontroversen um ein nationales (Kriegs-) Geschichtsbild“ (Ebd., 169). Eine 2010 durchgeführte Studie (Abbildung 6) zeigt, dass die Mehrheit der befragten Ukrainer der Meinung ist, dass an den Schulen und Universitäten nicht die richtigen historischen Fakten zum Großen Vaterländischen Krieg unterrichtet werden. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass OUN-UPA in einem ausschließlich positiven Licht dargestellt werden, aber keine kritische Beleuchtung ihrer Taten und Absichten stattfindet. Die von Turčenko entworfene Geschichtsdarstellung spart regional unterschiedliche Sichtweisen und Erfahrungen aus.

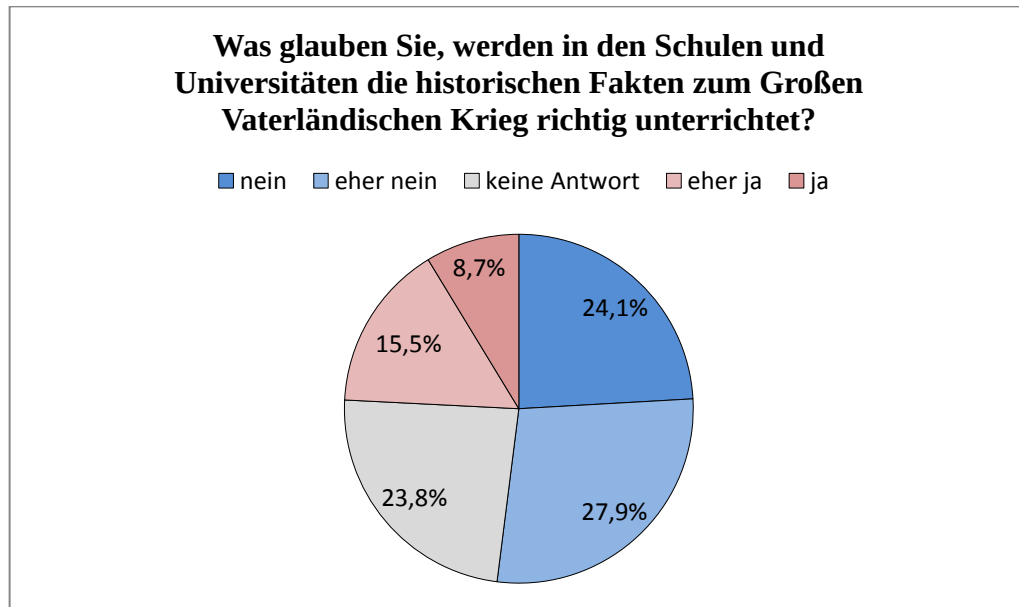


Abbildung 6: Geschichtsunterricht über den Großen Vaterländischen Krieg
(Bredies 2010, 10)

Selbst durch die von Präsident Juščenko getroffenen gedächtnispolitischen Maßnahmen kam es betreffend des *Mythos des Großen Vaterländischen Krieges* zu keiner Veränderung. In der Gesellschaft hält sich immer noch die Bezeichnung des Großen Vaterländischen Krieges (Abbildung 6), die Neubezeichnung als Zweiten Weltkrieg konnte sich nur bei 32,3% der Befragten durchsetzen. Nur in wenigen westukrainischen Gebieten geben mehr Personen, an die Bezeichnung Zweiter Weltkrieg zu verwenden. Der Versuch der Etablierung einer neuen Bezeichnung konnte sich bis 2009 nicht durchsetzen.

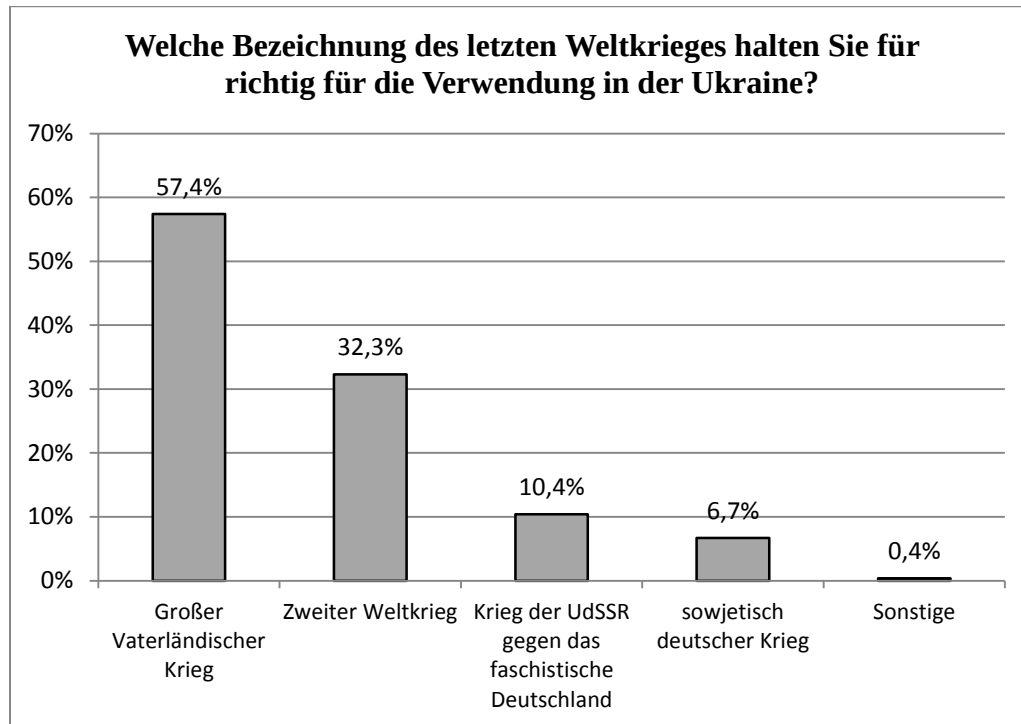


Abbildung 7: Bezeichnung für den letzten Weltkrieg
(Historical Memory Organisation 2009, 5) [Übersetzung des Verfassers]

7.1.4 HOLOCAUST

Charakteristisch für die Gedächtnispolitik über den *Holocaust* in der Ukraine während der Präsidentschaft von Viktor Juščenko, war dessen Staatsbesuch in Israel im November 2007. Juščenko traf dort mit hohen Vertretern der Organisation Yad Vashem⁴⁵ zusammen und wurde mit Vorwürfen bezüglich der ukrainischen Beteiligung (v.a. auch UPA Mitglieder) an den Pogromen in der Westukraine 1941 konfrontiert. Woraufhin Juščenko betonte, dass die UPA in der Ukraine als Befreiungsarmee gesehen würde und mit keinerlei antisemitischen Handlungen in Verbindung gebracht werden könne, weiter noch, dass sogar in den Reihen der UPA zahlreiche Juden waren. Zur Beweisführung seiner Behauptungen ließ er eine ganze Historikerkommission nach Israel kommen, um aufgrund der fehlenden Beweislage zur Beteiligung der UPA an den Pogromen, seine Behauptungen zu stützen (Jilge 2008, 180). Diese Vorgehensweise zeigt, dass bezüglich des Holocausts die gesamte nationale und internationale Forschungen ignoriert, wenn nicht sogar negiert wird, und weiterhin auf dem Konzept beharrt wird, „Juden und

⁴⁵ Yadvashem – World Center for Holocaust Research: www.yadvashem.org

Ukrainer hätten im Kampf gegen den Totalitarismus zusammengearbeitet“ (Ebd.). Es war ein klares Ziel der Gedächtnispolitik Juščenkos, durch die Anerkennung des Holodomors als Genozid, sich an der Seite Israels als „heroische Märtyrernation“ zu positionieren. Ein Problem für die Herstellung eines solchen „heroischen Selbstbildes“ war aber die Frage nach der Involvierung von zum Beispiel Roman Šuchevyč in Kriegsverbrechen, denn es ist notwendig dass die Protagonisten zur Schaffung dieses Bildes sich nicht an Verbrechen beteiligt haben (Ebd., 181). Die Ernennung von Roman Šuchevyč zum Helden der Ukraine wurde von Israel und jüdischen Organisationen stark kritisiert.

Juščenkos „ethnozentrisches Geschichtsbild“ verfolgte die Rehabilitierung nationaler Helden, führte gleichzeitig aber zum Ausschluss anderer Opfergruppen. In den ukrainischen Geschichtsbüchern wird der Holocaust zwar thematisiert, allerdings werden Ereignisorte des Holocausts in der Ukraine nicht angeführt (Ebd., 183). Als Opfer des sowjetischen Terrors werden Juden ebenso ausgeklammert – diese Prozesse benennt Jilge als Opferkonkurrenz und Opferhierarchisierung (Ebd., 184 f.). Die Erinnerung an den Holocaust wird als Konkurrenz für die national(istisch)e Erinnerung gesehen. So wird auch der Holodomor als ukrainischer Holocaust bezeichnet, der damit den eigentlichen Holocaust in den Hintergrund zu verdrängen versucht. Da auch die Staatsführung dem „ukrainozentrischen Geschichtsbild“ folgt, wird die Verdrängung anderer Opfergruppen gefördert (Ebd., 186). Es gibt bis heute keine zentrale Holocaustgedenkstätte in der gesamten Ukraine.

Kritisch beurteilt wird diese Art der Gedächtnispolitik von geschichtswissenschaftlichen Instituten und Zeitschriften wie Krytyka oder i, die eine kritische Analyse der staatlichen Erinnerungspolitik betreiben und versuchen tabuisierte Teile der nationalukrainischen Geschichte aufzuarbeiten.

7.1.5 GEDÄCHTNISPOLITISCHE AKTEURE UNTER JUŠČENKO

Allukrainische Vereinigung **Svoboda**⁴⁶

Parteivorsitzender der rechtspopulistischen und antisemitischen Partei ist Oleh Tjahnybok (Lange et al. 2009, 53). Die stark nationalistische und rechtspopulistische

⁴⁶ www.svoboda.org.ua

Ideologie steht in der Tradition der OUN. Über die Liste Tymošenko kam er in die Verchovna Rada. Bis zuletzt (2011) gab es immer wiederkehrende Diskussionen die Partei verbieten zu lassen.

UNA-UNSO – Die Ukrainische Nationalversammlung / Die Ukrainische Nationale Selbstverteidigung (militärischer Arm)⁴⁷

Die UNA entstand als nationalistische Organisation 1991, später entstand ihr militärischer Arm die UNSO. Die Organisation tritt hauptsächlich in der Westukraine in Erscheinung und unterstützt Bestrebungen zur Etablierung einer nationalistischen Geschichte. Das Parteibündnis Naša Ukrajina von Viktor Juščenko wurde von UNA-UNSO im Wahlkampf und während seiner Präsidentschaft unterstützt. Vor allem bei Veranstaltungen rund um OUN und UPA trat die Organisation für deren Rehabilitierung ein. 2010 wurde Yuri Šuchevyč, der Sohn von Roman Šuchevyč, zum Führer der Organisation wiedergewählt (Kyiv Post 2010).

KUN - Der Kongress Ukrainischer Nationalisten⁴⁸

Der KUN sieht sich selbst als Nachfolgeorganisation der OUN-B und ist Teil von Juščenkos Parteibündnis Naša Ukrajina und stellt Abgeordnete in der Verchovna Rada (Bruder 2010, 181 f.). Geleitet wird die Organisation von Slava Stec'ko, der Witwe von Jaroslav Stec'ko (Mitglied der OUN-B und enger Vertrauter Stepan Banderas). Die KUN macht mit Parolen wie; „Die Ukraine den Ukrainern“ und „Moskali und Juden raus“ auf sich aufmerksam (Bechtel 2008, 224).

SBU - Služba Bezpeky Ukrainy⁴⁹

Ein weiterer bedeutender Akteur der ukrainischen Geschichtspolitik ist der Geheimdienst. Präsident Juščenko beauftragte den Geheimdienst mit der Erforschung von OUN-UPA und siedelte zu diesem Zweck eine eigene Historiker-Arbeitsgruppe beim Geheimdienst an. Mit dem Auftrag der Untersuchung der Archivdokumente zur Geschichte der OUN und UPA kam die Arbeitsgruppe zu dem Ergebnis, dass:

⁴⁷ www.unaunso.org

⁴⁸ www.cun.org.ua

⁴⁹ www.ssu.gov.ua

„(...) OUN-UPA nicht mit den Faschisten zusammengearbeitet habe, sondern vielmehr das Gegenteil der Fall gewesen sei: Sie sei deren größte Bedrohung in der Region gewesen“ (zitiert nach Bruder 2010, 183).

UINP - Das Institut für das Nationale Gedächtnis⁵⁰

Das Institut wurde 2005 durch Juščenko gegründet und ist neben dem SBU ein weiterer zentraler institutioneller Akteur der Gedächtnispolitik. Juščenko beauftragte das Institut mit der „Wiederherstellung und Sicherung eines wahren Geschichtsbildes“ (Bredies 2010, 3). 2007 setzte Juščenko am Institut eine Historiker-Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit dem SBU unter der Leitung von Volodymyr V'jatrovyč ein, mit dem Ziel „die historische Wahrheit der Vergangenheit des ukrainischen Volkes zu verbreiten und die ukrainische Geschichte von Lügen und Falsifizierung zu befreien und nur mit wahrhaften Dokumenten zu arbeiten“ (Jilge 2008, 178f.). So schreibt das Institut auf seiner Webseite als eine ihrer Aufgaben die „Umsetzung von Maßnahmen um die Erinnerung an die Opfer der Hungersnot und der politischen Unterdrückung des nationalen Befreiungskampfes zu verewigen“.

Der Regierungswechsel zu Janukovyč 2010 hatte den sofortigen Austausch der Institutsführung zur Folge.

7.1.6 SCHLUSSFOLGERUNG

Die von Juščenko vertretene Gedächtnispolitik kann als staatlich verordneter Nationalismus eingeordnet werden, dessen zentrales Element die Erinnerungskultur ist (Bredies 2010, 2). Bei seinem Amtsantritt war für Juščenko klar, dass es einer absoluten Neuausrichtung der Grundlagen und des Selbstverständnisses der ukrainischen Nation und Identität bedarf. Das hieß eine Umkehr aller bisherigen Deutungsmuster - Juščenko bezeichnete dabei die sowjetische Historiographie als ahistorisch und künstlich, er verfolgte die Auffassung die falsche sowjetideologische Geschichtsschreibung müsse durch die wahrhaftige Nationalgeschichte ersetzt werden (Ebd.). Diesem Gedanken liegt zugrunde, dass politische und gesellschaftliche Demokratisierung nur dann möglich ist, wenn ein Staat seine Legitimation aus diesen Demokratiedanken bezieht (Ebd., 3).

⁵⁰ www.memory.gov.ua

Von der Wahrhaftigkeit seiner Nationalgeschichte und der Idee der Vereinheitlichung einer gesamtukrainischen Identität war Juščenko jedoch so sehr überzeugt, dass Bredies seine Bestrebungen, diese durch Popularisierung durchzusetzen, mit der sowjetischen Geschichtspropaganda vergleicht. Er beanspruchte den absoluten Wahrheitsanspruch und Geschichte wurde immens politisiert, instrumentalisiert und selektiert (Ebd.). Festzuhalten ist jedoch, dass Juščenko, anders als seine Vorgänger, sich nicht der ukrainischen Medien bediente um die regional unterschiedlichen Erinnerungskulturen zu manipulieren (Jilge 2008, 173). Sein national ausgerichtetes Geschichtskonzept widmete sich vor allem der Erinnerung an nationale Helden, der Aufarbeitung der totalitären sowjetischen Vergangenheit und der Rehabilitierung von OUN-UPA. Hauptgegenstand der Aufarbeitung der totalitären sowjetischen Vergangenheit war vor allem die Hungersnot von 1932/1933 (Holodomor) und deren Anerkennung als Genozid, für die sich Juščenko wiederholt und vehement einsetzte.

Die Beschäftigung mit dem Thema Holocaust ist weiterhin als kontrovers zu beurteilen. Zwar wird der Holocaust nun auch in die Gedächtnispolitik der Ukraine aufgenommen, jedoch nur aus dem nationalistisch ukrainischem Blickwinkel und auch nur jene Aspekte die keinen Widerspruch mit der eigentlich verfolgten Gedächtnispolitik verursachen.

Jilge (Ebd., 175) sieht das Hauptproblem in der von Juščenko verfolgten Gedächtnispolitik darin, dass der Dialog zwischen inkompatiblen Kriegserfahrungen nicht kurzfristig „von oben“ in Gang gesetzt werden kann. Die Selbstdefinition der Ukrainer ist die einer „heroischen Opfertation“, diese Definition wirkt sicherlich als verbindendes Element unter der ukrainischen Bevölkerung. Portnov führt an, dass bereits Präsident Kučma von der Einheit der Ukrainer während des Krieges gesprochen hat. Juščenko erkennt zwar, dass es diese Einheit nie gegeben hat, ruft aber dennoch die Veteranen zur Versöhnung auf und hofft auf die Herstellung einer Einheit durch deren Konsolidierung (Portnov 2008, 199).

Den UPA Veteranen wird in dieser Phase der ukrainischen Gedächtnispolitik gegenüber den sowjetischen Veteranen (vor allem jenen der roten Armee) erinnerungspolitische Priorität eingeräumt. Dem gegenüber steht die Partei der Regionen, die sich nicht für eine Lösung der Veteranenproblematik interessiert und damit die erinnerungspolitische Spaltung der Nation vorantreibt (Jilge 2008, 177).

Nicht nur innerhalb des Landes wird Juščenkos Gedächtnispolitik kritisch gesehen. Vermehrt kritisierte die Führung Russlands und deren diplomatische Vertretung in der Ukraine die Vorgehensweise des Präsidenten. Russland, aber auch Polen sehen vor allem die Rehabilitierungsversuche von OUN-UPA als Belastung für ihre internationalen Beziehungen mit der Ukraine. Der ukrainische Präsident beharrte wiederum darauf, dass jede unabhängige Nation das Recht auf eine eigene souveräne Geschichte habe, die nicht Gegenstand internationaler Beziehungen sein sollte (Ebd., 183). Vor allem die Ernennung von Bandera und Šuchevyč zu Helden der Ukraine belastete auch den Kontakt zu Israel und jüdischen Interessensvertretungen und Organisationen. Ebenso bedauerte die Europäische Union die Ernennung von Šuchevyč und beurteilte die gedächtnispolitischen Tendenzen des ukrainischen Präsidenten kritisch.

7.2 PRÄSIDENTSCHAFT VIKTOR JANUKOVYČ SEIT 2010

„Die Präsidentschaftswahl des Jahres 2010 war ganz eindeutig keine Schicksalswahl wie noch im Jahr 2004. Damals ging es um Ost oder West, um Europa oder Russland, um Demokratie oder Autoritarismus“ (Lange 2010, 82).

Der erste Wahlgang der Präsidentschaftswahlen fand am 17. Jänner 2010 statt, der zweite Wahlgang war eine Stichwahl zwischen Viktor Janukovyč und Julia Tymošenko. Auch bei diesen Wahlen zeigte sich bei der Unterstützung der Spitzenkandidaten eine klare Spaltung des Landes in Westen – Julia Tymošenko und Osten – Viktor Janukovyč (RIA Novosti 2010c). Beide Kandidaten waren bereits zweimal Premierminister gewesen, bei der Stichwahl am 07. Februar 2010 konnte Janukovyč die Wahl mit 49% zu 45% (Tymošenko) der Stimmen für sich entscheiden (Lange 2010, 74).

Janukovyč wandte sich mit seinem Verständnis von Gedächtnispolitik von seinem Vorgänger Jušchenko ab, was nicht zuletzt auf die von Jušchenko begangenen Fehler zurückzuführen ist. Wilfried Jilge benennt seine Politik als autoritären Elektizismus, der eine Rückbesinnung auf die bereits von Leonid Kučma vertretene Gedächtnispolitik ist (Bredies 2010, 2). Diese Art der Gedächtnispolitik vermischt die sowjetische

Historiographie mit nationalukrainischen Elementen, wobei die Geschichtsinterpretation und Gedenktradition jener des Großen Vaterländischen Krieges folgt (Ebd., 5).

7.2.1 EINE NEUE GESCHICHTSKONZEPTION

Die Rückkehr zum Mythos des Großen Vaterländischen Krieges bestätigte auch der unter Janukovyč eingesetzte Minister für Bildung und Wissenschaften Dimitrij Tabačnik während der Konferenz „Unser gemeinsamer Sieg: Der Große Vaterländische Krieg – historisches Gedächtnis und die moderne Gesellschaft“. Teilnehmer der Konferenz waren Vertreter aus Russland, Belarus, Moldawien, Armenien und der Ukraine. Tabačnik bezog Stellung zum Großen Vaterländischen Krieg und seiner Sichtweise zu OUN-UPA:

„ (...) dass es während des ‚Großen Vaterländischen Krieges‘ keinerlei dritte Kräfte gab; es gab die Anti-Hitlerkoalition und es gab das Hitlerreich und dessen Verbündete und Satelliten. Und die bewaffneten Formierungen, die aus lokalen Einwohner in den okkupierten Territorien gebildet wurden, das waren Kollaborateure (...) Das Gespräch über die Kollaborateure ist unangebracht und in jedem Land des zivilisierten Europas unsinnig. (...) Um die junge Generation zur Achtung vor den Leistungen ihrer Urgroßväter und Großväter zu erziehen, muss man einfach sagen, wer Held des Krieges war und wer leider zu den Kollaborateuren zählte“ [sic!] (Ukrajinski Nowyny 2010).

Besonders der letzte Satz veranschaulicht die neue Richtung der Gedächtnispolitik zum Thema OUN-UPA. Der Bildungsminister beurteilt die Politik der Vorgängerregierung als eine Fälschung der Geschichte, und auch die unter Juščenko gängig gewordene Bezeichnung des Zweiten Weltkrieges statt dem Großen Vaterländischen Krieg zeuge von Nichtachtung gegenüber den Veteranen und sei in den neuen Lehrbüchern wieder zu ändern (Ebd.). Nur wenige Tage nach besagter Konferenz stellte Tabačnik ein neues Konzept für den Geschichtsunterricht der Ukraine vor (Rjabčun 2011):

Der bisher gebräuchliche Ethnozentrismus, „die Wahrnehmung von Ereignissen aus der Sicht einzelner ethnischer Gruppen“, soll durch einen anthropozentrischen Ansatz, „der Auslegung der Ereignisse über die Wahrnehmung des einzelnen Menschen“, ersetzt werden. Die zu verwendenden Termini sind der Große Vaterländische Krieg (und nicht Zweiter Weltkrieg) und Tag des Sieges (nicht Ende des Krieges).

Für die gesamte Geschichtspolitik plant Tabačnyk eine Neuausrichtung, zumindest aber eine andere Ausrichtung als sie unter der Periode Juščenko vertreten wurde. Die Ukraine soll nun im Sinne des anthropozentrischen Ansatzes als Territorium wahrgenommen werden, auf dem Vertreter unterschiedlicher ethnischer Gruppen und Religionen leben. Die neue Konzeption des Geschichtsunterrichts der Ukraine wurde von Natalja Jakowenko, Leiterin des Instituts für Geschichte an der Nationalen Universität Kiew Mohyla Akademie, ausgearbeitet. Sie meint, die derzeitigen Geschichtsbücher seien eine Mischung aus nationaler und sowjetischer Geschichte, bei der der Staat im Mittelpunkt der Geschichtskonzeption nach dem Prinzip „wer nicht mit uns ist, ist gegen uns“ stehe (Ebd.). Auch Vertreter der Nationalen Akademie der Wissenschaften stimmten einer neuen Konzeption zu, vor allem da die Ukrainer bisher in den Lehrbüchern zumeist als Opfer dargestellt wurden. Auch erfolgreiche Ereignisse der ukrainischen Geschichte sollten in die Neukonzeption integriert werden, aber auch kontrovers diskutierte Themen wie die OUN-UPA und der Holodomor. Zentral sollte immer die adäquate Beleuchtung der Ereignisse stehen und nicht deren Politisierung. Fjodr Turčenko, der bisher führend bei der Gestaltung der Geschichtsbücher war, sieht die Sache anders; Kindern müsse die Geschichte aus Sicht einer harten staatlichen Ideologie und des Patriotismus gelehrt werden. Eine neutrale Sichtweise, meint er, spiele der neuen Regierung in die Hände (Ebd.).

In einer späteren Äußerung erklärte Bildungsminister Tabačnyk, dass der „Blödsinn des Holodomors“ aus den Schulbüchern zu entfernen sei. Der neuen politischen Linie folgend ist der Holodomor zumindest nicht mehr als Genozid zu definieren (Dörrenbächer/Oliinyk 2011, 3).

Die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde sieht derlei Äußerungen als Bestätigung dafür, dass die neue Gedenkpolitik klar der russischen Linie folgt. Ebenso sollen auch weitere strittige Themen aus den Schulbüchern entfernt werden, so die Repressionen der 1930er Jahre, die Auseinandersetzung mit OUN und UPA, die Dissidentenbewegung der 1980er Jahre und die Orange Revolution (Ebd.).

Auch institutionell nahm Viktor Janukovyč bereits kurz nach Amtsantritt personelle Veränderungen vor. Einer seiner ersten gedenkpolitischen Schritte war die Neubesetzung des unter Juščenko geschaffenen Instituts für das nationale Gedenken (UINP). Dieser Schritt wurde nicht nur innenpolitisch, sondern auch von ausländischen Organisationen kritisiert. Der neue Leiter des Instituts, Walerij Soldatenko, ist Mitglied

der Kommunistischen Partei und war Mitarbeiter am Institut für Geschichte der Kommunistischen Partei beim Zentralkomitee der KPdU. Es erscheint unwahrscheinlich, dass das Ziel des Instituts in Zukunft die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit sein wird (Ebd., 2 f.).

Aus einem ähnlichen Hintergrund wurde im September 2010 der Direktor eines westukrainischen Museums (Tjurma na Lozkoho) Ruslan Sabilyi vom ukrainischen Geheimdienst festgenommen. Ein Strafverfahren wegen der „Vorbereitung der Verbreitung von Belegen, die staatliche Geheimnisse enthalten, durch einen Mitarbeiter des SBU“ wurde eingeleitet. Bei den staatlichen Geheimnissen handelte es sich um Festplatten, auf denen sich Dokumente über die Tätigkeit der OUN-UPA, Dissidenten, Befehlen des NKWDs der USSR und UdSSR befanden (Popovyč/Savčenko 2010).

Für Viktor Janukovyč war die Organisation Ukrainischer Nationalisten und die Ukrainische Aufstandsarmee kein Thema seiner Gedächtnispolitik. Er widmete sich in seinen Reden sehr wohl dem Zweiten Weltkrieg, wie den Veteranen der roten Armee – andere Kriegsteilnehmer wurden ausgeklammert. OUN und UPA waren daher auf der höchsten Ebene des Staates seit 2010 kein Thema mehr.

Regional in der Westukraine wurde ihre Rehabilitierung trotz des Wechsels der Staatsführung weiter verfolgt. Die Oblastregierung Lembergs folgte auch nach der Abwahl Juščenkos ihrem Weg zur Rehabilitierung von OUN-UPA. Einige der Aktionen sorgten für heftige Reaktionen Russlands. So musste zum Beispiel auch die Umbenennung einer Straße in „Straße der Kämpfer der des Bataillons Nachtigall“ wieder zurückgenommen werden (Savčenko 2011a). Abgeordnete der Partei Svoboda im Lemberger Stadtrat versuchten durchzusetzen, dass der neue Flughafen Lembergs den Namen Banderas trägt. Damit wollen sie „der weltweiten Praxis folgen und Infrastrukturprojekte nach nationalen Helden benennen“ (Savčenko 2011b). Ihr Bestreben fand allerdings keine Mehrheit.

7.2.2 FEIERTAGE

Nur kurz nach dem Amtsantritt Janukovyčs Ende Februar fanden im Mai die alljährlichen Feierlichkeiten zum 65. **Tag des Sieges** statt. Janukovyč bezeichnet ihn als einen der größten Feiertage der Ukraine, der „den Sieg von Gut über Böse, der Zukunft

über die Vergangenheit und dem Leben über den Tod“ symbolisiere [Übers. d. Verf.] (Press Office of President Viktor Yanukovych 2010d). Es sei ein Feiertag der alle Generationen vereine und ein Beispiel für Patriotismus und den Glauben in die eigene Stärke und Fähigkeit (Press Office of President Viktor Yanukovych 2010e). Der Feiertag und vor allem seine Veteranen seien unter der vorhergehenden Regierung vernachlässigt worden, dies soll sich nun wieder ändern. In seiner Rede an die Bevölkerung betonte er die Opfer, die das ukrainische Volk für den Sieg gebracht hat, aber auch dass dieses Datum die Bevölkerung von Russland, Belarus und der Ukraine vereine.

„ (...) But, of course, our land and our people suffered the most. Never before in its history, Ukraine had paid such a high price for peace. (...) I am against politicizing this holiday! I am for making it a holiday for all citizens, regardless of geography, blood group, nation, etc.“ (Press Office of President Viktor Yanukovych 2010d).

Damit zeigte Janukovyč deutlich seine zukünftige gedächtnispolitische Positionierung. Seine Rede richtete er an die ukrainischen Soldaten, Partisanen und Untergrundkämpfer, die an der Seite „ihrer Brüder anderer Nationalitäten“ gegen den gehassten Feind kämpften (Press Office of President Viktor Yanukovych 2010e).

Anhand des Tages des Sieges zeigen sich auch seine außenpolitischen Tendenzen. So sandte er seine Glückwünsche zum Sieg an Russland, Belarus, Kasachstan, Georgien, Aserbaidschan, Uzbekistan, Armenien, Turkmenistan und Tadschikistan. Im Gegenzug gratulierten die Vertreter der GUS den Veteranen und Kämpfern der Heimatfront und versprachen ihnen die Verbesserung ihrer gesetzlichen und sozialen Interessen. Es sei ihnen ein besonderes Anliegen die Erinnerung an die Opfer in Ehren zu halten und ihren sozialen und ökonomischen Schutz weiterhin gewährleisten zu können (Press Office of President Viktor Yanukovych 2010a).

Viktor Janukovyč betonte bei verschiedensten Anlässen immer wieder, dass die Geschichte nicht umgeschrieben werden darf und kann, so auch anlässlich des Jahrestages des Beginnes des Zweiten Weltkrieges am 1. September 2010:

„The history of this war gives many lessons. (...) History is the subject, which politicians must not touch. It is written by historians, scientists. History is the foundation for educating new generations“ (Press Office of President Viktor Yanukovych 2010b).

Den Heroismus der Partisanen betonte Janukovyč auch am *Tag zur Ehre der Partisanen*. Die Veteranen hätten Heldentum während der schwierigen Kriegszeiten bewiesen, ohne diesem die vereinte und unabhängige Ukraine heute nicht seine Zukunft aufbauen könnte (Press Office of President Viktor Yanukovich 2011d).

Am 14. Oktober, dem *Tag der Gründung der UPA*, gab es keine Involvierung in die Feierlichkeiten von Seiten des Präsidenten. Es fanden Veranstaltungen in Kiew und in einigen Städten der westlichen Regionen statt, die von Svoboda, KUN, UNA-UNSO und OUN organisiert wurden. Wie auch in den Vorjahren veranstaltete die Kommunistische Partei Gegenveranstaltungen. Der Führer von Svoboda Tjahnybok richtete sich mit der Aufforderung der Anerkennung von UPA an den Präsidenten: „Entweder Sie erkennen die Leistung der UPA an oder Sie müssen sofort gehen“ (Skoropadskij 2011).

Die Auseinandersetzungen zwischen linken und rechten Vertretern über die OUN-UPA setzten sich auch mit der Regierungsübernahme von Janukovyč fort. Unter anderem bei der Eröffnung der Ausstellung „Das Wolhynienmassaker: polnische und jüdische Opfer der OUN-UPA“ in Kiew. Organisatoren der Ausstellung waren die Organisation „Russischsprachige Ukraine“⁵¹ und die polnische Gesellschaft zum Gedenken an die Verbrechen ukrainischer Nationalisten. Vertreter von Svoboda und UNA-UNSO protestierten gegen die Ausstellung und wie bei den meisten Veranstaltungen zum Thema OUN-UPA kam es auch bei dieser zu einem Handgemenge der unterschiedlichen politischen Vertreter und zu mehreren Festnahmen (Skoropadskij 2010).

Gedächtnispolitische Aktionen bezüglich des Zweiten Weltkrieges setzte Präsident Janukovyč fast ausschließlich rund um den Tag des Sieges eines jeden Jahres. Ein paar Tage davor kommt es zu verschiedenen Meldungen und Äußerungen, so auch in diesem Jahr. Doch die OUN oder UPA finden hierbei keine Erwähnung. Im zweiten Jahr seiner Präsidentschaft nahm Janukovyč gemeinsam mit Premierminister Asarov und 45 Veteranen der roten Armee an der Militärparade teil und legte Blumen für den dreifachen Helden der Sowjetunion Ivan Kozhedub nieder (Press Office of President Viktor Yanukovich 2011b). Seine Rede richtete sich an die Veteranen, exklusive der

⁵¹ Leiter der Organisation ist der Parlamentsabgeordnete der Partei der Regionen Wadim Kolesničenko.

UPA-Veteranen. Jenen Personenkreis der sich für deren Rehabilitierung einsetzt, verurteilt er mit dem Vorwurf die Spaltung der Bevölkerung vorantreiben zu wollen;

„For the sake of cheap popularity some ‚activists‘ are trying again to split the Ukrainian people. (...) This is our common duty to our fathers-heroes. The victory of our parents encourages us to work for the present and future. (...) The heroes, who did not surrender to the enemy, must not live in poverty and loneliness. We will not allow that. As president, I am sure that the concern for the welfare of veterans should be a priority of government’s work, the criteria of its evaluation. Veterans are our heroes“ (Press Office of President Viktor Yanukovych 2011c).

Die Feierlichkeiten zum Tag des Sieges beruhigten sich auch unter dem neuen Präsidenten nicht. Besonders in Lemberg stießen Vertreter von Svoboda und den Kommunisten aufeinander. Gedenkfeiern der Kommunisten wurden durch Rufe wie „Kommunisten an den Galgen! Bandera kommt und schafft Ordnung“ gestört. In Folge der schweren Auseinandersetzungen reichte der Vorsitzende der Lemberger Gebietsverwaltung Michail Zymbaljuk seinen Rücktritt ein. Der Rücktritt wurde von Janukovyč jedoch nicht akzeptiert, da dieser unter starkem Druck von Svoboda zustande gekommen war (Savčenko/Skoropadskij 2011). Anzumerken ist, dass am Tag vor den Feierlichkeiten das Bezirksgericht von Lemberg festgelegt hatte, dass jegliche Provokationen zu unterlassen seien. Dennoch provozierten sowohl Svoboda wie auch die Kommunisten, die eine rote Fahne mit Hammer und Sichel hissten. Obwohl es sich nach Aussage der Regierung um einen lokalen Konflikt handelte, forderte der Präsident die Staatsanwaltschaft dazu auf eine Arbeitsgruppe zur Untersuchung der Vorkommnisse am 9. Mai in Lemberg einzusetzen (Press Office of President Viktor Yanukovych 2010c).

7.3 DENKMALPOLITIK

Mit Beginn der Unabhängigkeit kam es zu einer Umwidmung und „Verheimatlichung“ der Denkmäler für die Sowjetsoldaten. Mit dem Ziel der „Entsowjetisierung“ der Denkmäler, wurden ihnen vielerorts einfach Marienstatuen hinzugefügt. Vor allem in der Westukraine kam es zum Bau unzähliger Denkmäler für die gefallenen UPA-

Kämpfer. Oft wurden diese auch direkt neben Sowjetdenkmälern, die weder demontiert noch zerstört wurden, gebaut (Portnov 2008, 199 f.).

Zur Stilistik der Denkmäler stellt Portnov fest:

„Bei einem Vergleich der Denkmäler fällt auf, dass die Formensprache der unideologischen Denkmäler paradoxerweise weit weniger sowjetisch ist als die Stilistik der ideologischen radikal antisowjetischen Monumente“ (Ebd., 203).

Er nennt diese Vorgehensweise „Gedenkstättenpluralismus“, der eine Besonderheit der Ukraine ist. Begründet sieht er diese Besonderheit darin, dass die regionalen Machtapparate aufgrund des sehr zentralistisch organisierten politischen Systems nur wenig Kompetenzen haben und daher der Denkmalkurs ein dankbares Betätigungsfeld für sie darstellt (Ebd., 209). Bei der Denkmalpolitik selbst gibt es weder eine langfristige Planung noch eine feste Strategie, sie beruht auf situativen Reaktionen aufgrund unterschiedlicher Geschichtsbilder, von denen ein jedes einseitig und autoritär ist. So zeigt sich auch in der Denkmalpolitik, dass die Suche nach einer historisch fundierten Legitimation der Ukraine noch andauert (Ebd., 210).

Die Spaltung der Ukraine in Osten und Westen setzt sich auch im Bereich der Denkmalpolitik fort. Beide Landesteile verfolgen eine unterschiedliche Linie, die sich mehrfach auch in einem Wechsel zwischen Aktion und Reaktion äußert. Anhand einiger Beispiele soll dies gezeigt werden.

2006 beschloss die Partei der Regionen von Viktor Janukovyč (Ost-Ukraine) alle Gedenkstellen für die OUN-UPA abreißen zu lassen. In der Westukraine wurde weiterhin die Rehabilitierung der Organisationen, auch auf dem Weg der Denkmalpolitik, vorangetrieben. Vor allem in Lemberg kam es vermehrt zum Bau von Denkmälern und Erinnerungsorten für Persönlichkeiten der Organisationen. So wurde im selben Jahr in Lemberg am Friedhof Lyčakiv eine Gedenkstätte für OUN und UPA errichtet.

In Simferopol (Region Krim, Ostukraine) wurde 2007 ein Denkmal für die Opfer der UPA eingeweiht.⁵² Das Projekt wurde durch den Gebietsrat unterstützt, der gleichzeitig

⁵² „Der Schuss aus dem Hinterhalt“ - Zur Erinnerung an die Opfer des Sowjetvolkes, die durch die UPA, die faschistischen Helfer zu Tode kamen (Ebd., 208).

dazu aufrief die Heroisierung der UPA einzustellen. Das Denkmal war eine Antwort der Krimbevölkerung an „die Ewiggestrigen die die Geschichte des Volkes umschreiben wollen (...) und ihre Helden zum Vergessen preisgeben (...)“ (Ebd. f.).

Anlässlich des 65. Jahrestag der UPA-Gründung wurde 2007 auch eine 30m hohe Bandera-Bronzestatue, mit der Betitelung „ein Volksdenkmal für einen Volkshelden“ in Lemberg eingeweiht (Ebd., 202). Die Unterstützung für den OUN-Führer Bandera war jedoch sehr einseitig, und vor allem in der Westukraine vorhanden.

Abbildung 8 zeigt, dass die Mehrheit der Bevölkerung es ablehnt für die beiden OUN-UPA Männer Šuchevyč und Bandera weitere Denkmäler aufzustellen, lediglich weniger als 20% würden dieses Vorhaben unterstützen. Noch am höchsten wäre die Unterstützung für Stalin weitere Denkmäler aufzustellen, doch auch bei seiner Person reagiert mehr als die Hälfte der Befragten ablehnend.

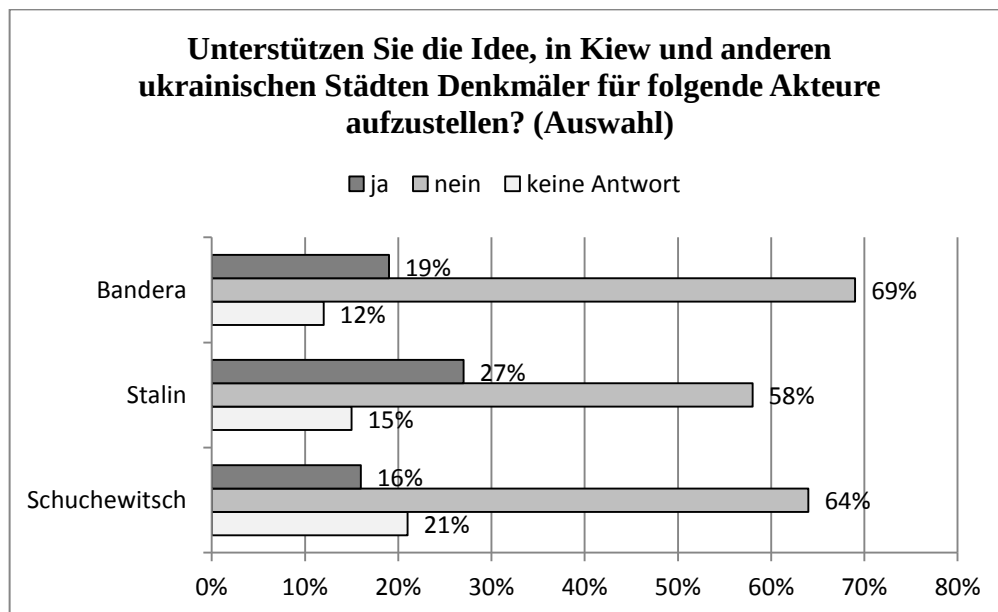


Abbildung 8: Denkmalbau für Bandera, Stalin und Schuchewitsch
(Bredies 2010, 7)

Die Abbildung zeigt deutlich, dass mehr als die Hälfte aller Befragten 2010 das Aufstellen weiterer Denkmäler grundsätzlich ablehnt. Egal ob es sich hierbei um Denkmäler zu Ehren des Führers der OUN-B Stepan Bandera und UPA-Kommandanten Roman Šuchevyč oder um Denkmäler zu Ehren Stalins handelt. Es ist davon auszugehen, dass die ukrainische Bevölkerung aufgrund der in den letzten Jahrzehnten verfolgten Denkmalpolitik das Interesse an weiteren Denkmälern verloren hat.

7.4 HELDEN DER UKRAINE: ROMAN ŠUCHEVYČ UND STEPAN BANDERA

Das von Juščenko praktizierte Auszeichnungswesen steht in einer symbolischen Parallele zur Sowjetzeit, denn der Titel „Held der Ukraine“ kann in direktem Zusammenhang zum Titel „Held der Sowjetunion“ gesehen werden. Für Aufregung sorgte die Verleihung dieses Titels an zwei Männer aus den Reihen der OUN und UPA.

Roman Šuchevyč war Führer der OUN-B und Oberkommandant der UPA und des Bataillons Nachtigall. Neben Stepan Bandera ist auch er eine bedeutende Figur im Diskurs um die Rehabilitierung der beiden Organisationen OUN und UPA, sowie deren Mitglieder. Nicht zuletzt aufgrund des Druckes rechts orientierter Organisationen, wie Svoboda und die UNA-UNSA, sowie der ukrainischen Diaspora, verfolgte auch Viktor Juščenko die Rehabilitierung Šuchevyčs.

Anlässlich Šuchevyčs 100. Geburtstags erließ Präsident Juščenko einen Erlass⁵³ über gedenkpolitische Maßnahmen, die anlässlich des Geburtstages getroffen werden müssen. Die Festlegung solcher gedächtnispolitischer Maßnahmen sollte der „Festigung einer objektiven Bewertung seiner Tätigkeit im gesellschaftlichen Bewusstsein“ dienen (Jilge 2008, 178).

Am 12. Oktober 2007, dem 65. Jahrestag der Gründung der UPA, wurde Roman Šuchevyč, posthum durch Präsident Viktor Juščenko der Titel „Held der Ukraine“ verliehen (Juščenko 2007). Juščenko begründete die Verleihung mit Šuchevyčs „herausragenden persönlichen Beitrag im nationalen Befreiungskampf für die Freiheit und Unabhängigkeit der Ukraine“ (Jilge 2008, 178). Des Weiteren sei die Titelverleihung „ein Ausdruck der Achtung gegenüber allen Aufständischen“, mit der Juščenko seine Einstellung ihnen gegenüber zeigen würde (RIA Novosti 2009). Die Bevölkerung stand der Verleihung gespalten gegenüber. Juščenko selbst forderte mit der Ordensverleihung die

„Herstellung der historischen Wahrheit über die Tätigkeit eines Heeres [UPA, Anm. d. Verf.], das zur unbesiegbaren, unbezwingbaren sowie zu einer der tragischsten Armeen des 20. Jahrhunderts wurde“ (Jilge 2008, 178).

⁵³ 16.05.2007, Ukas des Präsidenten Nr. 420/2007

Die Titelverleihung stand also auch für die zumindest symbolische Rehabilitierung der UPA. Die Verleihung des Ordens an Šuchevyč kann als staatlich offizielle Anerkennung von Roman Šuchevyč beurteilt werden. Sie ist vor allem auf die Bemühungen der ukrainischen Diaspora zurückzuführen, die besonders seit der Unabhängigkeit der Ukraine dieses Ziel verfolgten (Rudling 2009, 12). Der Historiker Per A. Rudling sieht Juščenkos Vorgehen als die Wiederöffnung des historischen Gedächtnisses und die ideologische Verwendung von Geschichte, was in der Linie von Juščenkos Politik einer Reevaluierung der Geschichte stehe.

„Whereas Russia and Belarus are restoring heroic myths about Stalin and Soviet exploits in World War II, Yushchenko’s heroic narrative is built around the Ukrainian integral nationalist movement, the OUN and UPA“ (Ebd., 3).

Die durch Juščenko vertretene Gedächtnispolitik verbindet das Viktimisierungs-Narrativ und die Glorifizierung der Führer der nationalistischen Bewegungen. Die neue nationale Geschichte wird als die einzig wahre dargestellt und als Gegensatz zur falschen sowjetischen Geschichte.

Im Rahmen der offiziellen Ehrungszeremonie kam es ein weiteres Mal zu Auseinandersetzungen zwischen UPA-Veteranen, radikalen Nationalisten und Veteranen der roten Armee, Vertretern der kommunistischen und progressiven sozialistischen Partei. Ebenso rief die Verleihung den Protest der Opposition hervor, in diesem Fall vertreten durch die Partei der Regionen. So beurteilte Janukovyč die Titelverleihung als Beispiel für den durch Juščenko vertretenen integralen Nationalismus und es sei eine Attacke auf die ostukrainische Bevölkerung:

„(...) the population of the non-western areas of Ukraine feel an ever stronger ideological pressure from the brand of Banderite Nazism and xenophobia“ (zit. nach ebd., 3.)

Für die ukrainisch-jüdischen Beziehungen stellte die Ehrung eine große Belastung dar. Juščenko wurde während seines Staatsbesuches in Israel mit heftiger Kritik konfrontiert (Ebd., 22). Vor allem die Organisation Yad Vashem warf Roman Šuchevyč die Beteiligung an Pogromen gegen Juden vor. Doch auch die russisch-ukrainischen Beziehungen verschlechterten sich durch Juščenkos gedächtnispolitische Maßnahmen. Die ständige russische Vertretung bei den Vereinten Nationen (i.V. durch Ilja Rogačev,

Deputy Permanent Representative) äußerte sich negativ gegenüber dem Präsidentenbeschluss, der lediglich zum Zwecke der Neuschreibung der Geschichte getroffen worden sei:

„ (...) The Open glorification of ... the Ukrainian Insurgent Army fighters, who tainted themselves with the crime against those who fought in the ranks of the anti-Hitler coalition, declaring notorious Nazi Roman Shukhevych as a hero of Ukraine (...) are all links of the same chain of practices aimed at re-writing the history of World War II and inculcating blatantly pro-fascist ideology in the minds of the current and future generations“ (Arel 2010b).

Per A. Rudling bestreitet den persönlichen Heldenmut Šuchevyčs nicht, drückt jedoch Zweifel darüber aus, ob dieser ein ausreichendes Kriterium sei, um ihn zum Helden zu ernennen - Aufopferungsbereitschaft könne in verschiedensten Militärformationen gefunden werden (u.a. UPA, rote Armee, Wehrmacht) und macht eine Person nicht automatisch zum Helden eines Landes. Die Entscheidung ihn deshalb zum Helden zu ernennen sei negativ zu bewerten:

„In a divided country, which lacks a common collective memory of the war, the attempts to turn Shukhevych into a national hero may serve to polarize and further divide Ukraine. (...) Depending on perspective, Shukhevych can be seen as victim, perpetrator, and resistance fighter. Shukhevych's controversial person represents many of the key aspects of the reevaluation of Ukrainian history“ (Rudling 2009, 36).

Sorgte bereits die Verleihung des Titels „Held der Ukraine“ an Roman Šuchevyč für Aufruhr, so schlug jedoch die Verleihung desselben Titels an *Stepan Bandera* weitaus größere Wellen. Bandera war seit Beginn des Diskurses rund um OUN und UPA eine zentrale Figur. Zu Beginn der 1990er Jahre schrieb „Der Spiegel“ zur Person Banderas:

„(...) Bandera aber dient in der nun selbstständigen Ukraine allen Rechten als Symbolfigur. Die Mitglieder des Nationalisten-Kongresses, der als Partei registriert ist, werden in seinem Namen ‚zum ewigen Dienst an der ukrainischen Nation‘ vereidigt“ (Der Spiegel 1994, 165).

Wiederholt forderte die Allukrainische Vereinigung Svoboda Präsident Juščenko dazu auf seine Wahlkampfversprechen einzulösen. Dazu zählte die Verleihung des Titels „Held der Ukraine“ an Stepan Bandera, die Anerkennung des Kampfes von OUN-UPA als nationalen Freiheitskampf und den Gründungstag der UPA (am 14. Oktober) zum Staatsfeiertag zu erklären. Der Vorsitzende der Vereinigung Oleh Tjahnybok vertrat die Meinung, dass es für Juščenko wesentlich leichter gewesen wäre, diese Versprechungen direkt nach seiner Wahl umzusetzen, da 2005 seine Unterstützung innerhalb der Bevölkerung noch höher gewesen wäre (Ukrajinski Nowyny 2009). Diese Auffassung teilt auch der amerikanische Politologe Alexander Motyl, der feststellt, dass Juščenko mit wachsender Unbeliebtheit, zunehmend begann Bandera zu bewerben, in der Hoffnung der „idealistische Glanz“ Banderas würde auf ihn abfärben (Arel 2010b).

Am Tag der Einheit der Ukraine, am 21. Jänner 2010, erklärte Viktor Juščenko mittels eines Ukas⁵⁴ Stepan Bandera posthum zum „Held der Ukraine“ für

„die Unzerstörbarkeit des Geistes bei der Vertretung der nationalen Idee, dem gezeigten Heldenmut und der Selbstaufopferung im Kampf für die Unabhängigkeit der Ukraine“ (Rjabčun/Skoropadskij 2010).

Unterstützer der Ehrung waren vor allem nationalistische Vertreter und die ukrainische Diaspora. Der Ukrainische Kanadische Kongress begrüßte die Anerkennung der „Ukrainischen Freiheitskämpfer“ und schlug weiter vor:

„The UCC [Ukrainian Canadian Congress, Anm. d. Verf.] calls upon the Government of Canada to make changes to Canada's war Veterans Allowance Act by expanding eligibility to include designated resistance groups such as OUN-UPA (...)” (Arel 2010a).

Dieser Beitrag entfachte über die Plattform der Ukraine List, einer Diskussionsplattform der Universität von Ottawa, eine Diskussion über die Titelergabe an Bandera, an der sich verschiedenste Akteure beteiligten. Ein Journalist der Washington Post bezog sich in seinem Beitrag auf Olexiy Haran⁵⁵, der sich dafür aussprach, die ehemaligen Mitglieder der Aufstandsarmee – mit Ausnahme jener, die Verbrechen begangen hätten -

⁵⁴ Ukas des Präsidenten Nr. 46/2010 am 21.01.2010.

⁵⁵ Professor für vergleichende Politikwissenschaft an der Universität Kiew-Mohyla Akademie

zu Veteranen zu erklären. Er merkte an, dass es sich um einen Guerillakrieg handelte, und ein solcher schwer ohne Gewalttaten vorstellbar sei. Die gesamte Debatte über die Untergrundorganisation sei als Teil der Debatte über die nationale Identität der Ukraine einzuordnen (Ebd.). Diese Meinung teilt auch Timothy Snyder, der in einem Interview mit der BBC erklärte, dass Bandera zum Symbol für den ukrainischen Kampf um die Unabhängigkeit geworden sei, wobei die Details um sein Leben in vielen politischen Debatten nur noch nebensächlich seien (Snyder 2010). Wichtig sei in jedem Fall die Person Bandera immer im Kontext der damaligen Zeit zu sehen;

„ (...) in the 1920's and 1930's, Bandera was ideologically fascist. However these were times when many Europeans were fascists. (...) Concerning Bandera, it is impossible to declare him a hero without associating oneself not only with the person, but also with those times” (Ebd.).

Auf jüdischer Seite sprach sich das Simon Wiesenthal Center in Amerika gegen den Beschluss des Präsidenten aus, wie auch der oberste Rabbiner Kiews Yaakov Bleich:

„ His goals are noble; the means stink. What I mean is that we all understand that Yushchenko is trying to build up national pride, and we all understand that that is needed. (...) But should we take things that are controversial – heroes that are still of questionable repute – and use them to do that?” (Arel 2010a).

Bereits wenige Tage nach der Ehrung Banderas, während eines Staatsbesuches Mitte Februar in Moskau, äußerte sich Janukovyč kritisch. Er bezeichnete die Ehrung eine Revidierung der Geschichte und versprach diese in seiner Amtszeit wieder zurückzunehmen (RIA Novosti 2010b). Zu diesem Zeitpunkt war Janukovyč bereits gewählter Präsident der Ukraine, da der zweite Wahlgang⁵⁶ am 7. Februar stattgefunden hatte und die Angelobung am 25. Februar 2010 folgte.

„Das ist eine Auszeichnung von heute, die in der Zeit der Unabhängigkeit der Ukraine gestiftet wurde, und es ist natürlich falsch, diese Auszeichnung Menschen zu verleihen, die es längst nicht mehr gibt. (...) Dieses Problem trage immens zur Spaltung des ukrainischen Staates bei. (...) Ich werde diese Frage unbedingt prüfen, und wir werden

⁵⁶ 1. Wahlgang am 17.01.2010: Viktor Janukovyč 35,32%, Julia Timošenko 25,05% der Stimmen.
2. Wahlgang: 07.02.2010: Viktor Janukovyč 48,95%, Julia Timošenko 45,47% der Stimmen.

einen Beschluss fassen, damit es in unserem Land in der Zukunft nie mehr zu einer Revidierung der Geschichte kommt“ (Ebd.).

Zur Äußerung Janukovyčs die Titelverleihung wieder zurückzunehmen, entgegnete Juščenko: „If there had not been Bandera, there would not be Yanukovych. At least V. Yanukovych would not be elected President of independent Ukraine“ (UNIAN-Ukrainian Information Agency 2010e). Juščenko betont damit einmal mehr die Bedeutung von Stepan Bandera für die Existenz der unabhängigen Ukraine und bestärkt mit dieser Äußerung auch seine Entscheidung ihn zum Helden zu ernennen.

Die posthume Ernennung Banderas zum Helden der Ukraine kritisierte das Europäische Parlament in seiner Resolution vom 25.02.2010 (nicht zuletzt aufgrund des starken Einflusses polnischer Abgeordneter). Das Europäische Parlament sprach sein Bedauern über die Entscheidung aus und stellte die Integrationstauglichkeit der Ukraine in Frage (Bredies 2010, 4):

„20. Deeply deplores the decision by the outgoing President of Ukraine, Viktor Yushchenko, posthumously to award Stepan Bandera, a leader of the Organisation of Ukrainian Nationalists (OUN) which collaborated with Nazi Germany, the title of ‘National Hero of Ukraine’; hopes, in this regard, that the new Ukrainian leadership will reconsider such decisions and will maintain its commitment to European values;“ (European Parliament 2010).

Die Aussagen des Europäischen Parlaments sorgten vor allem bei Vertretern rechter Parteien und Organisationen für Unmut; sie protestierten, dass sie keinen Handel mit ihren Helden betreiben würden und es nicht die Sache anderer Länder sei, wer in der Ukraine Held ist und wer nicht (Rjabčun/Skoropadskij 2010). Generell kann festgehalten werden, dass die Ideen und Methoden Banderas sich nur schlecht mit den demokratischen und humanitären Prinzipien der europäischen Gemeinschaft vereinbaren lassen (Dubinjan’skij 2010). Allerdings ist es auch weder den Einwohnern der Westukraine abzusprechen ihre Helden zu feiern, wie der Bevölkerung der Ostukraine an einem sowjetischen Geschichtsmythos festzuhalten. Durch offizielle Ehrerbietungen solidarisiert sich der Staat jedoch mit zweideutigen Führern und deren Ideologie und Praxis. Dubinjan’skij konstatiert in seinem Artikel, dass die Erlässe

Juščenkos weder vollkommen ethisch seien, noch der ukrainischen Gesetzgebung entsprechen und das Land spalten würden (Ebd.).

Während eines Treffens mit dem Vorsitzenden des Europaparlaments Jerzy Buzek versprach Janukovyč das Problem Bandera zu lösen (RIA Novosti 2010a). Dieses Versprechen wiederholte er bei einer gemeinsamen Konferenz mit Präsident Medvedev. Er bestätigte bis zum 9. Mai (dem Tag des Sieges) zu einer Entscheidung über die Titelverleihung an Bandera und Šuchevyč zu kommen (UNIAN-Ukrainian Information Agency 2010c). Mit dieser Aussage trug der Präsident zur weiteren Spaltung der Gesellschaft in Befürworter und Gegner der beiden OUN-UPA Männer bei. Auch Viktor Juščenko beurteilte das Zugeständnis an Russland, als Beispiel für die Absicht der Machthaber, die Konfrontation innerhalb der Bevölkerung verstärken zu wollen (UNIAN-Ukrainian Information Agency 2010d). Für die Zeitung Ukrajinska Prawda ist das Zugeständnis Janukovyčs an Medwedew ein weiterer Schritt um „die Stützen der nationalistischen Mythologie dem sowjetischen Geschichtsmythos zum Opfer“ zu bringen (Dubinjans'kij 2010).

Vertreter der Partei der Regionen von Viktor Janukovyč betonten unterdessen weiterhin, dass sich die Partei der Regionen bisher noch nicht intensiver mit der Frage nach der Gültigkeit des Beschlusses beschäftigt habe. Allerdings stellte kurz nach dem Ukas ein Stellvertreter des Justizministeriums (Jegenik Kornijčuk) fest, dass bei der Verleihung eine Gesetzeskollision vorläge, denn:

„Im Ukas von Leonid Kutschma aus dem Jahre 2002 heißt es, dass der Titel ‘Held der Ukraine’ nicht für Verdienste aus der Vergangenheit, die nicht mit der Herausbildung und der Entwicklung der unabhängigen Ukraine in Verbindung stehen, verliehen wird“ (Rjabčun/Skoropadskij 2010).

Juristisch ist der Ukas von Präsident Juščenko auch deshalb fraglich, da es sich bei Bandera und Šuchevyč nicht um ukrainische Staatsbürger gehandelt hat. Dieser Ausführung folgte auch das Donezker Bezirksgericht, welches am 02.04.2010 den Ukas von Viktor Juščenko für gesetzeswidrig erklärte, da Bandera nie Staatsbürger der Ukraine war (UNIAN-Ukrainian Information Agency 2010a). Juščenko legte gegen das Urteil Berufung ein, da nur Personen das Recht haben Erlasse des Präsidenten

anzufechten, die selbst Betroffene des Erlasses sind. Der Anwalt, der die Klage einbrachte war dies nicht. Jurij Ključkowskij, Abgeordneter von Naša Ukrajina, fügte der Berufung noch hinzu:

„Im Urteil des Donezker Gerichts (...) wurden die historischen Fakten nicht richtig interpretiert. Das Gericht berücksichtigte nicht, dass Stepan Bandera 1939 die Staatsbürgerschaft der UdSSR erhielt und dementsprechend die der USSR und damit erstreckt sich auf ihn die Rechtsbeziehungen, die mit der Verleihung des Titels ‚Held der Ukraine‘ verbunden sind“ (Rjabčun 2010).

Doch die Berufung blieb erfolglos und so bestätigte das Verwaltungsgericht von Donezk am 23. Juni 2010 das Urteil des Bezirksverwaltungsgerichts, obwohl es mehrere Versuche zur Anfechtung des Urteils beim Obersten Verwaltungsgerichts der Ukraine gegeben hatte (Press Office of President Viktor Yanukowych 2011a).

In Folge der Debatten rund um die Titelverleihungen hob am 21.04.2010 das Donezker Bezirksberufungsgericht auch den Ukas von Juščenko vom 12.10.2007 zur Verleihung des Titels „Held der Ukraine“ an Roman Šuchevyč auf. Auch bei diesem Urteil wurde der Berufung stattgegeben, da Šuchevyč 1950 starb, also vor der Verkündung der Unabhängigkeit der Ukraine, wodurch er nie Staatsbürger der Ukraine war und daher nicht den Titel „Held der Ukraine“ tragen könne (UNIAN-Ukrainian Information Agency 2010b).

Die Aberkennung der Titel führte vor allem in den westlichen Regionen der Ukraine zu Protesten, die Oblasträte der Regionen Ivano-Frankivsk, Lemberg und Ternopil hielten gemeinsam mit Svoboda eine Massenversammlung in Lemberg nahe dem Bandera-Denkmal ab. Als Protestaktion beschlossen sie die symbolhafte Umbenennung der Bandera- und Šuchevyč-Straßen in „Held der Ukraine Bandera-Straße“ und „Held der Ukraine Šuchevyč-Straße“. Die einzelnen Oblaste zogen es auch in Erwägung die beiden Personen selbst zu Helden zu ernennen. Die Partei der Regionen reagierte auf die Vorkommnisse mit der Einschätzung, dass es sich hierbei nur um das provokative Verhalten einer politischen Kraft handeln würde, die nur damit ihre Autorität aufrecht erhalten könne (Korotkov/Rafal 2011).

Der ukrainische Politologe Wadim Karassjow beurteilt die voranschreitende Spaltung der Ukraine in Osten und Westen als Entfremdung der galizischen Elite von der

ukrainischen Staatlichkeit, die als eine Art von Separatismus gesehen werden kann. Für die Regierung sei dies aber nicht gefährlich, da Separatismus in der Ukraine sehr unbeliebt ist und dies der Regierung als Verteidigerin der Großen Ukraine sogar noch zugutekommen würde (Ebd.).

Für den amerikanischen Politologen Alexander Motyl⁵⁷ ist die von beiden Präsidenten praktizierte, einseitige Sichtweise auf die Geschichte nichts Ungewöhnliches, vor allem bei Staaten, die gerade um ihre neu erlangte Unabhängigkeit kämpfen. Aus dem Diskurs kann sich allerdings ergeben, dass jene ukrainischen Historiker an Öffentlichkeit gewinnen, die Bandera in all seiner Komplexität beleuchten - allerdings nur nachdem sich die ukrainische Identität konsolidieren konnte und die ukrainische Angst vor dem neo-imperialen Russland beseitigt wurde (Arel 2010b). Dennoch stellt sich die Frage, wer in der Ukraine die Autorität haben sollte, historische Ereignisse und Persönlichkeiten zu beurteilen. Timothy Snyder erläutert dazu, dass die Ernennung von Individuen zu Helden eine sehr sowjetische Idee sei, was von den Unterstützern Banderas beachtet werden sollte. Sowohl Faschisten wie Kommunisten verfolgten den Heldengedanken, weswegen es dringend notwendig wäre darüber nachzudenken, ob eine solche Tradition fortzusetzen sei. Des Weiteren sei es die Aufgabe des Staates die Verantwortung über den Geschichtsunterricht zu tragen – allerdings sollte das Recht über die Geschichte zu entscheiden bei niemandem liegen, denn Geschichte sei als ein nie endender Dialog zu sehen (Snyder 2010).

Obwohl Viktor Juščenko intensiv versuchte die Einstellung zu Bandera und Šuchevyč zu verändern, gelang ihm dies nicht. Abbildung neun zeigt eine Umfrage die 2010 nach dem Ende der Regierungszeit Juščenkos durchgeführt wurde. Vor allem Stepan Bandera wird sehr negativ bewertet, aber auch Roman Šuchevyč wird nur von einem geringen Anteil der Befragten in einem positiven Kontext gesehen. Überraschend scheint, dass Josef Stalin von mehr als der Hälfte der Befragten positiv als historische Persönlichkeit des Zweiten Weltkrieges bewertet wird.

⁵⁷ Professor für Politikwissenschaft, Rutgers University-Newark

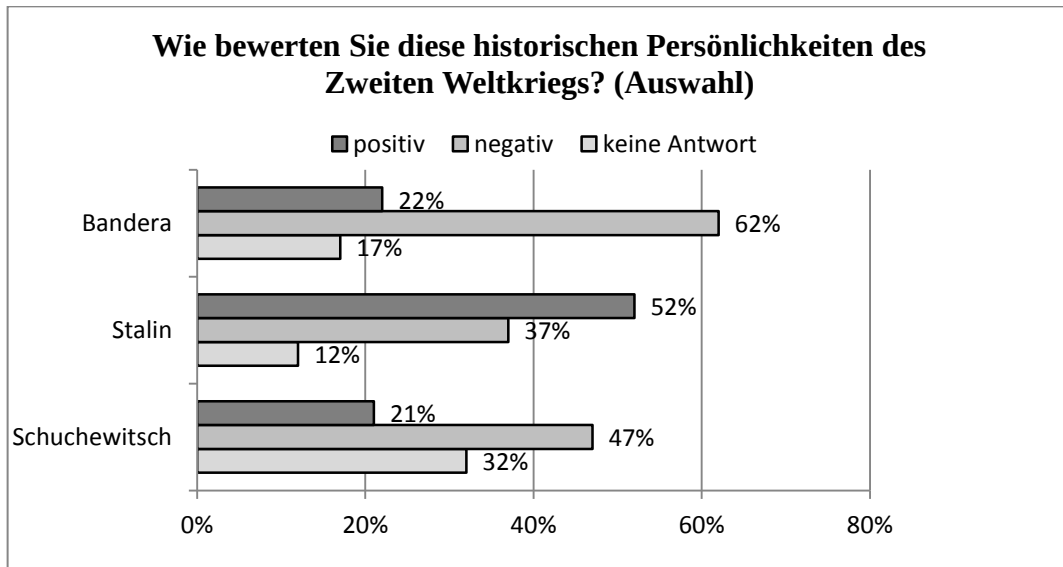


Abbildung 9: Beurteilung historischer Persönlichkeiten des Zweiten Weltkriegs
(Bredies 2010, 6)

Juščenko konnte während seiner Amtszeit weder eine Aufwertung der Personengruppe rund um OUN-UPA erreichen, noch ihre moralische und rechtliche Rehabilitierung. Ebenso wenig kam es zur erhofften Konsolidierung der Gesellschaft - diese steht, je nach Region, den beiden Organisationen immer noch gespalten gegenüber. Abbildung zehn zeigt, dass vor allem der Südosten und das Zentrum der Ukraine die Rücknahme der an Bandera und Šuchevyč verliehenen Heldentitel unterstützen. Die Befragten Personen in den Regionen der Westukraine lehnen, wie auch die regionalen politischen Vertreter, die Zurücknahme ab.

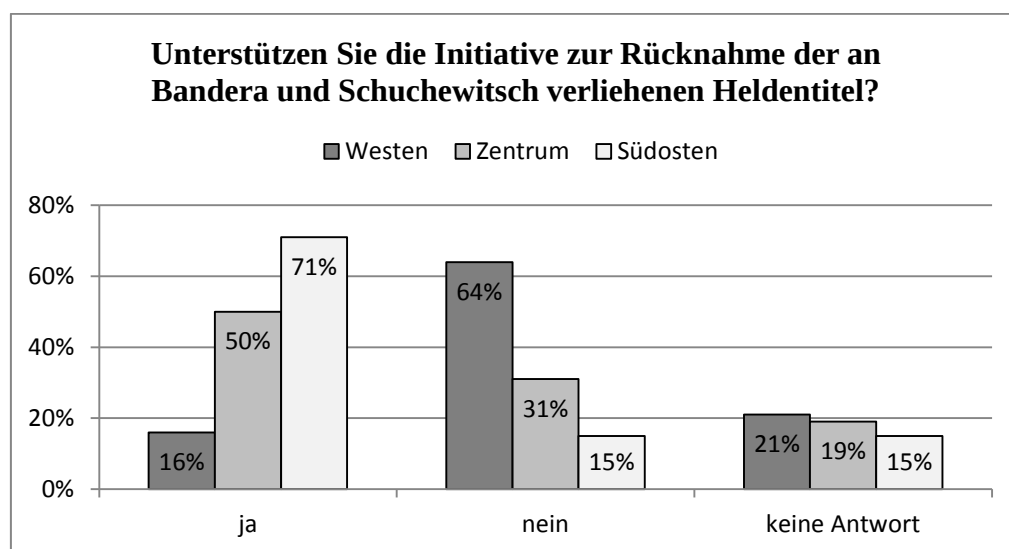


Abbildung 10: Umfrage Rücknahme Heldentitel Bandera, Šuchevyč
(Ebd., 7)

8 OPFER UND HELDEN – EINE VIKTIMOLOGISCHE IDENTITÄTSPOLITIK⁵⁸

In der sowjetischen Öffentlichkeit hatte das Heldentum einen besonders hohen Stellenwert. Nicht zuletzt die Fortsetzung des Ehrungswesens „Held der Sowjetunion“ unter dem neuen Namen „Held der Ukraine“ stellt eine Weiterführung der sowjetischen Heldentradition dar. Rund 2,5 Millionen ukrainische Soldaten erhielten militärische Orden und 2.200 von ihnen erhielten die höchste Ehrung als „Held der Sowjetunion“.

Doch auch die Denkmalpolitik der Nachkriegszeit stand im Zeichen der Kriegshelden, in den Jahren nach Kriegsende wurden circa 27.000 Monumente zur Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg errichtet (Boeckh 2007, 259). Die Instrumentalisierung des Heldentums und die Opferbereitschaft der einfachen Soldaten waren sehr populär. Die Popularisierung jener offenbart sich monumental in der Konzeption des Memorialkomplexes in Kiew⁵⁹. Der Memorialkomplex, bestehend aus der Mutter Heimat Statue (Rodina Mat) und dem Museum des Großen Vaterländischen Krieges, veranschaulicht die Bedeutung des Heldenkults der Sowjetzeit. Die heroischen Taten und die Opferbereitschaft der Ukrainer sieht Hrynych als das zentrale Moment der Erinnerung. Wobei als Helden nur Ukrainer gelten, die für den ukrainischen Staat kämpften (Vladyslav Hrynych 2005, 99).

Mit dem Ende der Sowjetzeit kam es zu einer schrittweisen Dekonstruktion der Heroisierung der sowjetischen Soldaten (Scherrer 2001, 721). Allerdings gab es bereits seit Kriegsende eine starke Diskrepanz zwischen der offiziellen und der individuellen, inoffiziellen, privaten Erinnerung, die auch die Erinnerung an die gefallenen Soldaten, beziehungsweise die Kriegshelden aus den Reihen der OUN und UPA, beinhaltete (Boeckh 2007, 259). Letztlich kam es während der Perestrojka unter Gorbatschow (1985-1991) zu einer generellen Neubewertung der historischen Sichtweise auf den Krieg und in weiterer Folge zur Delegitimierung des Kriegsmythos. Das sowjetische System und

⁵⁸ (A. Assmann 2007, 79)

⁵⁹ Entworfen von Evgenij Viktorovič Vučetič und 1981 von Brežnev eröffnet.

Markant ist die Lage des Komplexes, auf den Hügeln über den Dnjepr überblickt die imposante Statue ganz Kiew. Der Komplex liegt in direkter Nähe zur Lavra, dem bedeutendsten ukrainischen orthodoxen Höhlenkloster. Diese Nähe zur Religion stehe für die Verkörperung der nationalen Identität (Scherrer 2001, 720). Sommerbauer sieht die Statue als „ein sozialistisches Gedenkmal zur orthodoxen Gottesverehrung (...), und den Memorialkomplex als „eine Geschichte der Gewalttaten und des Leids, vor allem aber ist es eine Geschichte des heldenhaften sowjetischen Siegs“ (Sommerbauer 2011a).

dessen Geschichtsinterpretation, einschließlich des Heldenkultes, wurden erstmals auch offiziell in Frage gestellt (Jilge 2006, 54).

Vor allem mit der Präsidentschaft Viktor Juščenkos kam es zu einer Neubewertung der Geschichte und der alten Helden. Es ist allerdings die Frage, ob mittels des modernen nationalistischen Geschichtsnarratives wirklich neue Helden geschaffen wurden, oder einfach die bestehenden (sowjetischen) Helden durch neue (nationalistische) ersetzt wurden. Denn sämtliche „neue Helden“ kamen aus den Reihen der OUN-UPA, darunter Jevhen Konovalc‘, Roman Šuchevyč und allen voran Stepan Bandera (Marples 2007, 126). Auch die Teilnehmer der Konferenz zur Erinnerungspolitik in Deutschland und der Ukraine sprechen sich gegen die Praktik aus, alte Helden und Geschichtsmythen durch neue zu ersetzen, da dieser Vorgang eine offene Aufarbeitung der Geschichte ausschließt, die die Ukraine bereits dringend notwendig hätte (Lange/Reismann 2008).

David Marples stellt fest, dass mit der Wende in der ukrainischen Gedächtnispolitik 2004/2005 versucht wurde aus Tätern Helden zu machen. Diese Umgestaltung der nationalen Geschichte ist jedoch besonders in Bezug auf die Kriegsjahre schwierig, denn die neuen Narrative stimmen nicht immer mit den Resultaten der Archivforschung überein (Marples 2007, 160).

Zwei Elemente haben sämtliche Formen der ukrainischen Gedächtnispolitik seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs gemeinsam; die Glorifizierung und Viktimisierung (Ebd., x). Festzuhalten ist, dass das Viktimisierungselement für die Ukraine stärker wirkt, da sie sich über ihren Status als Opfer definieren. Viktimisierung als Selbstdefinition beinhaltet Leid und Leiden, und da Leiden mit Anstand und Korrektheit konnotiert ist, eignet es sich gut zur Selbstlegitimation (Ebd.). Auch innerhalb der ukrainischen Diaspora herrschen, Himka zufolge, viktimisierende Vergangenheitskonzeptionen vor:

„I object to instrumentalizing this memory with the aim of generating political and moral capital, particularly when it is linked to an exclusion from historical research and reflection of events in which Ukrainians figured as perpetrators not victims, and when „our own“ evil is kept invisible and the memory of the others‘ dead is not held sacred“ (zit. nach ebd., 27).

Aufgrund der Opfer-Täter-Verstrickung ist die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte in der Ukraine besonders komplex. Das Problem ist vor allem, dass die Ukraine ihre Identität auf einer Opfersemantik aufbaut und für sich selbst die Opfer-Täter-Debatte noch nicht geführt hat (Bruder 2010, 179). Wie bereits in Abschnitt 4.4 dieser Arbeit erläutert, schätzt auch A. Assmann (A. Assmann 2007, 81) „eine auf der Opfersemantik fußende Identitätspolitik“ eher „als Teil des Problems denn als seine Lösung (...)“ ein. Die Ukrainer werden in der derzeit geführten Gedenkpolitik fast ausschließlich als Opfer dargestellt - als Opfer der Polen, Deutschen und Sowjets. Die Politik differenziert hier auf keine Art und Weise zwischen unterschiedlichen Opfergruppen, als Folge dessen entsteht in weiterer Folge eine Art „Opferkonkurrenz“, bei der es zu einer Opferhierarchisierung kommt. Diese Problematik entstand vor allem zwischen den Opfergruppen des Holocausts und den ukrainischen Opfern (Jilge 2008, 184 f.). Grundlage für eine neue ukrainische Identität ist die Vorstellung eines abstammungsmäßig ukrainischen, ukrainisch sprechenden und religiös griechisch- oder russisch-orthodoxen „Ukrainer“. Systematisch ausgeschlossen werden damit Gruppen wie ukrainische Juden und Ukrainer polnischer, armenischer oder anderer Herkunft (Bruder 2010, 189).

Auch Rudling unterstützt die Idee, dass es für einen Staat wesentlich schwieriger ist sich mit seiner Vergangenheit auseinanderzusetzen, wenn er seine neu gewonnene Identität auf einem viktimisierenden Narrativ begründet (Rudling 2009, 33). Er betont, dass dieses neue nationalistische ukrainische Narrativ ausschließlich darauf fokussiert, was den Ukrainern angetan wurde. Dies führt allerdings zum Vergessen, dass auch die Ukrainer Täter in einem totalitären Regime waren.

Für die Zukunft einer demokratischen Ukraine ist die alleinige Positionierung als Opfer hinderlich. Zur weiteren Entwicklung bedarf es der Auseinandersetzung mit nicht ruhmreichen Teilen der Vergangenheit. Für die weitere Entwicklung einer Gesellschaft ist es unvermeidbar sich mit der eigenen Schuld zu beschäftigen (Lange/Reismann 2008). In Folge einer solchen Auseinandersetzung würde dies auch die Neugestaltung veralteter Gesetze bedeuten, die die Aufklärung und Entschädigung der Opfer regeln. Nicht zuletzt aber auch die historische und juristische Aufarbeitung der Vergangenheit, die zur Anerkennung der Opfer und der Verfolgung der Täter führen würde (Ebd.). Daher ist es für die Ukraine von besonderer Bedeutung an einer konsolidierten

gleichgewichtigen Sicht auf die Vergangenheit zu arbeiten. Worunter vor allem auch der schmerzhafteste Prozess der Auseinandersetzung mit der Tätervergangenheit fällt.

Ein wichtiger erster Schritt wäre daher, den Staat als eine Art „Erinnerungspolizei“ aus dem Prozess herauszunehmen, und stattdessen einheitliche Standards der Geschichtsforschung und –schreibung zu etablieren. Ein Historikerstreit, in dem Geschichtsdeutungen „angeboten“ aber nicht „aufgezwungen“ werden, wäre ein wünschenswertes (Ebd.). Es sollte eben nicht darum gehen ein einheitliches Gedächtnis zu manifestieren, sondern darum, dass verschiedene, sich unterscheidende Gedächtnisse nebeneinander koexistieren können. So kann es nach König, auch weder eine europäische Geschichtsschreibung noch ein europäisches Gedächtnis geben, denn von Bedeutung sei die Vielfalt der Erinnerung (Ebd.).

Es ist notwendig Platz für unterschiedliche Gedächtnisse zu schaffen:

„Vergessen kann nicht über kommunikatives Schweigen passieren sondern nur über den Prozess des Erinnerns. Der Grundsatz „Vergeben und Vergessen“ funktioniert nicht!“ (Ebd.).

Für eine konsolidierte demokratische Zukunft der Ukraine ist die Unterstützung Europas der Ukraine auf diesem Weg notwendig. Gedächtnispolitisch sollte ein intensiver Austausch zwischen europäischen und ukrainischen Wissenschaftlern stattfinden um eine solide und kritische Geschichte zu ermöglichen, egal wie schmerzhaft diese möglicherweise ist (Rudling 2009, 38).

9 RESÜMEE

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges durchlief die ukrainische Gedächtnispolitik unterschiedliche Phasen. Eines hat sich jedoch bis heute nicht geändert: die Helden der Einen sind die Täter der Anderen. In kaum einem Bereich äußert sich die gesplattene Identität der Ukrainer, in einen pro-europäischen Westen und einen pro-russischen Osten, so stark wie in der Gedächtnispolitik. Klarerweise herrschte bis zu Beginn der ukrainischen Unabhängigkeit das sowjetische Geschichtsbild vor und von den politischen Eliten wurde ein gesamt-sowjetisches Gedächtnis vertreten. Bis zum Systemwechsel 1991 war in der ukrainischen Erinnerung kein Platz für die OUN und UPA. Unter den Präsidenten Leonid Kravčuk und Leonid Kučma kam es in geringem Ausmaß zumindest zur Thematisierung der beiden Organisationen und sie fanden Einzug in die ukrainischen Geschichtsbücher. Doch erst mit der Orangen Revolution und der Machtübernahme von Viktor Juščenko wurden OUN und UPA in der ukrainischen Gedächtnispolitik präsent.

Die Hauptforschungsfrage dieser Arbeit „*Welche gedächtnispolitischen Strategien und Inhalte werden zu welchem Zweck von welchen Akteuren nach der Orangen Revolution verfolgt?*“ konnte mittels der qualitativen Inhaltsanalyse beantwortet werden.

Die Hauptakteure der Gedächtnispolitik nach der Orangen Revolution in der Ukraine waren die beiden Präsidenten Viktor Juščenko und Viktor Janukovyč. Ihre politische und historische Einstellung war ausschlaggebend für die gedächtnispolitischen Maßnahmen, die in ihren Amtsperioden, bezüglich des Zweiten Weltkrieges, gesetzt wurden.

Viktor Juščenko trat im Wahlkampf 2004 bereits als Kandidat des Westens der Ukraine an, dementsprechend vertrat er auch deren ideologische Orientierung im Wahlkampf sehr offensiv. Viktor Janukovyč trat im Wahlkampf klar ersichtlich als Kandidat des Ostens und des Machtinhabers Leonid Kučma an. Durch aufwendige Wahlkampfinszenierungen positionierten sich beide Kandidaten klar in den unterschiedlichen Lagern, die der ideologischen Teilung des Landes entsprachen. Schon in dieser Phase waren OUN und UPA ein Thema beider Lager. Juščenko versprach gemeinsam mit seiner Unterstützerin Julia Tymošenko die Rehabilitierung beider Organisationen und ihrer Angehörigen. Janukovyč warnte die Bevölkerung

vor der Unterstützung dieser Ziele mit dem Argument deren Rehabilitierung würde die weitere Spaltung des Landes vorantreiben.

Die Amtsperiode Viktor Juščenkos widmete sich schließlich intensiv der Thematik und Problematik des Zweiten Weltkriegs, und hier vor allem der Rehabilitierung der Organisation Ukrainischer Nationalisten und der Ukrainischen Aufstandsarmee. Der neu gewählte Präsident verfolgte vehement deren moralische und rechtliche Rehabilitierung, hatte aber eindeutig weiterhin mit der ideologischen Spaltung des Landes zu kämpfen. Versuche ihren rechtlichen Status als Kriegsteilnehmer und Kriegsveteranen durchzusetzen blieben ergebnislos, wie auch der Versuch einzelne Persönlichkeiten, die zur Führung von OUN und UPA gehörten, positiv darzustellen und zu neuen Helden zu machen. Auf rechtlicher Ebene gab es Gesetzesinitiativen, die jedoch zu keinem klaren Ergebnis geführt haben. Selbst die Ernennung von Persönlichkeiten aus den Rängen der OUN-UPA zu Helden der Ukraine wurde, sobald der neue Präsident sein Amt antrat, wieder zurückgenommen.

Nicht zuletzt durch die Neugestaltung der Schulbücher, der Schaffung neuer Institute (u.a. das UINP), der Zusammenstellung verschiedener Arbeitsgruppen zur Untersuchung der „historischen Wahrheit“ und der Ernennung ranghoher Persönlichkeiten von OUN-UPA zu Helden der Ukraine, versuchte Präsident Juščenko seine Gedächtnispolitik durchzusetzen und zu etablieren. Dies passierte auf Druck rechter Gruppierungen, die ihn bei der Wahl zum Präsidenten unterstützt hatten. Vor allem aufgrund seiner sinkenden Beliebtheit war er auch während seiner Präsidentschaft auf die Unterstützung der Bevölkerung der westlichen Regionen der Ukraine angewiesen. Die Ausführungen dieser Arbeit zeigen, dass ihm aber innerhalb der Bevölkerung die Umdeutung beziehungsweise Neuinterpretation historischer Ereignisse und Persönlichkeiten nicht gelungen ist. Zwar gibt es Befürworter Juščenkos Gedächtnispolitik in den westlichen Regionen der Ukraine, andererseits gibt es die Befürworter der Gedächtnispolitik Janukovyčs in den östlichen Regionen genauso. An der Spaltung der Nation hat sich in den letzten sieben Jahren, seit Beginn der Orangen Revolution nichts verändert. Beide Amtsperioden zeigen, dass eine „gesamtnationale Inklusion“ durch die Geschichts- und Identitätspolitik nicht möglich ist, denn es würde immer zu einem gleichzeitigen Verstoß großer Bevölkerungsteile kommen (Bredies 2010, 7).

Um die Konsolidierung der Veteranen der unterschiedlichen militärischen Einheiten und in weiterer Folge auch um die Konsolidierung der Bevölkerung bemühte sich jedoch nur Viktor Juščenko. Viktor Janukovyč hingegen verfolgte dieses Ziel nicht, mit seinem Amtsantritt war die Thematisierung von OUN und UPA aus dem politischen Diskurs verschwunden. Die einzige gedächtnispolitische Aktion, die Janukovyč bezüglich OUN-UPA setzte, war die Durchsetzung der Rücknahme der Heldentitel an Roman Šuchevyč und Stepan Bandera. Nach der Rücknahme konnte wieder zur „alten“ Interpretation der Geschichte, dem Mythos des Großen Vaterländischen Krieges nach sowjetischem Muster, zurückgekehrt werden. Den Veteranen der UPA oder anderen gedächtnispolitischen Aktionen seines Vorgängers schenkte er keinerlei Beachtung. Versuche regionaler Machtapparate der Westukraine das Thema wieder in den politischen Diskurs zu bringen lehnte er ab.

Die Frage nach der Fokussierung auf bestimmte Themen oder Ereignisse kann meiner Meinung nach eindeutig beantwortet werden. Aufgrund der gespaltenen Lager ist die Fokussierung unterschiedlich - von Seiten der westlichen Regionen, nationalistischer Organisationen, der ukrainischen Diaspora und Präsident Viktor Juščenko, lag der Fokus vor allem auf der Manifestation des Gedankens, dass OUN-UPA primär für die ukrainische Unabhängigkeit verantwortlich sind und als einzige Instanz sowohl gegen faschistische wie sowjetische Besatzer gekämpft haben. Ein besonderes Datum war der 14. Oktober, der Tag der Gründung der UPA – es wurde versucht diesem Tag dieselbe Bedeutung zukommen zu lassen wie dem Tag des Sieges, und ihn zum Staatsfeiertag zu machen. Des Weiteren wurde die Anerkennung des Holodomors als Genozid und die Umbenennung des Krieges von 1939-1945 in Zweiter Weltkrieg verfolgt.

Vom Osten des Landes sowie von linken Organisationen und der kommunistischen Partei, Russlands und allen voran Viktor Janukovyč wurde die gegenteilige Position eingenommen. Dieses politische Lager fokussierte die gedächtnispolitische Diskussion rund um OUN und UPA auf deren Beteiligung an Pogromen und das Ausmaß ihrer Kollaboration mit den Deutschen. Sie verurteilten die Rehabilitierung der Organisationen total und sahen daher auch keinen Grund das Thema in den gedächtnispolitischen Diskurs aufzunehmen. Instrumentalisiert wurde lediglich die Unterstützung für OUN-UPA des gegnerischen Lagers für ihre Kampagnen, indem sie sie als Faschisten und Unterstützer der Kollaborateure zu denunzieren versuchten.

Die Spaltung in unterschiedliche gedächtnispolitische Lager setzt sich auch auf wissenschaftlicher Ebene fort. Es gibt in der Ukraine und der ukrainischen Diaspora Historiker, die die Beteiligung und Kollaboration leugnen und andere die versuchen die Verbrechen mit dem Streben nach der staatlichen Unabhängigkeit zu rechtfertigen. Für Historiker und Wissenschaftler, die der östlichen und damit russischen Linie folgen, ist die Rehabilitierung aufgrund der Involvierung in Kriegsverbrechen und der Kollaboration mit den Nazis undenkbar und wird vehement abgelehnt.

Für nicht-ukrainische Wissenschaftler sind vor allem die Öffnung der Archive und das Zulassen des Prozesses der Lustration maßgeblich für die Zukunft der ukrainischen Gedächtnispolitik und der einzige Weg, der zu einer Konsolidierung der Gesellschaft führen kann.

Ebenso kann auch die Frage nach dem *Einfluss unterschiedlicher Geschichtsbilder im Osten und Westen der Ukraine auf die Gedächtnispolitik der jeweiligen Regierung* durch die Untersuchung im Rahmen dieser Arbeit beantwortet werden. Schon sehr klar ersichtlich ist die Unterstützung für die jeweiligen Kandidaten anhand der Wahlergebnisse (RIA Novosti 2010c). Da die Präsidentschaftskandidaten auf die Unterstützung ihrer „ideologischen“ Wählerschaft angewiesen waren, beeinflusste dies auch ihre Gedächtnispolitik. Die Forschungsergebnisse belegen, dass während ihrer Präsidentschaft beide Präsidenten den ideologischen Mustern ihrer Wählerschaft entsprachen. Juščenko ernannte nicht grundlos erst wenige Tage vor den Präsidentschaftswahlen Stepan Bandera zum Helden der Ukraine, nachdem die im Westen der Ukraine stark vertretene allukrainische Vereinigung Svoboda ihn mehrmals dazu aufgefordert hatte sein Wahlversprechen einzulösen.

Abschließend ist die Frage zu beantworten, *ob es in der Ukraine Versuche gibt ein kollektives Gedächtnis durch eine einheitliche Gedächtnispolitik zu schaffen.*

Ich bin der Ansicht, dass zum jetzigen Zeitpunkt nicht davon ausgegangen werden kann, dass sich die Ukraine auf dem Weg zu einem kollektiven Gedächtnis befindet. Die Erfahrungen der Vergangenheit divergieren in den unterschiedlichen Regionen sehr stark voneinander, damit gibt es auch unterschiedliche Erinnerungsmuster. Die regierenden Präsidenten hingegen verfolgten eine einheitliche Gedächtnispolitik und versuchten diese auch von oben herab auf die Gesellschaft zu übertragen, um die

Konsolidierung der Bevölkerung herbeizuführen und ein kollektives Gedächtnis zu schaffen. Doch bis dato können diese Versuche als erfolglos eingestuft werden, weder Juščenko noch Janukovyč konnten zur Konsolidierung und zur Schaffung eines kollektiven Gedächtnisses beitragen. Um auf den Begriff von Aleida Assmann zurückzugreifen, kann auf die Gesamtukraine umgelegt nicht von einer Wir-Identität gesprochen werden. Für die Region Westen oder die Region Osten ist diese Idee schon eher umzulegen. Daher erscheint es als sehr unwahrscheinlich, dass durch den obersten Amtsinhaber des Landes ein kollektives Gedächtnis geschaffen werden kann. Vor allem wenn, die Versuche dieses Ziel zu erreichen mit der Unterdrückung des „anderen“ Gedächtnisses einhergehen. Denn gerade dann werden die Vertreter des unterdrückten Gedächtnisses verstärkt versuchen ihre Version der Vergangenheit in den Mittelpunkt zu rücken – was immer zu extremistischen Tendenzen und gewaltsamen Auseinandersetzungen führt.

Der Versuch über die staatliche Gedächtnispolitik eine einheitliche kollektive Identität und ein einheitliches kollektives Gedächtnis zu schaffen, wird vor allem von ausländischen Wissenschaftlern und Organisationen kritisiert. Im Mittelpunkt der staatlichen Gedächtnispolitik sollte die Aufklärung stehen, die dann längerfristig auch zur Identitätsfindung führen könnte. Der Prozess kann aber nicht umgekehrt stattfinden. Für die Zukunft der Ukraine ist es daher essentiell an einer konsolidierten Sichtweise auf die Vergangenheit zu arbeiten.

10 LITERATURVERZEICHNIS

- Arel*, Dominique (2010a). The Ukraine List No. 441, in: *The Ukraine List*, abrufbar unter: www.ukrainianstudies.uaottawa.ca (letzter Zugriff: 10.10.2011)
- Arel*, Dominique (2010b). The Ukraine List No. 442, in: *The Ukraine List*, abrufbar unter: www.ukrainianstudies.uaottawa.ca (letzter Zugriff: 10.10.2011)
- Åslund*, Anders/*McFaul*, Michael (2006). Introduction: Perspectives on the Orange Revolution, in: *Åslund*, Anders/*McFaul*, Michael (Hrsg.): *Revolution in Orange: The Origins of Ukraine's Democratic Breakthrough*, Washington D.C.: Carnegie endowment for international peace
- Assmann*, Aleida (2007). *Der lange Schatten der Vergangenheit : Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*, Bonn: BPB
- Assmann*, Aleida (2008a). Dossier Geschichte und Erinnerung. Gedächtnis-Formen, in: *Bundeszentrale für politische Bildung*, abrufbar unter: <http://www.bpb.de/themen/JSP0OK,0,0,Ged%E4chtnisFormen.html> (letzter Zugriff: 27.4.2011)
- Assmann*, Aleida (2008b). Dossier Geschichte und Erinnerung. Kollektives Gedächtnis, in: *Bundeszentrale für politische Bildung*, abrufbar unter: http://www.bpb.de/themen/6B59ZU,0,0,Kollektives_Ged%E4chtnis.html (letzter Zugriff: 24.3.2011)
- Assmann*, Jan (1999). *Das kulturelle Gedächtnis : Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*, München: Beck
- Basic*, Natalija/*Welzer*, Harald (Hrsg.) (2007). *Der Krieg der Erinnerung : Holocaust, Kollaboration und Widerstand im europäischen Gedächtnis* Originalausg., Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag
- BBC Monitoring Service UK/TV 5 Kanal Kiew* (2005). Ukrainian President Viktor Yushchenko once again calls for reconciliation of soviet and nationalist Veterans, BBC Monitoring Service UK, abrufbar unter: <http://www.lucorg.com/news.php/news/577> (letzter Zugriff: 2.12.2011)
- Bechtel*, Delphine (2008). Von Lemberg nach L'viv. Gedächtniskonflikte in einer Stadt an der Grenze *Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde* (Hrsg.):, in: *Osteuropa*, Vol. 58(6/2008), 211-228
- Boeckh*, Karin (2007). *Stalinismus in der Ukraine. Die Rekonstruktion des sowjetischen Systems nach dem Zweiten Weltkrieg*, Wiesbaden: Harrassowitz Verlag
- Bredies*, Ingmar (2010). Volle Fahrt zurück! Richtungswechsel in der Geschichts- und Identitätspolitik *Forschungsstelle Osteuropa/Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde* (Hrsg.):, in: *Ukraine-Analysen*, (75)

- Bruder, Franziska (2010). Geschichtspolitik in der Ukraine, in: *Flierl, Thomas/Müller, Elfriede* (Hrsg.): *Osteuropa - Schlachtfeld der Erinnerungen*, Berlin: Karl Dietz Verlag, 175-189
- Čerwak, Bogdan (2011). Ukrainisch-polnische Aussöhnung: Mythen und Realität (Original: Українсько-польське примирення: міфи і реальність), in: *Ukraine Nachrichten* (Original: *Ukrajinska Prawda*), abrufbar unter: http://ukraine-nachrichten.de/ukrainisch-polnische-aussöhnung-mythen-realität_1875_meinungen-analysen (Original: <http://www.pravda.com.ua/articles/4b1aaa10b5ac5/>) (letzter Zugriff: 21.11.2011)
- Corneließen, Christoph (2008). Erinnern in Europa, in: *Bundeszentrale für politische Bildung. Dossier Geschichte und Erinnerung.*, abrufbar unter: http://www.bpb.de/themen/8JVVYJ2,0,0,Erinnern_in_Europa.html (letzter Zugriff: 1.2.2011)
- Dobunar, Wadim/Rjačenko, Aleksandr (2008). Die Feiern zum 66. Jahrestag der UPA (Original: Осеннее обострение. Украина отметила 66-ю годовщину УПА), in: *Ukraine Nachrichten* (Original: *Kommersant-Ukraine*), abrufbar unter: http://ukraine-nachrichten.de/feiern-66-jahrestag-upa_779_gesellschaft (Original: <http://kommersant.ua/doc/1041254>) (letzter Zugriff: 21.11.2011)
- Dörrenbächer, Heike/Oliinyk, Volodymyr (2011). Ukraine-Analysen. Die Ukraine unter Präsident Janukowytsch - Das erste Amtsjahr. Ein Jahr nach den Präsidentschaftswahlen - quo vadis Ukraine?, Bremen: Forschungsstelle Osteuropa Universität Bremen, abrufbar unter: www.laender-analysen.de/ukraine (letzter Zugriff: 29.11.2011)
- Dubinjan'skij, Michajlo (2010). Held ohne Schengenvisum (Original: Герой без Шенгенської візи), in: *Ukraine Nachrichten* (Original: *Ukrajinska Prawda*), abrufbar unter: http://ukraine-nachrichten.de/held-ohne-schengenvisum_2262_meinungen-analysen (Original: <http://www.pravda.com.ua/articles/2010/03/10/4845585/>) (letzter Zugriff: 22.11.2011)
- European Parliament (2010). European Parliament Resolution of 25 February 2010 on the Situation in Ukraine, in: *European Parliament*, abrufbar unter: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0035+0+DOC+XML+V0//EN&language=EN> (letzter Zugriff: 21.7.2011)
- FOM-Ukraina (2010). Repräsentative Umfrage FOM-Ukraina 12.-20.04.2010, in: *FOM Ukraina*, abrufbar unter: http://bd.fom.ru/report/map/ukrain/ukrain_eo/du100430 (letzter Zugriff: 25.11.2011)
- Forbrig, Joerg/Shepherd, Robin (Hrsg.) (2005). Ukraine after the Orange Revolution, Washington D.C.: GMF, abrufbar unter: http://www.gmfus.org/galleries/ct_publication_attachments/gmf_hbs_Ukraine_book_final.pdf

- Francois*, Etienne (2009). Erinnerungsorte zwischen Geschichtsschreibung und Gedächtnis. Eine Forschungsinnovation und ihre Folgen, in: *Schmid*, Harald (Hrsg.): Geschichtspolitik und kollektives Gedächtnis. Erinnerungskulturen in Theorie und Praxis., Formen der Erinnerung. Göttingen: V & R Unipress, 23-36
- Gnauck*, Gerhard (2007). Zwischen allen Fronten. Kollaborateure oder Freiheitskämpfer? Die Ukraine ringt um die richtige Deutung ihrer Partisanen zwischen Roter Armee und Wehrmacht, in: *Welt Online*, abrufbar unter: http://www.welt.de/welt_print/article1037690/Zwischen_allen_Fronten.html (letzter Zugriff: 3.5.2011)
- Habermas*, Jürgen (1976). Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, Frankfurt/Main
- Halbwachs*, Maurice (1967). Das kollektive Gedächtnis, Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag
- Heinrich*, Horst-Alfred (2009). Kollektive Erinnerungen im politischen System, in: Geschichtspolitik und kollektives Gedächtnis. Erinnerungskulturen in Theorie und Praxis, Göttingen: V & R Unipress, 77-92
- Himka*, John-Paul (1993). World Wars, in: *Encyclopedia of Ukraine*, abrufbar unter: <http://www.encyclopediaofukraine.com/display.asp?AddButton=pages\W\O\Worldwars.htm> (letzter Zugriff: 5.4.2011)
- Historical Memory Organisation* (2009). Attitudes of Ukrainians to World War II: A National Survey, in: World War II and the (Re)Creation of Historical Memory in Contemporary Ukraine. Kiew, abrufbar unter: http://ww2-historicalmemory.org.ua/docs/Sociological%20Survey_WWII.pdf
- Hrynevych*, Vladylav (2009). A Model of Historical Memory of World War II for Ukraine, in: World War II and the (Re)Creation of Historical Memory in Contemporary Ukraine. University of Alberta: Canadian Institute of Ukrainian Studies
- Hrynevych*, Vladyslav (2005). Gespaltene Erinnerung. Der Zweite Weltkrieg im ukrainischen Gedenken *Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde* (Hrsg.):, in: *Osteuropa*, (4-6), 88-102
- Jaworski*, Rudolf (2004). Geschichtsdenken im Umbruch. Osteuropäische Vergangenheitsdiskurse im Vergleich, in: *Corbea-Hoisie*, Andrei/*Jaworski*, Rudolf/*Sommer*, Monika (Hrsg.): Umbruch im östlichen Europa: die nationale Wende und das kollektive Gedächtnis, Innsbruck: StudienVerlag
- Jilge*, Wilfried (2003). Kulturpolitik als Geschichtspolitik. Der „Platz der Unabhängigkeit“ in Kiev *Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde* (Hrsg.):, in: *Osteuropa*, Vol. 53(1/2003), 33-57
- Jilge*, Wilfried (2008). Nationalukrainischer Befreiungskampf. Die Umwertung des Zweiten Weltkrieges in der Ukraine *Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde* (Hrsg.):, in: *Osteuropa*, Vol. 58(6/2008), 167-186

- Jilge*, Wilfried (2006). The Politics of History and the Second World War in post-communist Ukraine (1986/1991-2004/2005) *Jilge*, Wilfried/*Troebst*, Stefan (Hrsg.):, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas*, (54), 50-81
- Juščenko*, Viktor (2008). Über den rechtlichen Status der Teilnehmer des Kampfes für die Unabhängigkeit der Ukraine zwischen den 20er und 90er Jahren des 20. Jahrhunderts,, abrufbar unter: http://gska2.rada.gov.ua/pls/zweb_n/webproc4_1?pf3511=31295 (letzter Zugriff: 12.12.2011)
- Juščenko*, Viktor (2007). Ukas Nr. 695/2007 des Präsidenten zur Ernennung von Roman Šuchewyč zum Helden der Ukraine,, abrufbar unter: <http://www.president.gov.ua/documents/6808.html> (letzter Zugriff: 1.12.2011)
- Kappeler*, Andreas (2009). Kleine Geschichte der Ukraine 3. Aufl., München: Beck
- König*, Helmut (2008). Statt einer Einleitung: Europas Gedächtnis. Sondierungen in einem unübersichtlichen Gelände, in: *König*, Helmut/*Schmidt*, Julia/*Sicking*, Manfred (Hrsg.): Europas Gedächtnis. Das neue Europa zwischen nationalen Erinnerungen und gemeinsamer Identität, Bielefeld: Transcript, 9-38
- Korotkov*, Dimitrij/*Rafal*, Anastasija (2011). Für Bandera drohen die Tjagnybok-Anhänger den Dnepr zu überqueren und Donezk anzugreifen (Original: За Бандеру тягнибоковці грозят форсировать Дніпр і атакувати Донецьк), in: *Ukraine Nachrichten (Original: Segodnya)*, abrufbar unter: http://ukraine-nachrichten.de/bandera-drohen-tjagnybok-anhaenger-dnepr-ueberqueren-donezk-anzugreifen_3006_politik (Original: <http://www.segodnya.ua/news/14212740.html>) (letzter Zugriff: 22.11.2011)
- Kuzio*, Taras (2007). Russia, Ukraine trade harsh words over historical memory, in: *UNIAN*, abrufbar unter: www.unian.net/eng/news/news-227029.html (letzter Zugriff: 29.11.2011)
- Kyiv Post* (2010). Shukhevych re-elected as UNA-UNSO leader, in: *Kyiv Post*, abrufbar unter: <http://www.kyivpost.com/news/politics/detail/71505/> (letzter Zugriff: 13.12.2011)
- Lange*, Nico (2010). Nach den Präsidentschaftswahlen: Wie die ukrainische Demokratie konsolidieren?, Kiew: Konrad-Adenauer-Stiftung, abrufbar unter: http://www.kas.de/wf/doc/kas_19184-544-1-30.pdf?100329135740
- Lange*, Nico/*Reismann*, Anna (2008). Geschichte und Erinnerungspolitik in der Ukraine und Deutschland heute, in: *Konrad Adenauer Stiftung* (Hrsg.): Vierte Kiewer Gespräche., abrufbar unter: http://www.kas.de/wf/doc/kas_15228-1522-1-30.pdf?081203082335 (letzter Zugriff: 21.11.2011)
- Lange*, Nico/*Reismann*, Anna/*Stein*, Andreas (2009). Wahlhandbuch Ukraine 2010. Die Ukraine vor den Präsidentschaftswahlen im Januar und Februar 2010, Kiew: Konrad-Adenauer-Stiftung
- Marples*, David (2007). Heroes and villains : creating national history in contemporary Ukraine, Budapest ; New York: Central European University Press

- Mayring, Philipp (2002). Einführung in die qualitative Sozialforschung : eine Anleitung zu qualitativem Denken 5. Aufl., Weinheim: Beltz
- Mayring, Philipp (2007). Qualitative Inhaltsanalyse : Grundlagen und Techniken 9. Aufl., Weinheim [u.a.]: Beltz
- Niedermüller, Peter (2004). Der Mythos der Gemeinschaft: Geschichte, Gedächtnis und Politik im heutigen Osteuropa, in: *Corbea-Hoisie, Andrei/Jaworski, Rudolf/Sommer, Monika* (Hrsg.): Umbruch in östlichen Europa: die nationale Wende und das kollektive Gedächtnis, Innsbruck: StudienVerlag
- Popovyč, Denis (2008). Ukrainisches Außenministerium verbittet sich russische Einmischung (Original: МИД Украины просит Россию не влезать в историю), in: *Ukraine Nachrichten (Original: Kommersant-Ukraine)*, abrufbar unter: http://ukraine-nachrichten.de/ukrainisches-aussenministerium-verbittet-sich-russische-einmischung_518_politik (Original: <http://www.kommersant.ua/doc/906105>) (letzter Zugriff: 21.11.2011)
- Popovyč, Denis/Savčenko, Veronika (2010). SBU nahm kurzzeitig Direktor von westukrainischem Museum wegen Geheimnisverrats fest (Original: СБУ прикрила завесу історії), in: *Ukraine Nachrichten (Original: Kommersant-Ukraine)*, abrufbar unter: http://ukraine-nachrichten.de/sbu-nahm-kurzzeitig-direktor-westukrainischem-museum-wegen-geheimnisverrats-fest_2702_politik (Original: <http://kommersant.ua/doc/1501241>) (letzter Zugriff: 23.11.2011)
- Portnov, Andrij (2008). Pluralität der Erinnerung. Denkmäler und Geschichtspolitik in der Ukraine., in: *Osteuropa*, Vol. 58(6/2008), 197-210
- Press Office of President Viktor Yanukovych (2010a). CIS heads of states pledge protection of Great Patriotic War Veterans,, abrufbar unter: www.president.gov.ua/en/news/17104.html
- Press Office of President Viktor Yanukovych (2011a). Court rules to annul Presidential Decree of January 20, 2010 „On Bestowing the Title of Hero of Ukraine upon Stepan Bandera“, abrufbar unter: www.president.gov.ua/en/news/19103.html (letzter Zugriff: 29.11.2011)
- Press Office of President Viktor Yanukovych (2011b). President takes part in 66th anniversary of Victory procession along Kreshchatyk Street,, abrufbar unter: www.president.gov.ua/en/news/20023.html (letzter Zugriff: 29.11.2011)
- Press Office of President Viktor Yanukovych (2010b). President: Modern Ukrainians have much to learn from WWII history,, abrufbar unter: www.president.gov.ua/en/news/17981.html (letzter Zugriff: 29.11.2011)
- Press Office of President Viktor Yanukovych (2010c). President: Prosecutor General's Office should create working group to investigate May 9 events in Lviv,, abrufbar unter: www.president.gov.ua/en/news/20041.html (letzter Zugriff: 29.11.2011)

- Press Office of President Viktor Yanukovych* (2011c). President: Victory Day is an important milestone on the way to construction of a new humane world,, abrufbar unter: www.president.gov.ua/en/news/20032.html (letzter Zugriff: 29.11.2011)
- Press Office of President Viktor Yanukovych* (2011d). President's address on Partisan Glory Day,, abrufbar unter: www.president.gov.ua/en/news/21267.html (letzter Zugriff: 29.11.2011)
- Press Office of President Viktor Yanukovych* (2010d). President's address to Great Patriotic War veterans at the Ukrainian House,, abrufbar unter: www.president.gov.ua/en/news/17075.html (letzter Zugriff: 20.11.2011)
- Press Office of President Viktor Yanukovych* (2010e). President's Victory Day congratulations,, abrufbar unter: www.president.gov.ua/en/news/20017.html (letzter Zugriff: 1.12.2011)
- Razumkov Centre* (2008). What is your attitude to the Victory Day? (regional distribution), in: *Razumkov Centre*, abrufbar unter: http://www.razumkov.org.ua/eng/poll.php?poll_id=80 (letzter Zugriff: 11.12.2011)
- RIA Novosti* (2010a). Janukowitsch in Brüssel: Bandera-Beschluss wird revidiert, in: *Ria Novosti*, abrufbar unter: <http://de.rian.ru/world/20100301/125301474.html> (letzter Zugriff: 22.11.2011)
- RIA Novosti* (2010b). Janukowitsch zur Auszeichnung Banderas: keine Neuschreibung der Geschichte mehr, in: *Ria Novosti*, abrufbar unter: http://de.rian.ru/post_soviet_space/20100213/125101765.html (letzter Zugriff: 22.11.2011)
- RIA Novosti* (2009). Juschtschenkos Wahlversprechung: Heroisierung ukrainischer Nationalisten geht weiter, in: *RIA Novosti*, abrufbar unter: http://de.rian.ru/post_soviet_space/20091219/124431532
- RIA Novosti* (2010c). Voting results in the Ukrainian regions, in: *RIA Novosti*, abrufbar unter: <http://en.rian.ru/infographics/20100121/157635560.html>
- Rjabčuk, Mykola* (2009). Ambivalentes Grenzland: Die ukrainische Identität zwischen Ost und West, in: *Meyer, Thomas/Eisenberg, Johanna* (Hrsg.): Europäische Identität als Projekt Innen- und Aussensichten, Wiesbaden :: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden,
- Rjabčun, Julia* (2011). Die Geschichte der Ukraine soll weniger patriotisch gelehrt werden (Original: Дмитрий Табачник сделал исторический выбор), in: *Ukraine Nachrichten (Original: Kommersant-Ukraine)*, abrufbar unter: http://ukraine-nachrichten.de/geschichte-ukraine-soll-weniger-patriotisch-gelehrt-werden_2371_politik (Original: <http://kommersant.ua/doc/1355289>) (letzter Zugriff: 23.11.2011)

- Rjabčun, Julia (2010). Juschtschenko legt Berufung gegen Bandera-Urteil ein (Original: Виктор Ющенко постоит за героя), in: *Ukraine Nachrichten (Original: Kommersant-Ukraine)*, abrufbar unter: http://ukraine-nachrichten.de/juschtschenko-legt-berufung-gegen-bandera-urteil_2354_politik (Original: <http://kommersant.ua/doc/1353785>) (letzter Zugriff: 22.11.2011)
- Rjabčun, Julia/Skoropadskij, Artem (2010). Europäisches Parlament fordert Aberkennung des Titels „Held der Ukraine“ für Stepan Bandera (Original: Степана Бандеру унізили в статусе), in: *Ukraine Nachrichten (Original: Kommersant-Ukraine)*, abrufbar unter: http://ukraine-nachrichten.de/europäisches-parlament-fordert-aberkennung-titels-held-ukraine-stepan-bandera_2234_politik (Original: <http://kommersant.ua/doc/1328342>) (letzter Zugriff: 21.11.2011)
- Rjabčun, Julia/Skoropadskij, Artem (2009). Junge Ukrainer sollen zu Patrioten erzogen werden (Original: Молодежь научат родину любить), in: *Ukraine Nachrichten (Original: Kommersant-Ukraine)*, abrufbar unter: http://ukraine-nachrichten.de/junge-ukrainer-sollen-patrioten-erzogen-werden_1898_politik (Original: <http://kommersant.ua/doc/1264557>) (letzter Zugriff: 22.11.2011)
- Rudling, Per A. (2009). The Shukhevych Cult in Ukraine: Myth Making with Complications, in: *World War II and the (Re)Creation of Historical Memory in Contemporary Ukraine*. Kiew, abrufbar unter: http://ww2-historicalmemory.org.ua/abstract_e.html (letzter Zugriff: 20.9.2011)
- Sabrin, B. (1991). Introduction: The Nazi-Ukrainian Nationalist Partnership, in: *Sabrin, B (Hrsg.): Alliance for murder: the Nazi-Ukrainian Nationalist Partnership in Genocide*, New York: Sarpedon ;Shapolsky
- Satzewich, Vic (2002). *The Ukrainian diaspora*, London ;New York: Routledge
- Savčenko, Veronika (2011a). In der Oblast Lwiw wurde eine Dorfstraße zu Ehren der „Kämpfer des Batallons “Nachtigall benannt (Original: Депутаты сельсовета переименовали улицу Мира в улицу имени батальона „Нахтигаль“), in: *Ukraine Nachrichten (Original: Kommersant-Ukraine)*, abrufbar unter: http://ukraine-nachrichten.de/oblast-lwiw-wurde-eine-dorfstraße-ehren-kämpfer-bataillons-nachtigall-benannt_3325_gesellschaft (Original: <http://kommersant.ua/doc/1793110>) (letzter Zugriff: 23.11.2011)
- Savčenko, Veronika (2011b). Lwiwer Stadtrat möchte Flughafen den Namen „Stepan Bandera“ geben (Original: Львовський аеропорт хотят назвати іменем Степана Бандеру), in: *Ukraine Nachrichten (Original: Kommersant-Ukraine)*, abrufbar unter: http://ukraine-nachrichten.de/lwiwer-stadtrat-möchte-flughafen-namen-stepan-bandera-geben_3338_politik (Original: <http://kommersant.ua/doc/1799536>) (letzter Zugriff: 23.11.2011)
- Savčenko, Veronika/Skoropadskij, Artem (2011). Tag des Sieges endet in Lwiw in schweren Zusammenstößen (Original: Сбои местного значения), in: *Ukraine Nachrichten (Original: Kommersant-Ukraine)*, abrufbar unter: http://ukraine-nachrichten.de/sieges-endete-lwiw-schweren-zusammenstößen_3104_politik (Original: <http://kommersant.ua/doc/1637883>) (letzter Zugriff: 23.11.2011)

- Sbirnij*, Parnas (2007). 65 Jahre UPA begangen (Original: УПА не пустили), in: *Ukraine Nachrichten (Original: Kommersant-Ukraine)*, abrufbar unter: http://ukraine-nachrichten.de/65-jahre-upa-begangen_212_gesellschaft (Original: (letzter Zugriff: 21.11.2011))
- SBU* (2008). Runder Tisch über die wahre Beleuchtung der Tätigkeit der OUN und UPA, in: *Sicherheitsdienst der Ukraine*, abrufbar unter: http://www.ssu.gov.ua/sbu/control/uk/publish/article?art_id=73810&cat_id=63744 (letzter Zugriff: 12.12.2011)
- Scherrer*, Jutta (2001). Ukraine. Konkurrierende Erinnerungen, in: *Flacke*, Monika (Hrsg.): *Mythen der Nationen*, München: Koehler & Amelang, 719-736
- Schmid*, Harald (2009a). Geschichte, Erinnerung, Politik. Einführende Überlegungen, in: *Schmid*, Harald (Hrsg.): *Geschichtspolitik und kollektives Gedächtnis. Erinnerungskulturen in Theorie und Praxis. Formen der Erinnerung*. Göttingen: V & R Unipress, 7-22
- Schmid*, Harald (2009b). Vom publizistischen Kampfbegriff zum Forschungskonzept. Zur Historisierung der Kategorie „Geschichtspolitik“, in: *Schmid*, Harald (Hrsg.): *Geschichtspolitik und kollektives Gedächtnis. Erinnerungskulturen in Theorie und Praxis. Formen der Erinnerung*. Göttingen: V & R Unipress, 53-76
- Skoropadskij*, Artem (2011). Nationalisten begingen 68. Jahrestag der Gründung der UPA (Original: Марш правой-Националисты отметили годовщину УПА), in: *Ukraine Nachrichten (Original: Korrespondent)*, abrufbar unter: http://ukraine-nachrichten.de/nationalisten-begingen-68-jahrestag-gruendung-upa_2787_politik (Original: <http://kommersant.ua/doc/1522432>) (letzter Zugriff: 20.11.2011)
- Skoropadskij*, Artem (2010). Ukrainische Nationalisten störten Ausstellungseröffnung zu den Verbrechen der UPA, in: *Ukraine Nachrichten (Original: Kommersant-Ukraine)*, abrufbar unter: http://ukraine-nachrichten.de/ukrainische-nationalisten-stoeren-ausstellungseroeffnung-verbrechen-upa_2335_gesellschaft (letzter Zugriff: 23.11.2011)
- Snyder*, Timothy (2010). Declaring People to be Heroes is a Soviet Idea,, abrufbar unter: www.bbc.co.uk/ukrainian/ukraine/2010/03/100303_snyder_ie_it.shtml (letzter Zugriff: 30.11.2011)
- Sodol*, Petro (1993). Ukrainian Insurgent Army, in: *Encyclopedia of Ukraine*, abrufbar unter: <http://www.encyclopediaofukraine.com/display.asp?AddButton=pages\U\K\UkrainianInsurgentArmy.htm> (letzter Zugriff: 4.4.2011)
- Sommerbauer*, Jutta (2011a). Ukraine: Die Anti-Helden, in: *Die Presse - Onlineausgabe*, abrufbar unter: <http://diepresse.com/home/politik/zeitgeschichte/671258> (letzter Zugriff: 23.11.2011)

- Sommerbauer, Jutta* (2011b). Unabhängigkeitstag: Die vielen Helden der Ukraine, in: *Die Presse - Onlineausgabe*, abrufbar unter: <http://diepresse.com/home/politik/zeitgeschichte/687944> (letzter Zugriff: 23.11.2011)
- Der Spiegel* (Hrsg.) (1994). Gesegnetes Schwert, in: , (47/1994), 164-166
- Svorskij, Aleksandr* (2008). SBU Fotoausstellung in Kiew eröffnet (Original: СБУ показала, как выглядели украинские повстанцы), in: *Ukraine Nachrichten* (Original: *Kommersant-Ukraine*), abrufbar unter: http://ukraine-nachrichten.de/sbu-fotoausstellung-upa-kiew-er%C3%B6ffnet_474_gesellschaft (Original: <http://kommersant.ua/doc/897118>) (letzter Zugriff: 21.11.2011)
- Todorov, Tzvetan* (2003). Die Lunchbox und die Bombe, in: *Project Syndicate - The Worldly Philosophers*, abrufbar unter: www.project-syndicate.org/commentary/todorov1/German (letzter Zugriff: 22.11.2011)
- Uhl, Heidmarie* (2009). Kultur, Politik, Palimpsest. Thesen zu Gedächtnis und Gesellschaft am Beginn des 21. Jahrhunderts, in: *Schmid, Harald* (Hrsg.): *Geschichtspolitik und kollektives Gedächtnis. Erinnerungskulturen in Theorie und Praxis., Formen der Erinnerung.* Göttingen: V & R Unipress, 37-52
- Law of Ukraine* (1994). On Status of War Veterans, Guarantees of their Social Protection,, abrufbar unter: <http://zakon1.rada.gov.ua/cgi-bin/laws/anot.cgi?nreg=3551-12&p=1316009527051790>
- Ukrajinski Nowyny* (2010). Bildungsminister Tabatschnik möchte den Zweiten Weltkrieg in Schulbüchern wieder als „Großen Vaterländischen Krieg“ bezeichnen lassen, in: *Ukraine Nachrichten* (Original: *Ukrajinski Nowyny*), abrufbar unter: http://ukraine-nachrichten.de/bildungsminister-tabatschnik-moechte-zweiten-weltkrieg-schulbuern-wieder-groessen-vaterlaendischen-krieg-bezeichnen-lassen_2347_politik (letzter Zugriff: 23.11.2011)
- Ukrajinski Nowyny* (2009). „Swoboda“ fordert Juschtschenko dazu auf, Bandera den Titel „Held der Ukraine“ zu verleihen, in: *Ukraine Nachrichten* (Original: *Ukrajinski Nowyny*), abrufbar unter: http://ukraine-nachrichten.de/swoboda-fordert-juschtschenko-dazu-bandera-titel-held-ukraine-verleihen_1839_politik (letzter Zugriff: 21.11.2011)
- UNIAN-Ukrainian Information Agency* (2010a). Donezker Gericht hält Titelverleihung an Stepan Bandera für rechtswidrig (Original: Донецький суд скасував указ Ющенка про присвоєння Бандері звання Героя), in: *Ukraine Nachrichten* (Original: *UNIAN*), abrufbar unter: http://ukraine-nachrichten.de/donezker-gericht-haelt-titelverleihung-stepan-bandera-rechtswidrig_2317_politik (Original: <http://www.unian.net/ukr/news/news-370692.html>) (letzter Zugriff: 22.11.2011)

- UNIAN-Ukrainian Information Agency* (2010b). Donezker Gericht hebt Heldentitelerlass für Roman Schuchewitsch auf (Original: Донецький суд відібрав звання Героя і в Шухевича), in: *Ukraine Nachrichten* (Original: *UNIAN*), abrufbar unter: http://ukraine-nachrichten.de/donezker-gericht-hebt-heldentitelerlass-roman-schuchewitsch_2382_gesellschaft (Original: <http://www.unian.net/ukr/news/news-373449.html>) (letzter Zugriff: 22.11.2011)
- UNIAN-Ukrainian Information Agency* (2010c). Yanukovych promised Medvedev to take away rank of Hero of Ukraine from Bandera and Shuhevych, in: *UNIAN*, abrufbar unter: www.unian.net/eng/news/news-366099.html (letzter Zugriff: 30.11.2011)
- UNIAN-Ukrainian Information Agency* (2010d). Yushchenko saw that Yanukovych started cynical provocation, in: *UNIAN*, abrufbar unter: www.unian.net/eng/news/news-370995.html (letzter Zugriff: 30.11.2011)
- UNIAN-Ukrainian Information Agency* (2010e). Yushchenko: If there had not been Bandera, there would not be Yanukovych, in: *UNIAN*, abrufbar unter: www.unian.net/eng/news/news-363466.html (letzter Zugriff: 30.11.2011)
- Welzer, Harald (2010). Erinnerungskultur und Zukunftsgedächtnis, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, (25-26), 16-23
- Westle, Bettina (2009). Methoden der Politikwissenschaft 1. Aufl., Baden-Baden: Nomos
- Yurkevich, Myroslav (2011). Organization of Ukrainian Nationalists, in: *Encyclopedia of Ukraine*, abrufbar unter: <http://www.encyclopediaofukraine.com/display.asp?AddButton=pages\O\R\OrganizationofUkrainianNationalists.htm>
- Zhurzhenko, Tatiana (2009). Re-narrating World War II: Politics of Memory in the Ukrainian-Russian Borderlands”, in: *World War II and the (Re)Creation of Historical Memory in Contemporary Ukraine*. Kiew, abrufbar unter: http://ww2-historicalmemory.org.ua/abstract_e.html (letzter Zugriff: 4.9.2011)

11 ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Unstimmigkeiten zwischen den östlichen und westlichen Regionen.....	30
(FOM-Ukraina 2010)	
Abbildung 2: Bewertung der Tätigkeit von OUN und UPA	63
(Historical Memory Organisation 2009, 10)	
Abbildung 3: Anerkennung der UPA Kämpfer als kämpfende Partei	63
(Historical Memory Organisation 2009, 12)	
Abbildung 4: Bedeutung des 9. Mais.....	66
(Historical Memory Organisation 2009, 7)	
Abbildung 5: Einstellung zum Tag des Sieges	67
(Razumkov Centre 2008)	
Abbildung 6: Geschichtsunterricht über den Großen Vaterländischen Krieg.....	70
(Bredies 2010, 10)	
Abbildung 7: Bezeichnung für den letzten Weltkrieg.....	71
(Historical Memory Organisation 2009, 5)	
Abbildung 8: Denkmalbau für Bandera, Stalin und Schuchewitsch	84
(Bredies 2010, 7)	
Abbildung 9: Beurteilung historischer Persönlichkeiten des Zweiten Weltkriegs	94
(Bredies 2010, 6)	
Abbildung 10: Umfrage Rücknahme Heldentitel Bandera, Šuchevyč	94
(Bredies 2010, 7)	

12 ABSTRACT

Die vorliegende Diplomarbeit beschäftigt sich mit der Repräsentation zweier nationalistischer Organisationen während des Zweiten Weltkrieges in der Gedächtnispolitik der Ukraine. Die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) und deren militärischer Arm die Ukrainische Aufstandsarmee (UPA) sind Hauptbestandteil der gedächtnispolitischen Debatten der Ukraine nach der Orangen Revolution. Besonders seit dem politischen Machtwechsel zu einem als pro-westlich geltenden Präsidenten Viktor Juščenko wird deren rechtliche und moralische Rehabilitierung kontrovers diskutiert. Maßgeblicher Einflussfaktor bei der Auseinandersetzung ist die ideologische Teilung des Landes in einen pro-europäischen Westen und einen pro-russischen Osten. Ziel der Arbeit ist es, zu untersuchen ob die beiden Organisationen im kollektiven Gedächtnis der Ukraine repräsentiert sind oder ob versucht wird dieses Ergebnis von oben herab zu implementieren. Teil der Problematik eines gesamtukrainischen kollektiven Gedächtnisses ist hierbei die Selbstdefinition als Opfer, die eine konsolidierte Gedächtnispolitik und Geschichtswissenschaft unmöglich macht.

This thesis deals with the representation of two nationalist organisations during the Second World War in the politics of memory in the Ukraine. After the Orange Revolution the Organisation of Ukrainian Nationalists (OUN) and their military branch, the Ukrainian Insurgent Army (UPA), became an essential part of the political debates concerning the collective memory of the Ukraine. Their moral and legal rehabilitation is the subject of controversial discussions, especially following the shift of power to President Viktor Juščenko, who is considered to be pro-western. A strong influencing factor in the dispute is the ideological separation of the country into a pro-European West and a pro-Russian East. The aim of this thesis is to explore whether, and how, the two organisations are represented in the nation's collective memory or if there have been attempts to influence this outcome from above. An integral part of the problem of an all-Ukrainian collective memory is their self-designation as victims, thereby making a consolidation of the politics of memory and of history impossible.

13 LEBENSLAUF

Persönliche Daten

Katharina Rauch
Geboren am 03.09.1987 in Wien
E-Mail: kath.rauch@gmail.com

Ausbildung

2008-2009 Erasmus-Aufenthalt Uniwersytet Warszawski,
Institut für Internationale Beziehungen (Warschau, Polen)

Seit 2005 Diplomstudium der Politikwissenschaft an der Universität Wien

1997-2005 Bundesrealgymnasium der Höheren Internatsschule des Bundes
Wien 3

Berufliche Erfahrung

02-03/2009 Praktikum
Österreichisches Kulturforum Warschau - Austriackie forum
kultury w Warszawie
Tätigkeitsbereich: Bibliothek, Videothek, Recherchearbeiten,
Datenbankaktualisierung